enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Nr. 24 · Frühjahr 06 · 3€

Pisa-Schock:

Polizei und Behörden greifen durch! AntifaschistInnen fordern: »Dummheit muss ein Ende haben«

ABITUR

Schwerpunkt
Rechts und Rech

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough im Vertrieb von rat · reihe antifaschistischer texte

Kaufen:

Dieser Band zu rechter Musik und rechtem Lifestyle hat unabhängig jeglicher politischer und medialer Konjunktur ein Anliegen:

Denjenigen den Rücken zu stärken, die nach Möglichkeiten suchen, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus entgegenzutreten.

Umfangreiche Verzeichnisse zu rechter Symbolik, einschlägigen Bands, Publikationen und Labels des RechtsRock bieten schnelle und präzise Orientierung für die Praxis.

Das Standardwerk

544 Seiten, viele Abbildungen
ISBN 3-89771-808-1 · 24 €

AStA der Universität Hamburg (Hg)

Falsch Verbunden

Reader zum Verbindungs(un)wesen in Hamburg

Die extreme Rechte ist im Aufwind. Im sächsischen Landtag sprach der NPD-Abgeordnete und Burschenschafter Jürgen Gansel von einem »Bomben-Holocaust« durch die Allierten im Zweiten Weltkrieg. Immer wieder sind Burschenschafter mit von der Partie wenn es um neonazistische Peropaganda geht. Extrem rechte Verbindungen sind auch in Hamburg aktiv. Im Verbindungshaus der Burschenschaft Germania wohnte der Vertreiber der »Projekt-Schulhof«-CDs der »Freien Kameradschaften«. Die neonazistische Burschenschaft Germania ist jedoch nur die Spitze des Eisberges. In den Räumen einiger Verbindungen, wie beispielsweise der Germania Königsberg und der Mecklenburgia, finden immer wieder Veranstaltungen mit Rednern aus der extremen Rechten statt. Um einen Überblick über das rechte Studentenwesen zu bekommen, wurde dieser Reader erstellt.

1 Ex 2€ Schutzgebühr plus 1€ Versand.
10 Ex 12€ inkl. Versand
Nur gegen Vorkasse

asp (Hg.)

Versteckspiel

Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

Das Wissen um Symbole, Codes und Kleidungsstil ist wichtige Voraussetzung für die Beschäftigung mit rechten Jugendkulturen. Diese Broschüre trägt diejenigen Elemente zusammen, die im Alltag der Jugendlichen tatsächlich eine Rolle spielen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Region Berlin/ Brandenburg und zeigt, soweit möglich, Beispiele aus dieser Region.

3. aktualisierte Auflage 2005
40 Seiten A4 farbig
Versandbedingungen
1 Ex. 3 € plus 1 € Versand
10 Ex. 25 € incl. Versand

Andreas Speit (Hg.)

Ästhetische Mobilmachung

Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien

»Ästhetische Mobilmachung ist mehr als nur eine Aufsatzsammlung. Die Beiträge sind gut aufeinander abgestimmt, sauber recherchiert und bieten treffende Analysen. Wer bereit ist, über die Wechselwirkung zwischen Pop und Politik nachzudenken, findet hier reichlich Material und Anregung. Darüber hinaus leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zum Thema ›Re-Politisierung der Popmusik‹ ...«
Intro/Juli 2002

»Alles in allem also jede Menge Fakten und Analysen, wobei das Buch vor allem durch seine Komplexität besticht ... Kaufpflicht«
Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW/Sommer 2002

1. Auflage 2002
282 Seiten
ISBN 3-89771-804-9
16€

Der Mythos stirbt zuletzt

Seit 15 Jahren organisieren Neonazis alljährlich im August zum Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß Aufmärsche und Propagandaaktionen.

Die Mythenbildung um Heß, die revisionistische Projektion auf den Suizid und die ›Vorbildfunktion‹ eines reuelosen NS-Täters für ›junge Kameraden‹ kulminieren im Gedenken an Rudolf Heß.
In den Beiträgen wird der ›Mythos Heß‹ entzaubert, seine Biogafie zeigt den gradlinigen Weg zu einem der führenden NS-Funktionäre und Wegbereiter des Holocaust.

Mit der Betrachtung antifaschistischer Gegenaktivitäten werden abschließend Möglichkeiten und Grenzen autonomer Konzepte diskutiert.

1. Auflage 2002
56 Seiten · 3€
Versandbedingungen:
1 Ex 3€ plus 1€ Versand
10 Ex 25€ incl. Versand

So gehts:

Ich abonniere die ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 13 € bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 25 € abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse
Name
Straße
PLZ
Wohnort

- ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 13 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr.
- ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 25 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr.
- Gratis-Broschüre meiner Wahl — Der Mythos — Versteckspiel — Burschis
- neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher und Broschüren ebenfalls gegen Vorkasse
- Ästhetische Mobilmachung — RechtsRock
- zusätzliche Broschüren — Der Mythos — Versteckspiel — Burschis

Ich habe der Sendung ____ € in Scheinen und/oder Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg

Enough is enough Nr. 24

Inhalt

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herausgeber

Enough is enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck
Redaktionskollektiv Hamburg

Redaktion

c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb

RAT

reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:

4 mal pro Jahr

Abo

13 Euro für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen
Vorkasse möglich

Bankverbindung

A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

enough@nadir.org
www.enough.nadir.org

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Vorwort

Liebe Leserinnen liebe Leser,

Zunächst müssen und möchten wir uns für die lange Zeit entschuldigen, in der keine neue Ausgabe der *Enough is enough* erschienen ist; dies ist einerseits auf Arbeitsüberlastungen der kleinen Redaktion sowie auf einige Schwächen in der Abwicklung der Zeitungsproduktion zurückzuführen. Dass es bei den meisten Antifa-Zeitungen solche Phasen der Unpünktlichkeit des Erscheinens gibt - bei uns immerhin im Rahmen einer nun fast 20-jährigen Geschichte -, ist auch Ausdruck davon, dass es eine breite und koordiniert auftretende antifaschistische Bewegung kaum noch gibt. Dies hat zur Folge, dass sich die Arbeit auf wenige Aktive konzentriert, und oft genug gerade deshalb zu einer Veränderung mancher Zeitung führt.

Die *Enough is enough* möchte nicht reine Kommentation, Berichterstattung oder gar reine antifaschistische Dienstleistung sein, sondern auch weiterhin angekoppelt an antifaschistische Kampagnen und Kämpfe. Wir werden daher wieder stärker politische Bewertungen in unsere Zeitung aufnehmen und auch versuchen, verschiedene Themen inhaltlich zusammenzuführen. Damit dies gelingt, sind wir auch auf Euch angewiesen, denn nicht nur die zahlreichen Nachfragen, über das Erscheinen der nächsten Ausgabe, sondern auch die politischen Ereignisse und Entwicklungen verdeutlichen, dass es nach wie vor Interesse an unserer Art von unabhängiger, antifaschistischer Berichterstattung gibt.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns auch entschuldigen, dass unsere Email-Adresse lange Zeit außer Betrieb war und viele Anfragen, Kritik und Kommentare von Euch auch deshalb nicht beantwortet wurden. Unter www.nadir.org/nadir/periodika/enough findet Ihr alle wichtigen Infos.

Und weil wir mit dieser Ausgabe lange überfällig waren und die Ereignisse nicht auf uns warten, wird es demnächst noch eine weitere Ausgabe der *Enough is enough* geben: Ein Sonderheft zur Fußball WM 2006. Wir hoffen, dass wir diesem „nationalen Ereignis" damit eine kleine andere Note geben können. Eine, die auch kritisch dieses Ereignis beleuchtet und mit dem nationalen Freudentaumel um dieses Ereignis nichts zu tun haben wird.

Dieses Sonderheft, das in deutlich höherer Auflage erscheint, widmen wir dem Genossen und Antifaschisten Klaus Harbart, der Ende 2005 verstorben ist. Mit ihm, der seit 1996 Bundesgeschäftsführer der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der AntifaschistInnen war, hat uns eine langjährige Zusammenarbeit verbunden, die vom gemeinsamen Interesse an der Entwicklung tragfähiger und wirkungsvoller antifaschistischer Arbeit unter schwierigen gesellschaftlichen Bedingungen geprägt war. So, wie er die Kenntnisse und Fähigkeiten anderer neidlos anerkannt und in entsprechenden Situationen um Rat gefragt hat, so konnten auch wir ihn um Unterstützung und Hilfe bitten, wenn dies nötig schien. Unser kollegiales und gutes Verhältnis zur antifaschistischen Zeitung *Der rechte Rand* ist nicht zuletzt diesem Bemühen von Klaus zu verdanken.

In den letzten Wochen ist mit der Verhaftung bzw. Auslieferung mehrerer einschlägig bekannter Akteure die Leugnung des Holocaust als wichtiges Thema der extremen Rechten auf die Tagesordnung zurückgekehrt. Die im Sommer

vom Bundestag verabschiedete Ergänzung des § 130 (Volksverhetzung) ist inzwischen zu einer wichtigen Zielscheibe neonazistischer Aktionen geworden; Demonstrationen in Lüneburg und Dortmund, aber auch die Klage des Nazi-Anwalts Rieger gegen das Gesetz, auf dessen Grundlage letztes Jahr der Nazi-Aufmarsch in Wunsiedel verboten wurde, sind Teil dieser Aktivitäten, über die wir in dieser Ausgabe berichten.

Während die bürgerlichen Parteien jedoch behaupten, mit solchen Gesetzesänderungen wirksam das extrem rechte Treiben begrenzen zu können, betreiben sie mit noch ganz anderen Gesetzesänderungen munter die Aushöhlung demokratischer und sozialer Grundrechte voran. Auf der Grundlage einer ‚Politik der Angst' wird der autoritäre (Sicherheits) Staat insgesamt ausgebaut. So hat nun auch Ralf Stegner, Innenminister der CDU/SPD-Koalition in Schleswig-Holstein, ein Gesetzespaket geschnürt, das das Abhören von Telefongesprächen weiter erleichtern, öffentliche Plätze stärker Video überwachen und die sog. ‚Schleierfahndung' ermöglichen soll. Mit ihr kann die Polizei überall und jederzeit auch ohne konkreten Verdacht Personen und Fahrzeuge kontrollieren. In Hamburg hat das schon novellierte Polizeigesetz nun dazu geführt, dass die ersten Hightech-Zoomkameras zur Zeit auf der Reeperbahn installiert werden und an immer weiter ausgedehnten „gefährlichen Orten" eine Personenüberprüfung ohne Angabe von Gründen betrieben wird. Bundesinnenminister Schäuble findet nicht nur Gefallen daran, unter Folter erzwungene ‚Informationen' verwenden zu können, sondern will auf Biegen und Brechen auch die Möglichkeiten für den Einsatz der Bundeswehr im Innern ausweiten, so beispielsweise gefordert für die WM 2006. Die Liste ließe sich noch weiter führen ...

Während viele deutsche PolitikerInnen so erfindungsreich und umsetzungsfreudig sind, wenn es um immer weitere Einschränkungen demokratischer Rechte geht, werden häufig selbst kleine rechtliche Verbesserungen der Lage von EinwanderInnen und Flüchtlinge verschleppt, verzögert und sabotiert. Dies gilt etwa für eine EU-Richtlinie, der im November 2003 alle EU-Regierungen zugestimmt haben; ihr zufolge muss all jenen Angehörigen so genannter Drittstaaten (außerhalb der EU-Grenzen) die Rechtsstellung eines ‚langfristig Aufenthaltsberechtigten' zuerkannt werden, wenn diese/r fünf Jahre am Stück in einem EU-Staat lebt, arbeitet und krankenversichert ist. Der Status erlaubt ihm/ihr, sich in anderen EU-Ländern aufzuhalten, bietet etwas mehr Schutz gegen Abschiebungen und verbessert Möglichkeiten zur Nutzung sozialer Rechte, wie zum Beispiel den Zugang zur staatlichen Studienförderung. Bisher haben siebzehn Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, nichts unternommen, um diese Richtlinie in ein Gesetz umzuwandeln. Immer neue Initiativen gibt es jedoch bei den Vorhaben, die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren und zu kontrollieren, die in die EU gelangen. Die fast täglichen Toten vor den Kanaren, Gibraltar und Sizilien sind meist nicht einmal eine Zeitungsmeldung wert und in der öffentlichen Wahrnehmung schnell vergessen.

Nicht vergessen ist für uns auch der Brandanschlag auf das Haus in der Hafenstraße in Lübeck, bei dem vor zehn Jahren sieben Kinder und drei Erwachsene ums Leben kamen und 38 zum Teil schwer verletzt wurden. Der wohl folgenschwerste rassistische Anschlag in der Geschichte der Bundesrepublik ist nach wie vor nicht aufgeklärt.

Aufgeklärt und zu einer Verurteilung geführt wurde hingegen im Jahr 2004 die Ermordung von 560 Einwohnern des norditalienischen Dorfes Sant'Anna di Stazzema 1944 durch Angehörige der Waffen-SS. Zehn ehemalige deutsche SS-Offiziere wurden der Beteiligung am fortgesetzten Mord mit besonderer Grausamkeit zu lebenslanger Haft und Entschädigungszahlungen verurteilt. Einer von ihnen, der damals ranghöchste Offizier Gerhard Sommer, lebt heute in einem Pflegeheim in Hamburg und hat nach eigenen Angaben „ein absolut reines Gewissen". Da die deutsche Justiz bisher keine Anstalten gemacht hat eine eigene Anklage zu erheben oder Sommer gar nach Italien auszuliefern, kann dieser wohl weiterhin seinen Ruhestand genießen.

Diese und andere Berichte zu Neonazis, Altnazis und reaktionären Konservativen findet ihr in dieser Ausgabe.

Die Redaktion, März 2006

Von Tim Schröder und Hans W. Hansen

Die Reform des Volksverhetzungsparagraphen

Mit Recht gegen Rechts?

Am 28. Januar 2006 zogen – nach dem Verbot eines geplanten Aufmarsches in Celle – ca. 100 Neonazis aus NPD und „Freien Kameradschaften" unter dem absurden Motto „Gott mit uns" durch Lüneburg. Dieser Aufmarsch war Teil einer Kampagne der Neonazis gegen die Neufassung des Straftatbestandes der Volksverhetzung (§ 130 Abs. 4 StGB), auf die u.a. das Verbot des Rudolf-Heß-Marsches im August 2005 gestützt wurde. Grund genug, sich mit der neuen Gesetzeslage aus antifaschistischer Sicht auseinanderzusetzen.

Hintergrund und Inhalt der Gesetzesänderung

Anlass für die Verschärfung des Volksverhetzungsparagraphen war nicht etwa die Sorge um den immer deutlicheren Bezug der deutschen Neonazis auf den historischen Nationalsozialismus, sondern wieder einmal die Angst, der „gute Ruf" der BRD in der Welt könnte durch „unschöne" Fernsehbilder Schaden nehmen. Für den 8. Mai 2005, den 60. Jahrestag der Befreiung, hatte die NPD einen Aufmarsch durch die Berliner Innenstadt geplant, der u.a. am Denkmal für die ermordeten Juden Europas vorbei und durch das Brandenburger Tor führen sollte. Der Bundestag reagierte in Rekordzeit: Mit Wirkung zum 1. April 2005 führte er zum einen im Versammlungsgesetz die Möglichkeit ein, Demonstration an bestimmten „historisch herausragenden" Gedenkstätten zu verbieten, zum anderem fügte er dem Volksverhetzungstatbestand § 130 StGB einen neuen Absatz 4 hinzu. Gerade letzterer zielte auch darauf ab, Verbote nationalsozialistisch motivierter Aufzüge, etwa des jährlich stattfinden Rudolf-Heß-Gedenkmarsches in Wunsiedel, zu erleichtern.

War bisher nach § 130 Abs. 3 StGB die Leugnung des Holocaust oder anderer im Nationalsozialismus begangener Verbrechen strafbar, macht sich nach dem nun eingeführte Abs. 4 auch strafbar, wer „in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt."

Es ist zwar schon abzusehen, dass sich die deutschen Gerichte der antifaschistischen Analyse, dass im Grunde jede Demonstration von NPD und „Freien Kameradschaften" eine Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus bedeutet, nicht anschließen werden. Trotzdem bietet § 130 Abs. 4 StGB den Ordnungsbehörden eine Handhabe, mit der sich bestimmte Neonazi-Aufmärsche relativ leicht verbieten lassen – wie dann ja etwa mit dem Rudolf-Heß-Marsch 2005 geschehen.

Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Der Anmelder dieses Aufmarsches, Neonazi und Rechtsanwalt Jürgen Rieger aus Hamburg, hatte sich im Eilverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Verbot gewehrt, war dort aber gescheitert – wobei das Gericht wegen des im Eilverfahren eingeschränkten Prüfungsumfangs nicht über die Zulässigkeit des § 130 Abs. 4 StGB entschied. Rieger hat nun angekündigt, das Hauptsacheverfahren in dieser Angelegenheit zu betreiben, und seine Chancen für dieses Verfahren sind als recht hoch einzustufen (was u.a. bedeutet, dass mit dem letztjährigen Verbot das Thema Rudolf-Heß-Marsch in Wunsiedel noch nicht „vom Tisch" ist).

Der Grund für Riegers gute Erfolgsaussichten ist, dass mit § 130 Abs. 4 StGB erstmals nicht eine unwahre und geschichtsrevisionistische Tatsachenbehauptung wie die Leugnung des Holocaust, sondern das Äußern einer faschistischen Meinung mit Strafe belegt wird. Dies ist nach Art. 5 des Grundgesetzes, der die Meinungsfreiheit schützt, aber nur unter ganz bestimmten Umständen zulässig, die hier wahrscheinlich nicht erfüllt sind.

Antifaschistische Einschätzung

Aus antifaschistischer Sicht ist auf den ersten Blick natürlich gar nichts gegen den erweiterten Volksverhetzungstatbestand einzuwenden – man mag sogar geneigt sein, die Gesetzesverschärfung und darauf gestützte Verbote als Erfolg antifaschistischer Überzeugungsarbeit und Anzeichen für ein ernsthaftes Engagement der staatlichen Stellen gegen Nazis anzusehen. Und dass damit die Meinungsfreiheit von Neonazis eingeschränkt wird, ist aus antifaschistischer Sicht auch erst einmal kein Problem – ist doch die Parole „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" Grundlage jeder antifaschistischen Arbeit.

„Faschismus ist keine Meinung ..."

Das Problem indes ist, dass der deutsche Staat diese Parole nicht teilt – im Gegenteil, das Verfassungsgericht hat in der Vergangenheit immer wieder (rein rechtlich zutreffend) darauf hingewiesen, dass für das deutsche Rechtssystem eine faschistische Meinung eine Meinung wie jede andere ist. Mit anderen Worten: Das Grundgesetz ist eben, allen Selbstdarstellungen deutscher Politiker zum Trotz, schon auf dem Papier keine antifaschistische Verfassung. (Das unterscheidet Deutschland übrigens von Österreich, wo das Verbot der nationalsozialistischen Wiederbetätigung und der Verharmlosung, Leugnung, Billigung usw. nationalsozialistischer Verbrechen immerhin formal Verfassungsrang hat[1])

Damit erscheint aber auch § 130 Abs. 4 StGB aus antifaschistischer/linker Sicht in einem ganz anderen Licht: Wenn der Staat einerseits betont, für ihn sei Faschismus eine Meinung wie jede andere, und andererseits diese Meinung über die Grenzen des Zulässigen hinaus einschränkt, dann ist das nicht so sehr ein Zeichen für staatliches Engagement gegen Nazis, sondern vielmehr ein Hinweis auf den Wert, den der Staat der Meinungsfreiheit beimisst – und der ist bei weitem nicht so hoch, wie die schönen Formeln von der „konstitutiven Bedeutung" der Meinungsfreiheit für die Demokratie glauben machen. Davon kann etwa Michael Csaszkóczy, dem wegen seines Bekenntnisses zu antifaschistischer Arbeit die Aufnahme in den Lehrerberuf verweigert wurde[2], ein Lied singen.

Diese Einschätzung wird auch durch einen Blick auf die Bundestagsdebatten vor der Gesetzesänderung bestätigt, wo sich einmal wieder zeigte, dass für den deutschen Staat der Feind immer noch (auch) links steht. Am deutlichsten formulierte dies der Unions-Abgeordnete Strobl, nach dem die Einschränkung des Versammlungsrechts nicht nur für Neonazis, sondern „auch für [...] grölende und prügelnde Banden von linken und autonomen Schlägern" gelten sollte.

Ähnlich sollte in § 130 Abs. 4 StGB nach dem ursprünglichen Entwurf der Regierungsfraktionen auch die Leugnung oder Verharmlosung bestimmter unter „einer anderen Gewalt- oder Willkürherrschaft" begangenen Verbrechen strafbar sein. Damit wäre nicht nur der Nationalsozialismus als bloß eine unter „anderen Gewalt- oder Willkürherrschaften" bezeichnet, also Geschichtsrevisionismus per Gesetz betrieben worden. Vor allem hätte bei entsprechend weiter Auslegung etwa die kritische Auseinandersetzung mit dem Angriffskrieg der NATO auf Jugoslawien 1999 – der ja damals gerade mit angeblichen „Konzentrationslagern" im Kosovo begründet wurde – strafbar sein können.

Es ginge auch anders ...

Hinzu kommt, dass für die Verhinderung von Neonazi-Aufmärschen, wie sie am 8. Mai 2005 in Berlin, am 20. August 2005 in Wunsiedel und an fast jedem Wochenende irgendwo in Deutschland geplant sind, auch ganz andere Möglichkeiten zur Verfügung stehen. So erlaubt etwa § 3 des Vereinsgesetzes das Verbot von Vereinigungen, die sich „gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten" – alle bisherigen Gruppierungen von Christian Worch, einem der Führer der „Freien Kameradschaften", sind nach vereinsrechtlichen Vorschriften verboten worden.[3] Und wenn es den staatlichen Behörden mit ihrem Einsatz gegen den Nationalsozialismus ernst wäre, wäre dabei auch die nach außen hin „unverbindliche" Organisierungsform in „Kameradschaften" kein ernsthaftes Hindernis, wie etwa das Verbot des „Hamburger Sturms" im Jahre 2000 gezeigt hat.

§ 130 Abs. 4 dagegen umfasst – ganz dem Anlass seiner Entstehung angemessen – von vornherein nur einen sehr begrenzten Ausschnitt des Problems: Demos, die sich nicht offen auf den historischen Nationalsozialismus beziehen, werden auch durch diese Norm nicht zu bekämpfen sein. So wird auch in der Gesetzesbegründung lapidar festgestellt, dass es „eine Patentlösung für die Heß-Aufmärsche" nicht gebe.

Fazit

Aus diesem Blickwinkel erscheint die Verschärfung des § 130 StGB dann doch nicht nur positiv. Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich ist es im Ergebnis sehr zu begrüßen, wenn Neonazis daran gehindert werden, die unter dem Nationalsozialismus begangenen Verbrechen zu verharmlosen und dem NS-Regime zu huldigen. Aber § 130 Abs. 4 scheint aus Sicht der antifaschistischen Bewegung doch eher eine Gefahr als eine positive Entwicklung darzustellen.

Selbstverständlich ist bei all dem ohnehin, dass ein wirklicher Erfolg im Kampf gegen die Nazis und ihre menschenverachtende Propaganda nicht zu erreichen ist, wenn man sie als rein ordnungspolitisches Problem betrachtet, das es mit ordnungs- und strafrechtlichen Instrumentarien zu „bekämpfen" gilt. Erforderlich ist vielmehr eine ernsthafte politische Auseinandersetzung, die auch vor weit in der Gesellschaft verbreiteten Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Nationalismus und extremem Leistungsdenken nicht halt machen darf – Einstellungen, die es den Nazis häufig einfach machen, ihre Botschaft anschlussfähig unter's »Volk« zu bringen.

Wie auch immer das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ausgeht – klar ist also weiterhin, dass sich die antifaschistische Bewegung nicht auf den Staat verlassen kann und darf, sondern selbst gegen Nazis wie auch gegen rechte Ideologien in der Gesellschaft vorgehen muss.

Anmerkungen

1 Art. 3 des Verfassungsgesetzes vom 8. Mai 1945 über das Verbot der NSDAP, www.antifa.co.at/antifa/nsverbot.pdf
2 www.gegen-berufsverbote.de
3 Das Verbotsverfahren gegen die NPD, das ja vor allem wegen der Durchsetzung der Partei mit Verfassungsschutz-Leuten gescheitert ist, steht auf einem anderen Blatt.

Ein Beitrag des „Info Archiv Norderstedt“

Amtsgericht und Staatsanwaltschaft verharmlosen rechte Gewalt

Freisprüche für Nazi-Schläger

Wie man aus einer neonazistischen Schläger-Bande lediglich »schwierige Jugendliche« macht, demonstrierten Amtsrichter Wolfgang Niehaus und die Staatsanwaltschaft Anfang Februar in einem Prozess vor dem Amtsgericht Bad Segeberg. In vier aufeinander folgenden Verhandlungen gelang es ihnen, nur in einem Prozess überhaupt politische Hintergründe zu erkennen. Ansonsten war reihenweise von »Alkohol«, »Gruppendynamik« und »Rangeleien« die Rede, die das Gericht offenbar bei Dorf- und Schützenfesten als Normalzustand ansieht. Auch wenn sich die Gewalt überwiegend gegen Ausländer und Andersdenkende richtet, meint Richter Niehaus: »Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.«

3. Februar 2006. Es war im Juli vergangenen Jahres, als Ali, Hicran und Ugur Erman das Schützenfest in Seth besuchen wollten. Doch schon nach kurzer Zeit war für sie das Fest vorbei: Neben ihnen und zahlreichen Sether BürgerInnen waren auch ein- bis zwei Dutzend rechter Dorfjugendlicher aus Nahe und Itzstedt erschienen und veranstalteten eine kleine Menschenhatz. Nichts »Besonderes«, wenn man die regelmäßigen rassistischen Übergriffe und Erniedrigungen zugrunde legt, mit denen die Neonazis ihre Wochenenden zubringen, aber immerhin eine kleine Menschenhatz.

Ali, Hicran und Ugur wurden also durch die nächtlichen Straßen gejagt, Ali Erman schließlich »erhascht« und zusammengeschlagen. Daran wieder einmal beteiligt: Willy T., Phillip Sch. und Hans Kristian W. Ganz richtig stellte das Gericht nun fest: »Auffällig ist, dass immer dann, wenn die drei Angeklagten (...) erscheinen, es zu Randale und Gewalt kommt.« Dass es jedoch meist Ausländer oder politisch Andersdenkende sind, die verprügelt oder gejagt werden, interessiert offensichtlich wenig. Auch für das obligatorische Grölen rassistischer Parolen zeigten weder Gericht noch Staatsanwaltschaft Interesse. Aber der Reihenfolge nach: Das Amtsgericht verhandelte insgesamt vier Fälle, in denen jeweils mindestens einer der drei genannten Neonazis angeklagt war.

Nasenbeinbruch aus Versehen

Das erste Verfahren richtete sich gegen Phillip Sch. (19 Jahre, arbeitslos, wohnt in Nahe bei seinen Eltern). Der Vorfall ist einfach beschrieben: Am Rande einer Disco-Veranstaltung auf dem Schulgelände in Nahe am 11. Juni 2004 tritt Sch. dem 17-jährigen Julien ohne erkennbaren Grund in »die Weichteile«. Als der sich noch wegdrehen kann, folgt ein Faustschlag ins Gesicht - Julien geht mit gebrochener Nase bewusstlos zu Boden. Kurz zuvor waren Sch. und Kumpanen vom Sicherheitsteam der Party vor die Tür gesetzt worden. Warum? Das schien das Gericht nicht zu interessieren. Da Sch. sich in einem Zivilprozess bereits zur Zahlung von 1.000 Euro Schmerzensgeld bereit erklärt hatte, und J. darauf hin seine Strafanzeige zurückzog, plädierte der Staatsanwalt im Hinblick auf diesen »Täter-Opfer-Ausgleich« auf Freispruch. Ach ja: Sch. hatte den Vorfall anders im Gedächnis: Er habe nur einen Freund von hinten »anspringen« wollen, J. dabei wohl »versehentlich getroffen«.

»Pack schlägt sich, Pack verträgt sich«

Der nächste Fall nur drei Monate später, angeklagt diesmal Hans Kristian W. (20, arbeitslos, werdender Vater, wohnt in Itzstedt bei seinen Eltern). Auf einer Geburtstagsfeier bei Sch. und dem dritten Schläger Willi T. in der Segeberger Chaussee in Itzstedt wird Pogo getanzt. Eine eher wilde und teils gewalttätige Bewegungsform, die ursprünglich in der Punk-Szene verbreitet war, heute aber auch von Rechten zu entsprechend aggressiver und nationalistischer Musik getanzt wird. W. springt dabei den eigentlich gleichgesinnten Johannes »Jojo« Schm. aus Wakendorf II an, der zu Fall kommt und sich den Kopf aufschlägt. »Jojo« verlässt darauf zunächst den Raum, kommt aber mit einem »Quartz-Handschuh« bewaffnet zurück und greift W. an. In der Folge kommt es zu einer längeren Auseinandersetzung, die schließlich darin mündet, dass »Jojo« nachdrücklich des Grundstücks verwiesen wird, dabei noch mehrfach Schläge einstecken muss. Dazu Angeklagter W.: »Als er weglaufen wollte, habe ich ihn festgehalten und zuge-

schlagen. So in Notwehr.« An dieser »Notwehr« beteiligt: Eine Gruppe Kieler »Gäste«, unter ihnen offenbar auch Peter von der Born, ein Führungskader der militanten Neonazi-Szene Kiels, siehe auch Seite 11 *Wenn die Bewährung flöhten geht* in dieser Ausgabe. Da sich »Jojo« und W. mittlerweile wieder vertragen haben, kommentiert Richter Niehaus den Vorfall lediglich mit den Worten: »Pack schlägt sich, Pack verträgt sich«. Anschließend stimmt er der Staatsanwaltschaft zu, die das »Shake-Hands« der Kameraden wohlwollend beobachtet hat und sich mittlerweile über die Verhaltensformen der »Jugendlichen« amüsiert. Auch die »Jugendlichen« selber sind nun von der Verhandlung angetan und beginnen, Späßchen zu machen.

Freispruch.

»Es gibt mehrere Orte in der näheren Umgebung, in denen ich niemals wohnen würde. Dazu zählt Nahe « (Richter Niehaus zu den Angeklagten). Und es kam für sie noch witziger. Mit Jevgeny F. wurde ein weiteres ihrer Opfer in den Zeugenstand gerufen und machte deutliche Aussagen: »Scheiß Ausländer« hätten Sch. und der dritte Angeklagte Willi T. (19, Auszubildender, wohnt bei seinen Eltern in Itzstedt) am Rande einer Zeltfete am 11. Juli 2004 in Borstel gerufen, ihn dann getreten und geschlagen. Später kommt heraus, dass zunächst Neonazi Thorsten A. gegen F. vorgeht, der in »modischer« Tarnkleidung vor Gericht erscheint. Er »legt ihn auf den Rasen« und will ihm nach eigener Aussage »eine auf die Schnauze hauen«, ehe er Mitleid bekommt: Weil Jevgeny »angefangen hat, zu flennen.« Deshalb gibt er ihm nur eine Ohrfeige und zischt ihm zu, er solle sich »verpissen«. Genau das gestaltet sich für F. jedoch in der Folge schwierig, weil ihm etwa ein Dutzend Neonazis – freilich heldenhaft – den Weg versperren. Unter ihnen, wer konnte es ahnen: Die drei Angeklagten, wobei Hans Kristian W. sich deutlich zurückgehalten haben soll. Sie beleidigten F. mit den Worten »Scheiß Kanacke, was hast Du in unserem Land zu suchen?«, dann muss er Schläge einstecken. Das Opfer: »Ich hatte noch ein paar Tage Schmerzen in den Rippen, schlimmer war aber der verletzte Stolz.« Doch auch dieser – eindeutig politisch motivierte Übergriff – überzeugt Gericht und Staatsanwaltschaft nicht. Wegen »nicht einwandfrei bewiesener Schuld« werden T. und Sch. auch hier: freigesprochen. Zuvor war sich der Staatsanwalt freilich nicht zu schade dafür, auch in dieser Situation einen »Täter-Opfer-Ausgleich« ins Spiel zu bringen – etwa in Form eines »Gesprächs der Kontrahenten mit Sozialpädagogen«. Worüber die beiden dann reden sollten, blieb im Dunkel: Etwa über das rassistische Weltbild der Angeklagten? Unangenehm fiel jetzt auch der Rechtsanwalt von Phillip Sch. auf. Wie um die Opfer seines Mandanten zu verhöhnen, sagte Jörn Wohlgehagen auf einen Fluch des Aussiedlers hin: »Herr F. hegt offenbar einen Groll gegen meinen Mandanten, den ich mir nicht erklären kann.«

Es muss kaum erwähnt werden, dass die Rechten – mit den zahlreich erschienenen Zeugen aus dem Milieu mittlerweile fast 10 an der Zahl – jetzt langsam in Party-Laune geraten. Vor dem Gerichtssaal wird bereits diskutiert, wer das Bier holt, man lacht über einzelne Belastungszeugen.

Geldbuße für rassistische Hatz

Im Juli 2005 der vorläufige Schlussakkord der gerichtsbekannten Freizeitaktivitäten der »Jugendlichen«. Wie schon erwähnt, entdecken rund zwei Dutzend Rechte die drei Mitglieder einer kurdischen Familie auf dem Schützenfest in Seth und greifen sie sofort an. Während sich Ugur in einen mobilen Sanitärwagen flüchten kann, wo er mutig von den auf dem Fest arbeitenden Geschwistern Andree (31) und Susanne (32) geschützt wird, werden Hicran und Ali durch die Straßen gejagt. Ali erleidet schließlich zahlreiche Blessuren, als er von seinen Häschern verprügelt wird. Warum für diese Ausländerhatz ausschließlich der zum Tatzeitpunkt minderjährige Willi T. angeklagt wird, bleibt ebenso unverständlich, wie das erneut milde Urteil des Richters: Geldbuße in nicht genannter Höhe. Die drei Jugendlichen zeigen – gefragt nach den Tätern vom letzten Juli – auf die Gruppe Neonazis im Flur des Amtsgerichts. Als jemand nachfragt, ob wirklich alle anwesenden Nazis dabei waren, antworten sie nur: »Alle.« Neben Willi T. also auch Phillip Sch., Hans Kristian W., Thorsten A., der ohne Zeugenaussage entlassene Matthias S. und Weitere. Das bestätigen auch andere ZeugInnen vor dem Gerichtssaal.

Bleiben viele Fragen. Etwa ob die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage oder nicht Willens war, die Sether Ausländerhatz vollständig aufzuklären. Ob sie es nicht als für den Prozess relevant betrachtete, dass die Angeklagten auch für den monatelangen Terror verantwortlich waren, dem die kurdische Familie seit Mitte 2003 in Itzstedt ausgesetzt war und der in eingeworfenen Scheiben ihres Wohnhauses gipfelte. Selbst das Landeskriminalamt ermittelte in dieser Sache. Und schließlich die Frage, was die Nazi-Schläger als nächstes planen, besser: Wen sie als nächstes zusammenschlagen.

Ob die Bande beim nächsten Mal von ihren Opfern angezeigt wird, darf getrost bezweifelt werden. Zunächst wäre es schwer genug, die Polizei der Region zum Eingreifen zu bewegen. Die anschließende Farce vor Gericht nützt nur den Nazis. Dabei war die Justiz am 2. Februar in Bad Segeberg keinesfalls auf dem rechten Auge blind. Sie hatte gar nicht erst eines.

Von der Born hat es erkannt:

Wenn die Bewährung flöten geht!

Der Ordnerdienst der NPD ging in Steinburg gewaltsam gegen Gegendemonstranten vor. Auch Peter von der Born beteiligte sich daran und wurde zu einer Freiheitsstrafe von 10 Monaten verurteilt.

Steinburg am 4. Dezember 04, die NPD veranstaltet in einem Hotel und Gaststättenbetrieb im Landkreis Itzehoe ihren Wahlkampfauftakt zur Schleswig-Holsteinischen Landtagswahl 2005. Ungefähr 90 Alt- und Jungnazis sollen heimlich und von der Öffentlichkeit in aller Ruhe auf die Menschen verachtenden Ideologien und Wahlkampfstrategien der zur Wahl angetretenen neonazistischen NPD eingeschworen werden. Plötzlich taucht vor dem Gebäude auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine größere Gruppe von Antifaschistinnen auf, die mit Parolen und einem Transparent auf die Anwesenheit der Nazis aufmerksam machen will.

Peter von der Born (Bildmitte, mit Armbinde) versucht sich mal wieder als Ordner auf einer Neonazi-Demonstration.

Es kommt durch den vor dem Lokal anwesenden NPD Ordnerdienst zu Beschimpfungen und Bedrohungen gegenüber den AntifaschistInnen. Aus der Situation heraus fliegen ungezielt vereinzelt Steine in Richtung des Veranstaltungsraumes. Die Zahl der Nazis vor dem Eingang der Gaststätte verändert sich schlagartig auf 25 bis 30, die es sich nicht nehmen lassen mit gezielten Steinwürfen zu antworten. Nach einem Befehl eines NPD Kaders des Ordnerdienstes stürmen die Neonazis geschlossen auf die AntifaschistInnen los.

Einigen der auf der Flucht befindlichen AntifaschistInnen wird gezielt der Fluchtweg abgeschnitten, sie werden zu Boden geworfen. Ein junger Antifaschist sieht wie mehrere Neonazis auf eine am Boden liegende Antifaschistin eintreten, er will ihr zur Hilfe eilen, doch ehe er sich versieht, wird auch er von mehreren Nazis zu Fall gebracht und zusammengetreten.

Nachdem einer von zwei hinzukommenden Zivilbeamten der Polizei zwei Warnschüsse abgibt, die dafür sorgen, dass sich die Nazis von ihren Opfern trennen, läuft einer der Täter an dem mit einer Armbinde erkennbaren Beamten mit dem Spruch „Gut das die Bullen nicht da sind, sonst wäre meine Bewährung flöten" vorbei.

Itzehoe am 22. November 05 – fast ein Jahr später muss sich vor dem Amtsgericht Itzehoe der Kieler NPD-Kader und Leiter des Schleswig-Holsteinischen Ordnerdienstes der NPD, Peter von der Born, ernsthafte Sorgen um die Musikalität seiner Bewährungsstrafen machen. Ihm, der sich noch 2005 im Landeswahlkampf für einen Posten als Landtagsabgeordneter für die NPD den WählerInnen angepriesen hatte, wurde schwere Körperverletzung, gemeinschaftliche Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen. Er hatte am 4. Dezember 04 in Steinburg mit auf den oben erwähnten Antifaschisten eingetreten, und sich danach seiner Verhaftung widersetzt.

Diese Anschuldigungen gegen ihn seien frei erfunden, gab der eher leicht debil wirkende Angeklagte dem Richter und der Staatsanwaltschaft zu verstehen. Er habe sich die ganze Zeit auf eine mit Steinen werfende Person des „Gegners" konzentriert, um diese dann in seiner Pflicht als Ordner festzunehmen. Den prägenden Satz mit den flötengehen seiner Bewährung habe er gegenüber den Beamten nicht geäußert. Im Gegenteil, man habe ihm grundlos festgenommen und während seiner Festnahme mit Pfefferspray eingesprüht. Von der Born wies in seiner Stellungnahme immer wieder darauf hin, dass er ja nur an diesem Tage als stellvertretender Leiter des Ordnungsdienstes der NPD gehandelt habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie denn dieser Angriff auf die Antifa`s zustande gekommen sei, antwortete von der Born, dass einer „Los, jetzt!" befohlen habe.

Die Schilderungen des Opfers, welches bei diesem Prozess als Nebenkläger auftrat, machte einem schnell deutlich, was passiert wäre, wenn es nicht zu den zwei „Warnschüssen" der Beamten gekommen wäre. Es schilderte wie mehrere Neonazis ihn zu Boden schmissen und auf ihn eintraten. Auf die Frage des Richters, ob er sich noch an Personen erinnern könne, sagte der Antifa aus, dass alles so schnell ging, so das er sich bei den Heranstürmenden nur an Jens Lütke erinnern könne.

Ob Jens Lütke, der seit einigen Jahren stellvertretender Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Schleswig Holstein ist, auch auf ihn eingeschlagen hätte, könne er nicht bestätigen. Jens Lütke ist zuletzt von den Parteianhängern Ende Januar bei einem Parteitag in seinem Amt bestätigt worden. Als er auf dem Boden lag, habe er sich nur noch verständlicherweise auf den Schutz seines Körpers konzentriert. Ein ärztliches Attest, welches der Vorsitzende verlas, zählte zahlreiche Verletzungen des Opfers auf.

Einer der beiden Polizeibeamten, die als Erstes am Ort des Geschehens eintrafen, schilderte sehr eindrücklich die vorgefundene Situation. Er sagte aus, dass an verschiedenen Stellen Menschen auf dem Boden lagen, die jeweils umringt von mehreren Nazis mit Fußtritten und Schlägen verletzt wurden. Er führte weiter aus, dass er die Situation mit den auf den Gegendemonstranten einprügelnden Nazis aus nächster Nähe beobachten konnte. Nachdem die Rufe „Aufhören Polizei" seinerseits keine Wirkung auf die Täter hatten und einer der Nazis einen Stuhl auf dem Opfer zerschlagen wollte, hätte er sich gezwungen gesehen zwei „Signalschüsse" in die Luft abzugeben. Erst nach diesen Warnschüssen hätten die Neonazis von ihren Opfern abgelassen und wären teilweise im Lokal verschwunden. Er könne sich sehr gut erinnern, dass der Angeklagte Peter von der Born mit dem Spruch bezüglich der „Bewährungsstrafe" an ihm vorbeigegangen sei. Aufgrund der von beiden Beamten beobachteten Körperverletzung habe man von der Born festgenommen.

Die Aussage eines zweiten Polizeibeamten erhärteten die Tatvorwürfe gegenüber von der Born.

Der Richter wies nach den Zeugenbefragungen mit einer nicht zu übersehbaren Freude darauf hin, es sei jetzt an der Zeit, eine Videoaufnahme eines Beitrages der Fernsehsendung „N3 aktuell" bezüglich der Geschehnisse in Steinburg anzusehen. Allerdings stellte er klar, dass die in dem Fernsehbericht gezeigten Erklärungen und Interviews nicht für den Prozess von Relevanz seien, nur das Videomaterial des Tattages sei von Wichtigkeit! In dem Bericht konnte man Peter von der Born mehrmals erkennen, wie er sich an der Hetzjagd auf AntifaschistInnen aktiv beteiligte. Auch nach Abspielen des Videomaterials beharrte der Anwalt des Angeklagten weiter auf einer Personenverwechslung. Sein Mandant bliebe dabei, dass er sich nicht an der Körperverletzung beteiligt habe. Um dieses zu bekräftigen, müsse als Zeuge Manfred Börm als Leiter des bundesweiten Ordnerdienstes der NPD geladen werden. Nach einer Beratungspause lehnte der Vorsitzende diesen Antrag ab.

Bei der Verlesung des Vorstrafenregisters wies der Richter auf eine Verurteilung im Oktober des Jahres 2005 an einem Ostholsteiner Amtsgericht wegen Diebstahls von Wahlplakaten hin. Von der Born wurde wegen dieser Straftat zu einer Geldstrafe zu 30 Tagessätzen a 20 Euro verurteilt. Auf Nachfrage erklärte von der Born, er habe bei den Diebstählen nicht mitmachen wollen, aber der damalige Mitangeklagte Jens Lütke habe ihn überredet.

Nach Abschluss der Beweisaufnahme forderte die Staatsanwaltschaft eine Strafe von insgesamt 12 Monaten wegen gefährlicher und gemeinschaftlicher Körperverletzung sowie Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Das Gericht verhängte letztendlich eine Gesamtstrafe von 10 Monaten Gefängnis. Der Richter wies bei der Urteilsbegründung ausdrücklich darauf hin, dass die Bewährung jetzt flöten gegangen wäre.

Das Parteiblättchen der NPD, die *Schleswig-Holstein-Stimme*, sprach dann auch in Ausgabe 6/2005 von einem „offensichtlich politisch motiviertem Amtsrichter" und vermeldete, dass von der Born „natürlich sofort Berufung eingelegt" habe.

Holocaust-Leugner vor Gericht

Schluss mit den Lügen

David Irving signierte seine Bücher in der Gefängnisbibliothek

Mit der Auslieferung Ernst Zündels, Germar Rudolfs und Siegfried Verbekes nach Deutschland und der Inhaftierung von David Irving in Österreich stehen in diesen und den kommenden Monaten gleich vier langjährig aktive Holocaust-Leugner vor Gericht. Als antisemitische Ideologen haben sie der internationalen Szene der Holocaust-Leugner seit Jahrzehnten maßgebliche Impulse und Argumentationshilfen gegeben; ob mit ihrer absehbaren Verurteilung (Irving wurde bereits zu drei Jahren Gefängnis verurteilt) eine wirksame Schwächung dieser Szene stattfinden wird, scheint jedoch mehr als zweifelhaft.

Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre war die Leugnung des Holocaust eines der zentralen Themen, mit dem die extreme Rechte in Deutschland an die Öffentlichkeit trat. Hierzu gehörten eine von über 800 Alt- und Neonazis besuchte Großveranstaltung unter dem Motto *Wahrheit macht Frei* in München, Demonstrationen und Flugblattverteilungen der Nationalistischen Front oder die Verteilung der *Remer-Depesche* in beträchtlicher Auflage. Als Reaktion auf die Aufmerksamkeit, die dies auch im Ausland hervorrief, wurde nach längerer kontroverser Diskussion im Herbst 1994 die Leugnung des Holocaust zum Straftatbestand gemacht. Von Holocaust-Leugnung ist demnach die Rede, wenn jemand in geschichtsrevisionistischer Absicht die massenhaft und industriell betriebene Ermordung der Juden durch das NS-Regime bestreitet. Die auf vollständige Auslöschung des europäischen Judentums zielende Politik des deutschen Faschismus ist durch ungezählte Zeugenaussagen bestätigt, bis in viele Einzelheiten wissenschaftlich erforscht und durch zahlreiche Prozesse gegen Täter nachgewiesen. Daher heißt es in den aktuellen Verfahren gegen die Holocaust-Leugner seitens der Gerichte regelmäßig, dass der Holocaust eine „offenkundige Tatsache" ist.

Mit der Einführung dieser Strafvorschrift sahen sich – in der extrem rechten Szene prominente – Holocaust-Leugner gezwungen, ihre Aktivitäten ins Ausland zu verlagern; andere wurden verurteilt oder schränkten ihre Aktivitäten ein. Zu einem wichtigen Akteur der Holocaust-Leugnung war Anfang der 1990er-Jahre auch David Irving geworden. Er hatte ursprünglich Physik studiert, das Imperial College in London allerdings frühzeitig verlassen. Nachdem er aus gesundheitlichen Gründen auch bei der Royal Air Force keine Karriere machen konnte, hielt er sich längere Zeit in Deutschland auf und lernte dort die deutsche Sprache. Auf der Basis von selbst beigebrachten Geschichtskenntnissen veröffentlichte er in den 1960er-Jahren sein erstes Buch – über die alliierten Flächenbombardements und die Zerstörung Dresdens. Galt er der Öffentlichkeit zunächst weithin als etwas merkwürdiger, aber ‚seriöser Historiker', so führten ihn seine Biografien, u.a. zu Hitler, immer näher zur extremen Rechten. Das sog. *Leuchter-Gutachten* (s.u.) brachte ihn schließlich dazu, auch den Holocaust zu leugnen. Als »Star-Redner« trat er Anfang der 1990er-Jahre in zahlreichen Versammlungen in Deutschland und Österreich auf.

Im Jahr 2000 wurde in London seine Klage gegen die Historikerin Deborah Lipstadt verhandelt; diese hatte ihm nicht nur vorgeworfen, den Holocaust zu leugnen, sondern auch, (zu diesem Zwecke) gefälschte Geschichtsschreibung zu betreiben. Tatsächlich wurde die Klage Irvings in einem Prozess mit umfangreicher Beweisaufnahme zurückgewiesen und gezeigt, dass er historische Quellen manipulativ eingesetzt und beispielsweise von ihm gefundene historische Dokumente einseitig zugunsten Hitlers interpretiert hat. Waren Irvings frühe Bücher bis dahin immer noch in zahlreichen Kaufhäusern in Deutschland zu kaufen, so versiegte diese Einkommensquelle nach dem Urteilsspruch.

Wie schon dieser Prozess von der extremen Rechten in Deutschland genau beobachtet wurde, etwa in den *HNG-Nachrichten*, so solidarisiert man sich auch heute wieder mit ihm.

Zur Verteidigung Irvings, der in der Vergangenheit bereits auf zahlreichen Versammlungen der DVU gesprochen hat, finden sich seit seiner Inhaftierung in Österreich Anfang November 2005 wöchentlich Artikel in der *National-Zeitung*, die seine Verdienste preisen. In Österreich fand gegen Irving nun der Prozess wegen Verstoßes gegen den Paragrafen 3g Verbotsgesetz (Wiederbetätigung) statt. Die Anklage geht auf eine viele Jahre zurückliegende Äußerung zurück. Damals hatte Irving behauptet, Hitler habe die Juden nicht verfolgt und der Terror der Reichspogromnacht im November 1938 sei von unbekannten Personen begangen worden, die sich als SA-Leute verkleidet hätten. Irvings Rechtsanwalt ließ verlauten, Irving halte seine früher vertretene Ansicht, es habe keine Gaskammern gegeben, nicht mehr aufrecht. Dies als Abrücken von der Holocaust-Leugnung zu bewerten, scheint jedoch voreilig. Denn die genannte Position hatte Irving bereits im Prozess im Jahr 2000 vertreten; stattdessen käme es darauf an, anzuerkennen, dass diese Gaskammern in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern für einen Genozid benutzt wurden. Am 20. Februar erklärten die acht Geschworenen Irving für schuldig, das Strafmaß wurde auf drei Jahre Gefängnis ohne Bewährung festgelegt.

Während die extrem Rechte Presse das Urteil mit Empörung kommentiert hat und Irving sich flugs zum Märtyrer erklärt hat, hat der zuständige österreichische Staatsanwalt Widerspruch gegen das Urteil eingelegt. Er möchte eine höhere Verurteilung.

Zu den jüngeren Holocaust-Leugnern, die nach 1994 ihre Hetze vom Ausland aus weiter verbreiteten, gehört insbesondere Germar Rudolf. Dieser war im Sommer 1995 in Stuttgart verurteilt worden, setzte sich jedoch zunächst nach England, dann in die USA ab. Er wurde 1998 Chefredakteur der ein Jahr zuvor gegründeten deutschsprachigen *Zeitschrift Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung* (VffG). Hinter diesem neutralen Titel verbirgt sich das Zentralorgan der Holocaust-Leugner, in dem diese – so Germar Rudolf ohne Tabus und fernab vom „Zugriff kontinentaleuropäischer Hexenjäger" – ihre kruden Thesen verbreiten konnten. In einem auf September 2003 datierten Rechenschaftsbericht schrieb Germar Rudolf an Gesinnungsfreunde, dass sein Antrag auf Asyl von den US-Behörden abgelehnt worden sei. Seine damals geäußerte Prognose, dass die „Zukunft des Revisionismus rosig, die Zukunft der Revisionisten hingegen eher schwarz" sei, trifft zumindest für ihn zu, denn am 15. November 2005 wurde er von den USA ausgeliefert. Derzeit sitzt er eine alte Strafe von 14 Monaten ab und wartet auf ein weiteres Verfahren. Das rechte Blatt *Euro-Kurier* lobte ihnen als den „wohl aktivsten und produktivsten Revisionisten der Welt".

In Mannheim erwartet auch der belgische Holocaust-Leugner Siegfried Verbeke seinen Prozess, nachdem er auf der Basis eines europäischen Haftbefehls der dortigen Staatsanwaltschaft am 3. August 2005 auf dem Flughafen Amsterdams festgesetzt worden war. Verbeke war Gründer und über 10 Jahre Leiter der Stiftung „Vrij Historisch Onderzoek", ist mehrfach wegen Holocaust-Leugnung vorbestraft und war bis 1998 auch Chefredakteur der *VffG*.

In **Frankreich** ist die Leugnung des Holocaust seit Juli 1990 als gesonderter Straftatbestand unter Strafe gestellt, nachdem die von Faschisten begangene Schändung des jüdischen Friedhofs von Carpentras weltweite Empörung hervorgerufen hatte. Am 3. Januar 2006 verurteilte ein Lyoner Strafgericht in erster Instanz den Regionalparlamentarier des Front National, Georges Theil, zu 6 Monaten Haft ohne Bewährung plus 10.000 Euro Geldstrafe und Zahlung von 33.000 Euro an elf Antirassismus- und Menschenrechtsgruppen, die als Nebenklägerinnen aufgetreten waren. Theil hatte am 14. Oktober 2004 gegenüber einem Fernsehteam erklärt, dass die Gaskammern zur Desinfektion genutzt worden seien, und je mehr Zyklon B verwendet wurde, desto mehr Leben seien gerettet worden.

Der Schriftsteller Rolf Hochhuth gab Im Februar 2005 in der extrem rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* ein Interview; darin hatte er es als „idiotisch" bezeichnet, David Irving einen Holocaust-Leugner zu nennen und diesen als „fabelhaften Pionier der Zeitgeschichte" bezeichnet, der „großartige Bücher geschrieben" habe. Erst massive öffentliche Kritik führte dazu, dass Hochhuth schließlich mitteilte, er müsse sich angesichts dieser Äußerung schämen, habe aber seit 25 Jahren keinen Kontakt mehr zu Irving gehabt. In einem Interview, welches David Irving daraufhin der *National-Zeitung* von Gerhard Frey gab, meinte Irving: „Rolf ist in einer Zwangslage. (...) Er ist immer ein lieber Freund gewesen. Wenn er sagt, er hätte in den letzten zwanzig Jahren keinen Kontakt mehr zu mir gehabt, verstehe ich, weshalb er das sagt." Allerdings hätten beide bis vor ein paar Wochen sehr oft miteinander telefoniert, auch Ende Januar 2005. Das Blatt druckte dazu ein Foto, das Hochhuth und Irving 1966 in London zeigt.

Insbesondere aber der in Mannheim bereits laufende Prozess gegen Ernst Zündel sowie der ausstehende Prozess gegen Germar Rudolf werden, nicht zuletzt aufgrund der internationalen Öffentlichkeit, zu bundesweit bedeutsamen Ereignissen für das neonazistische Spektrum. Hierfür zeugen zahlreiche Berichte in deren Publikationen sowie der vom Aktionsbüro Rhein-Neckar für den 8. April geplante Großaufmarsch in Mannheim. Er zielt auf die Herstellung von Straffreiheit von Volksverhetzung, Verherrlichung des Nationalsozialismus und die Möglichkeit der ungehinderten Verbreitung antisemitischer Hetze.

Zündel, der die liberale Gesetzgebung in Kanada und den USA seit Jahrzehnten dazu benutzt hatte, NS-Propaganda zu verbreiten, hatte 1988 den US-Amerikaner Fred Leuchter dafür gewonnen, in einer Untersuchung die Behauptung aufzustellen, dass Massenvergasungen im Vernichtungslager Auschwitz technisch nicht möglich gewesen seien. Dies galt großen Teilen der extremen Rechten als der endgültige Beweis, dass der Holocaust nicht stattgefunden hat.

In diesem Sinne erklärte der bundesweit aktive Neonazi Christian Worch kürzlich, der Verdienst Zündels bestehe darin, dass dieser „den Revisionismus in einer Weise vorangetrieben, die man nur mit dem Quantensprung in der Physik vergleichen kann. Er hatte den US-amerikanischen Exekutions- und Gaskammerexperten Fred Leuchter in die Ruinen von Auschwitz geschickt, um die dortigen Gaskammern begutachten zu lassen. Die Expertise von Leuchter, unter dem Titel *Der Leuchter Report* weltweit bekannt geworden, hat einen Historiker vom Range David Irvings von der Sache des Revisionismus überzeugt." Auch in der von DVU-Chef Gerhard Frey herausgegebenen *National-Zeitung* wird nun angesichts des Strafverfahrens vom angeblich an Zündel begangenen Unrecht geredet; die Zeitschrift *Der Reichsbote* des Verdener Faschisten Rigolf Hennig fordert für Zündel „Hochachtung und Unterstützung" ein. Der Prozess war bereits Anfang November 2005 begonnen, nach einer Unterbrechung aber erst im Februar 2006 fortgesetzt worden.

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich am 9. November 2003 als derzeit bedeutendste Organisationsstruktur der Auschwitz-Leugner in der Bundesrepublik Deutschland der VRBHV (Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten) um Horst Mahler und Ursula Haverbeck gebildet. In seinem Rundbrief, der der Zeitschrift *Stimme des Gewissens* beigeheftet ist, wird regelmäßig auf die Strafprozesse hingewiesen, in denen Gleichgesinnte wegen Verunglimpfung des Staates, Volksverhetzung oder Leugnung des Holocaust angeklagt sind. So verurteilte das Amtsgericht Eisenach Rolf Winkler zu Geldstrafe von 3.150 Euro wegen Auschwitzleugnung; der Vorsitzende des Bund der Vertriebenen in Thüringen, Latussek, erhielt im Juni 2005 eine Geldstrafe in Höhe von 3.600 Euro. Im Juli 2005 bestätigte das Bielefelder Landgericht ein Urteil des Amtsgerichts Bad Oeynhausen gegen den Mitstreiter des inzwischen verstorbenen Öko-Faschisten Baldur Springmann, Klaus Kaping, wegen Holocaust-Leugnung, dazu siehe auch die Kurzmeldung in dieser Ausgabe.

In Lüneburg wurde im Dezember 2005 auch Rigolf Hennig verurteilt; als Gesinnungsfreundin erwies sich dabei seine Verteidigerin, Silvia Stolz, die – wie in zahlreichen anderen Verfahren der jüngeren Zeit – mit Horst Mahler

im Hintergrund und als Stichwortgeber agierte. Auch die Mitinitiatoren des VRBHV, die Altnazis Ernst-Otto Cohrs und Ursula Haverbeck, sind bereits einschlägig verurteilt worden.

Die Erklärung, die Haverbeck im Gerichtssaal abgab, wurde später in der Zeitschrift *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* veröffentlicht. Darin sind noch einmal zahlreiche Aussagen von Auschwitz-Leugnern angeführt, denen zufolge es in Auschwitz keine Morde in Gaskammern gegeben habe. Wie andere Auschwitz-Leugner auch, fordert Haverbeck das Recht auf freie Erörterung über die Frage, ob und wie viele Juden ermordet wurden. Besonders gerne verweisen die Rechten dabei auf Veröffentlichungen, die die Zahl der ermordeten Juden sehr niedrig ansetzen, denn – so Haverbeck: „Damit wird die Größenordnung der zu beklagenden Toten entsprechend der Opferzahl von Hiroshima oder von Dresden und wesentlich kleiner als die Opfer der deutschen Kriegsgefangenen nach dem Krieg auf den Rheinwiesen". Mit ihren Lügen, Verfälschungen und Halbwahrheiten wollen die Holocaust-Leugner ein Bild herstellen, in der die Nazis nicht mehr die Täter, sondern die Opfer waren und die Juden auch als Täter angesehen werden. Daher geht es ihnen nicht um Meinungsfreiheit, sondern um Politik und Macht. Denn wer in der Gesellschaft autoritäre Konzepte und eine starke Partei rechts von der CDU/CSU dauerhaft durchsetzen will, muss den Faschismus von seinen beiden schwersten Verbrechen befreien: der Verantwortung und Schuld am Zweiten Weltkrieg und an der Vernichtung des europäischen Judentums. Dies ist das Ziel der sog. Revisionisten.

Dabei erhalten sie immer wieder Schützenhilfe von renommierter Seite. Mitte der 1990er-Jahre war es bspw. der Historiker Ernst Nolte, der die Behauptungen von Auschwitz-Leugnern wie Paul Rassinier, Robert Faurison und Fred Leuchter als ernstzunehmende Beiträge zur Erforschung des Holocaust bezeichnete und damit deren antisemitische Hetze aufwertete. Anfang 1994 gab er dem *Journal of Historical Review*, einer in den USA erscheinenden Zeitschrift von Holocaust-Leugnern, ein Interview. Für eine positive Besprechung seines Buches *Streitpunkte* durch die Redaktion bedankte sich der deutsche Geschichtswissenschaftler, der Irving und den US-Amerikaner Hoggan zitiert, als ob es sich um seriöse Historiker handelt.

Derzeit nimmt die extreme Rechte in ihrer Bewertung der politischen Lage zudem jede Stimme aus Justiz, Politik und Wissenschaft wahr, die sich entweder für eine Relativierung oder Leugnung des Holocaust instrumentalisieren lässt oder mit Blick auf das Grundrecht auf Meinungsfreiheit von einer strafrechtlichen Ahndung der Leugnung des Holocaust absehen möchten. Dies gilt für den liberalen Sozialwissenschaftler Rolf Dahrendorf wie für Micha Brumlik, die hinsichtlich der Leugnung des Holocaust beide jüngst unter bestimmten Umständen für Straffreiheit plädiert haben. So wird es nicht mehr lange auf sich warten lassen bis Neonazis sich dieser Äußerungen bedienen und damit – wie kürzlich bei ihren Aufmärschen in Lüneburg, Dortmund und Karlsruhe – ihrer Forderung nach Streichung des § 130 den Anschein geben werden, es gehe dabei lediglich um die Frage der Meinungsfreiheit.

Rückenwind verspüren die Holocaustleugner schließlich durch die jüngsten Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten, der den Massenmord an den europäischen Juden wiederholt als Erfindung bezeichnet hatte. Der französische Holocaust-Leugner Roger Garaudy konnte im iranischen Staatsfernsehen ebenfalls entsprechende Lügen verbreiten. Führende Vertreter des Rechtsklerikalismus im Iran, so etwa Ayatollah Ali Meschkini, der Vorsitzende des Expertenrats, der den geistlichen Führer des Landes wählt, unterstützen bereits stattgefundene oder angekündigte Veranstaltungen, bei denen Holocaust-Leugnern eine Plattform geboten wird. Auch Horst Mahler wollte teilnehmen; das Land Brandenburg hat ihm allerdings eine halbjährige Ausreisesperre auferlegt.

Mit solchen Äußerungen, zu denen auch die Forderung gehört, der Staat Israel müsse von der Landkarte verschwinden, und Aktionen wie der angekündigten so genannten Holocaust-Konferenz versucht derzeit ein Teil der iranischen Führung die im Iran bei großen Teilen der Bevölkerung anzutreffende Unzufriedenheit über die soziale Lage zu kanalisieren. Die in arabischen Ländern in verschiedenen Kontexten anzutreffende Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust bleibt jedoch nicht unwidersprochen. Im März 2001 traten namhafte arabische Intellektuelle öffentlich gegen eine in Beirut geplante Konferenz ‚revisionistischer Historiker' auf; der ehemalige kuwaitische Erziehungsminister Ahmad ar-Rabaa'i machte deutlich, dass die Leugnung dieses Menschheitsverbrechens auf den Verlust ethischer und menschlicher Wertmaßstäbe hindeute.

SS-Treffen in Handwerkskammer erfolgreich verhinder

Erlebnisgeneration beim NS-Plausch gestört

Antifaschisten versperrten den Eingang zum Restaurant Remter der Handwerkskammer.

In der Gaststätte „Remter“ der Hamburger Handwerkskammer sollte am 16. März die alljährliche Jahreshauptversammlung der Hamburger „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS“ (HIAG) stattfinden. Monatlich trafen sich hier Angehörige einer Organisation, welche in den Nürnberger Prozessen 1946 zur verbrecherischen Organisation erklärt wurde. In der Urteilsbegründung hieß es: „Einheiten der Waffen-SS waren unmittelbar an der Tötung von Kriegsgefangenen und an den Grausamkeiten in den besetzten Gebieten beteiligt. Sie stellte das Personal der Einsatzgruppen und führte den Befehl über die Wachmannschaften der Konzentrationslager, nachdem sie die Totenkopf-SS, welcher ursprünglich oblag, in ihren Verband übernommen hatte.“

Ca. 100 AntifaschistInnen verhinderten diesmal erfolgreich das Treffen der Altnazis und ihres Anhangs. Die Handwerkskammer reagierte sofort und verbot zukünftige Treffen der HIAG, konnte aber nicht erklären, weshalb es in der Vergangenheit möglich war, dass sich die alten Kameraden so lange ungestört an diesem gutbürgerlichen Ort treffen konnten. Die Hamburger Medien berichteten ausführlich über das Altnazi-Treffen und die Hintergründe. Für die Behörden geriet die Outing-Aktion zur peinlichen Schlappe: Die Polizei hatte weder von dem NS-Treffen noch von der Antifa-Mobilisierung etwas mitbekommen. Der Verfassungsschutz hatte im Juni 2005 noch vorgegeben über die HIAG informiert zu sein, musste nun aber gegenüber dem *Hamburger Abendblatt* eingstehen keine Ahnung zu haben. Schließlich hatten die Schlapphüte ja auch schon 1992 die Beobachtung der HIAG eingestellt.

Die SS-Verbrecher und ihre Angehörigen trafen sich erstmals am 4. Februar 1975 im „Remter", deren offizieller Betreiber die Hamburger Handwerkskammer ist. Nachdem vorübergehend andere Orte genutzt wurden, trafen sich nun seit mehreren Jahren bis zu 100 unverbesserliche Nazis dort um die Untaten der Vergangenheit zu leugnen und die eigenen „Heldentaten" zu feiern. Man träumte davon endlich mal wieder die Hakenkreuzfahne zu hissen oder in SS-Uniform zu marschieren, erging sich in extrem rechten Verschwörungstheorien und riss Judenwitze. In der Handwerkskammer fanden geschichtsrevisionistische und neofaschistische Vorträge statt. Hier organisierte man Reisen zu anderen SS-Traditionsverbänden in Europa und zu den ehemaligen Schlachtfeldern.

Gelegentlich hatte man in den Räumen am Holstenwall auch jüngere Neonazis zu Gast – die Waffen-SS dient Jüngeren schließlich immer noch als großes historisches Vorbild.

Geschichte der HIAG

Die HIAG wurde 1948/49 als Traditionsverband der ehemaligen Waffen-SS in Hamburg von SS-Brigadeführer Otto Kumm gegründet, die bundesweite Gründung fand 1950 statt. Kumm, letzter Kommandeur der „Leibstandarte Adolf Hitler", baute 1949 zusammen mit anderen SS-, NSDAP-, und Wehrmachts-Funktionären eine geheime Schattenarmee „Die Bruderschaft" auf, die nach dem Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung die Macht im Nachkriegsdeutschland übernehmen sollte. Als Kumm 2004 „zur Großen Armee" abberufen wurde, publizierte die HIAG-Zeitschrift *Der Freiwillige* extra eine glorifizierende Sonderbeilage. Die Verschwörung „Bruderschaft" wurde von den Alliierten publik gemacht und so besannen sich die ehemaligen SS'ler auf einen streng legalistischen Kurs um ihre Interessen zu vertreten, die Eintragung ins Hamburger Vereinsregister erfolgte 1956.

Vordergründig ging es der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" immer nur um soziale und rechtliche Gleichstellung ihrer Mitglieder. Man fühlte sich durch die Nürnberger Prozesse besonders diffamiert und ausgeschlossen und pflegte gleichzeitig immer noch ein aus der NS-Zeit übernommenes Elitebewusstsein. Wenige Monate nach der Gründung kamen schon 17.000 HIAG Interessenten aus dem Hamburger Raum zu den Treffen.

In den ersten Jahrzehnten ging es den HIAG-Mitgliedern bundesweit vor allem um die Durchsetzung von Renten und anderen Versorgungsleistungen, von denen sie als Mitglieder einer verbrecherischen Organisation ausgeschlossen waren. Ebenso ging es ihnen um die gesellschaftliche Anerkennung, weshalb sich die SS-Männer gerne als 4. Truppenteil der Wehrmacht darstellen. Man kümmerte sich um Hilfe für Witwen, Waisen, Kriegsgefangene und arbeitslose Kameraden, unterhielt einen Vermisstensuchdienst in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz, und arbeitete eng mit dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge zusammen.

Ende der 50er- Anfang der 60er-Jahre hatte der Bundesverband der HIAG Einfluss auf alle etablierten Parteien, Funktionäre von CDU bis SPD sprachen regelmäßig bei Treffen der Kriegsverbrecher.

Die Lobbyarbeit der Altnazis war so erfolgreich, dass es spätestens mit der Gründung der Bundeswehr 1955 zur weitgehenden Rehabilitierung der SS kam und von den SS-Verbrechern fast niemand mehr verurteilt wurde. Ca. 2.000 ehemalige SS-Offiziere wurden zum Aufbau der Bundeswehr herangezogen. 1961 konnte die HIAG Renten rechtlich durchsetzen, sogar ehemalige baltische SS-Freiwillige beziehen inzwischen Renten vom deutschen Staat, während die Opfer der SS oftmals leer ausgehen, wie z.B. die zur Zwangsarbeit gezwungenen Kriegsgefangenen der Roten Armee. Mit der gesellschaftlichen und rechtlichen Anerkennung, hatte die HIAG eigentlich ihre Gründungsziele erreicht, die „Hilfsgemeinschaft" hätte sich also auflösen müssen. Stattdessen entwickelte sich der Verband konsequent weiter nach Rechtsaußen. Man bekannte sich wieder offen zur SS-Tradition, pflegte nationalsozialistisches

Diese alte Garde konnte heute nicht mit ihrem SS-Verein feiern.

Gedankengut und offenen Geschichtsrevisionismus. Erst in den 80er-Jahren schwand der gesellschaftliche Einfluss der HIAG, die SPD fällte einen Unvereinbarkeitsbeschluss und die SSler gaben ihre Mitgliedschaft im „Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge" auf. 1992 löste sich der HIAG-Bundesverband aus Altersgründen auf.

Die Hamburger HIAG

Der Hamburger Landesverband machte nach der Selbstauflösung allerdings weiter. Hier war man schon immer besonders aktiv. 1970 wurde man Gesellschafter des Munin-Verlages der neben geschichtsrevisionistischen Büchern auch die HIAG-Zeitschrift *Der Freiwillige* herausgibt. Hier finden sich neben Beiträgen welche die Verbrechen von Nazis und SS verharmlosen und Kriegsverbrechern huldigen auch Beiträge von Neonazis. Dementsprechend wird die Zeitschrift mit mehren 1.000 Exemplaren Auflage pro Monat auch in neonazistischen Kreisen gern gelesen. Schon früh wurde die Hamburger HIAG Mitglied im extrem rechten „Verband deutscher Soldaten e.V." Der VDS betreibt eine „Stiftung Veteranenheim Deutscher Soldaten" in Hamburg-Poppenbüttel, dort ist auch die Landesgeschäftsstelle des VDS.

Jährlich im April halten mehr als 100 SS-Veteranen und Angehörige, teilweise mit Beteiligung von Neonazis, auf ihrem „Ehrenfriedhof" im niedersächsischen Vahrendorf eine Gedenkfeier für Gefallene der „12. SS-Panzerdivison Hitlerjugend" ab. In alt- und neofaschistischen Kreisen hält sich hartnäckig die Legende, die SS-Soldaten seien am 26. April 1945 hinterrücks von den Engländern ermordet worden. Die Legende von der Liquidierung ist durch Exhumierungen eindeutig widerlegt. Während man Angehörige der SS als Opfer alliierter Kriegsverbrechen darstellt, glorifiziert man selbst Kriegsverbrecher aus den eigenen Reihen. 1970 gedachte die Hamburger Jahreshauptversammlung dem gerade verstorbenen Heinz Lammerding, Brigadeführer der SS-Panzerdivision „Das Reich". Lammerding ging als „SS-Henker von Oradur und Tulle" in die Geschichte ein und wurde in Frankreich in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Der erst 2001 verstorbene Hamburger Kriegsverbrecher Wilhelm Mohnke wurde anlässlich seines Todes von der HIAG ebenfalls ausführlich gewürdigt. Der ehemalige Generalmajor der Waffen-SS war mit seiner „Leibstandarte Adolf Hitler" 1940 verantwortlich für die Ermordung von 72

Nachdem die AntifaschistInnen das Restaurant blockiert hatten, mussten HIAG-AnhängerInnen verärgert den Rückweg antreten. Dabei bedrohten sie noch Journalisten und versuchte sie zu schlagen.

amerikanischen Kriegsgefangenen. Trotzdem bezog er bis zu seinem Tode eine Zusatzrente als Kriegsopfer. Selbstverständlich übte die HIAG praktische Solidarität für den kürzlich verstorbenen Hamburger SS-Verbrecher Friedrich Engel. Als dieser 2002 gegen seine Verurteilung in Italien wegen eines Massakers in Revision ging, bat man um sachdienliche Hinweise für seine Verteidigung.

Immer wieder versuchte die Hamburger HIAG den Status der Gemeinnützigkeit zu erlangen, zum Glück gelang es ihr nie. Allerdings setzte der Verein als Erben seines Vermögens 1993 die „Kriegsgräberstiftung: Wenn alle Brüder schweigen" aus Stuttgart ein. Und diese Stiftung ehemaliger SS-Soldaten ist als gemeinnützig anerkannt und besaß in den 90er-Jahren mehrere 100.000 DM. Da der Hamburger HIAG-Verband Ende 2005 die Rechtsform als eingetragener Verein nach antifaschistischen Protesten aufgab, dürfte das verbliebene Vereinsvermögen nun als gemeinnützig in Stuttgart auf dem Konto liegen.

Obwohl die HIAG zur Durchsetzung ihrer Interessen offensichtliche personelle Überschneidungen mit anderen extrem rechten Organisationen gemieden hat, lassen sich auch in Hamburg einige nachweisen.

Kamerad Heinz Bargstaedt kandidierte 2004 für die Kleinstpartei „Die Deutschen Konservativen" im Bezirk Wandsbek auf Platz 1 und HIAG-Frau Marianne Reese war Ende der 90er Jahre hier Mitglied. Der Parteivorsitzende Joachim Siegerist wurde wegen Aufstachelung zum Rassenhass rechtskräftig verurteilt.

Nachwuchs in SS-Tradition scheint man sich bei Burschenschaftern zu erhoffen und veranstaltete 1991 einen Vortrag zum Thema. Zum 55-jährigen Jubiläum der Hamburger Waffen-SSler, mit mehreren Hundert Teilnehmern aus dem In- und Ausland, erschienen Burschenschafter der „Pennalen Burschenschaft Chattia". Diese, Schülerburschenschaft, warb auch 2003 im *Freiwilligen* für einen Vortrag „Kurt Eggers – Philosoph und Kriegspoet". Eggers, ehemaliger SS-Obersturmführer und Verfasser völkisch-rassistischer Gedichte ist einer der „SS-Helden" für Alt- und Neonazis. Er ist der Großvater des stellvertretenden Landesvorsitzender der Hamburger DVU Sven Eggers. Auch die neonazistische „Burschenschaft Germania Hamburg" wirbt in dem SS-Blättchen und Germane André Busch schreibt hier regelmäßig. Um alte Ostritter werben die revanchistischen „Vereinigte(n) Ostdeutsche(n) Länder", des Hamburger Joachim Breitkopf.

Junge Kameraden eines „Vereins zur Bergung Gefallener in Osteuropa e.V." graben für ehemalige Wehrmachts- und SS-Soldaten in osteuropäischen Schlachtfeldern nach Gefallenen. Der Verein des Hamburgers Albert Laue wird dafür im *Freiwilligen* ausführlich gewürdigt und bekommt materielle Unterstützung durch die SS-„Kriegsgräberstiftung".

Die Hamburger Stiefelnazis der „Freien Kameradschaften" dürfen auch über ihre Aktionen im „Freiwilligen berichten. So z.B. über ein Straßentheater, was sie 2004 in Hamburg gegen die Ausstellung *Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht* aufführten. Dass Wehrmacht und SS „ehrenhaft" gekämpft hätten, kann man im Freiwilligen genauso häufig lesen, wie die Unterstellung die Deutschen seinen die wahren Opfer des Zweiten Weltkrieges. Weshalb auch DVU-Kandidat Gerhard Teppris für die „Bürgerinitiative Hamburger Opfer unvergessen" einen Leserbrief schrieb.

Die Altnazis der HIAG sind übrigens nicht die einzigen Rechten welche sich in dem Backsteingebäude am Holstenwall treffen. Der neofaschistische „Freundeskreis Filmkunst e.V.", heute nennt man sich „Norddeutscher Kulturkreis e.V.", führte hier mehrmals seine Jahreshauptversammlungen durch. Die Filmfreunde machten in den 90er-Jahren regelmäßig Vorführungen indizierter Nazifilme in Hamburger Kinos und erwarben das inzwischen von den Behörden geschlossene Nazizentrum in Hetendorf/Niedersachsen.

Und jährlich findet in der Handwerkskammer auch der „Hamburger Verbändekommers" statt, die Festveranstaltung aller Hamburger Studentenverbindungen, darunter auch die oben genannten neonazistischen Burschenschaften.

SS-Kriegsverbrecher Gerhard Sommer lebt bis heute unbehelligt in Hamburg

NS-Mörder sind noch unter uns

Am 12. August 1944 ermordeten 300 Angehörige der 16. Panzergrenadier-Division „Reichsführer SS“ unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung 560 Einwohner des norditalienischen Dorfes Sant'Anna di Stazzema. Unter ihnen überwiegend Frauen, Alte, Kinder. Dieses Massaker an der Zivilbevölkerung steht stellvertretend für 250 Ortschaften, an denen die zu „Ehren“ des Reichsführer SS Heinrich Himmler benannte Division insgesamt über 2000 Zivilisten ermordete und eine Blutspur durch Norditalien zog.

Die in Westeuropa geplanten Massaker an der Zivilbevölkerung unterlagen dabei der gleichen Strategie von Wehrmacht-, SS- und Polizeitruppen, wie in dem Vernichtungskrieg, der im Osten vor allem gegen die Sowjetunion geführt wurde. Ortsnamen wie Sant'-Anna di Stazzema, Marzabotto, Vallucciole (Italien), Oradour-sur-Glane (Frankreich), Kragujevac (Serbien), Distomo, Kommenco (Griechenland) stehen hier für diese Politik der verbrannten Erde.

Die wenigsten Täter wurden bis zum heutigen Tage zur Rechenschaft gezogen. In Italien wurden 700 italienische Ermittlungsakten während des Kalten Krieges im Zuge der antikommunistischen NATO-Politik und mit Rücksichtnahme auf die BRD und ihre von Altnazis durchsetzte Bundeswehr aus dem Verkehr gezogen. Der Schrank mit den Ermittlungsakten, der sich in der Generalstaatsanwaltschaft in Rom befand, wurde einfach umgedreht, so dass sich die Schranktüren nicht mehr öffnen ließen. Über 30 Jahre gingen Bedienstete der Staatsanwaltschaft an diesem „Schrank der Schande“ vorbei. Erst 1994 wurde nachgeschaut, was sich in diesem Schrank befindet.

Dies erklärt den jetzigen Anstieg von Prozessen in Italien, die aufgrund der alten/neu aufgetauchten Ermittlungsakten geführt werden konnten. Erwähnt sei der Prozess des Hamburger Friedrich Engel, der in Italien 1999 in Abwesenheit wegen 246-fachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Erich Priebke wurde 1998 zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er an dem Massaker an 335 Menschen, darunter 75 Juden, 1944 in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom beteiligt war. Im Juli 2005 wurde der Prozess wegen eines Massakers von Civitella eröffnet, bei dem die Luftwaffen-Division „Hermann Göring“ am 29. Juni 1944 mindestens 245 Menschen ermordete.

Der Prozess zu dem Massaker in Sant'-Anna, der im April 2004 eröffnet wurde, fand in Italien eine große öffentliche Anteilnahme, da die juristische Bewertung für die gesellschaftliche

Ächtung des Verbrechens von hoher Bedeutung war. Am 22. Juni 2005 wurden die Urteile gesprochen. 10 deutsche SS-Offiziere wurden zu lebenslanger Haft und Entschädigungszahlungen verurteilt, da ihnen die Verantwortung am Massaker von Sant'Anna nachgewiesen werden konnte. Sie wurden schuldig befunden an der Beteiligung am fortgesetzten Mord, begangen mit besonderer Grausamkeit. Mit diesem Urteil wurde erstmals anerkannt, dass es sich um keine militärische Aktion oder eine Aktion gegen Partisanen, sondern um ein Massaker an der Zivilbevölkerung handelte und es wurden die Täter beim Namen genannt.

Die Opfer entschädigen – die Täter bestrafen

Verurteilt wurden Werner Bruß (Hamburg-Reinbek), Alfred Mathias Concina (Freiberg), Ludwig Göring (Karlsbad, BaWü), Karl Gropler (Wollin, Brandenburg), Georg Rauch (Rümmingen, BaWü), Horst Richter (Krefeld, Hessen), Heinrich Schendel (Ortenberg, Hessen), Alfred Schöneberg (Düsseldorf, NRW), Gerhard Sommer (Hamburg-Volksdorf) und Ludwig Heinrich Sonntag (Dortmund, NRW). Zwei der zehn verurteilten NS-Verbrecher wohnen in Hamburg. Während sich Werner Bruß verantwortlich für das Massaker fühlte und in Italien schriftlich ausgesagt hat, bestreitet der damalige Ranghöchste Gerhard Sommer bis zum heutigen Tage seine Schuld. Dem Fernsehmagazin *Kontraste* sagte er noch 2002, dass diese Zeit für ihn erledigt sei „Ich habe mir keinerlei Vorwürfe zu machen, ich habe ein absolut reines Gewissen".

Bruß, Göring und Schendel sind mittlerweile in Italien rechtskräftig verurteilt. Die sieben anderen Täter haben Revision eingelegt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der italienische Appellationshof des Militärgerichts in Rom das Urteil bestätigt. Die deutschen Mörder brauchen aber keine Angst zu haben, dass das Urteil vollstreckt wird, denn Deutschland liefert in der Regel Kriegsverbrecher nicht aus. Eine Verurteilung in Deutschland scheint zudem nicht gewollt, denn die deutsche Justiz will keine Anklage erheben.

„Kein Vergeben und kein Vergessen" forderten die Demonstranten am 26.11.2005 in Hamburg-Volksdorf, wo Gerhard Sommer in einer Seniorenresidenz seinen Lebensabend verbringt.

Ein Ankläger ohne Anklage

Obwohl Deutschland bekannt war, dass bezüglich des Massakers von Sant'Anna in Italien seit 1995 ermittelt wurde, wurden die Ermittlungen hier erst 7 Jahre später, nämlich 2002 begonnen und erst 2005 wurde ein Ermittlungsteam gebildet. Der Stuttgarter Staatsanwaltschaft liegen alle Fakten und Beweismittel vor, da sie im Zuge der europäischen Übereinkunft bei Strafverfahren mit den italieni-

schen Ermittlern zusammengearbeitet hat. Argumentierte die Staatsanwaltschaft noch vor dem Urteil, sie wolle den Prozess abwarten, um dann schneller verhandeln zu können, erklärt sie jetzt, dass die Fakten irrelevant seien, da es sich in Italien um Militärgerichtsbarkeit handelte. Außerdem begründet sie die Nichtanklage damit, dass die Mordmerkmale (wie Mordlust, Heimtücke, niedrige Beweggründe und Grausamkeit) nicht erkennbar wären oder dem Einzelnen nicht nachweisbar seien. Zudem wurden die Voraussetzungen für Mordmerkmale durch das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) im Fall des NS-Verbrechers Engel deutlich heraufgesetzt.

Der Engel-Prozess – warum es für Mord lebenslang Freiheit gibt

Der in Hamburg lebende SS-Offizier Friedrich Engel wurde im Jahr 1999 vom Militärgericht La Spezia wegen 246-fachen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Durch diese Entscheidung genötigt, verurteilte das Hamburger Landgericht den ehemaligen SS-Chef von Genua für eines dieser Verbrechen, nämlich die Erschießung von 59 Geiseln am Turchino-Pass bei Genua, zu nur sieben Jahren Haft. Das Urteil des Landgerichts wurde vom Bundesgerichtshof am 17. Juni 2004 in der Revision aufgehoben, eine Wiederaufnahme ausgeschlossen. Wie das Hamburger Gericht urteilten auch die Bundesrichter, dass die Geiselerschießung eine rechtmäßige Repressalie als Antwort auf einen Anschlag auf ein Soldatenkino gewesen sei. Die Geiselerschießungen seien nicht im juristischen Sinne als Mord anzusehen. Es sei „nur" Totschlag gewesen, da die Tatausführung entgegen dem Hamburger Urteil nicht als grausam zu bewerten sei. Totschlag ist nach deutschem Recht jedoch bereits verjährt. Bei einer Anklage wegen Mordes aus weitergehenden Gründen – wie Rache, Mordlust etc. – hätten die Nazis die Tat bereits verfolgen können, so dass auch dieser Straftatbestand verjährt sei. Wegen des hohen Alters des ehemaligen SS-Offiziers und dieser möglichen Verjährung sei das Verfahren nicht mehr durchzuführen, da der NS-Täter Engel sonst zum Opfer der Justiz werden könne.

Der Staatsanwaltschaft wird es diesmal schwer fallen, Anklage zu erheben mit einer Begründung, die vor dem BGH nicht standhält. In Sant'Anna wurden Frauen und Kinder ermordet und mit Benzin übergossen. Der Tatbestand der niedrigen Beweggründe und Grausamkeit ist somit gegeben. Auch der Mangel an konkreter Tatbeteiligung einzelner Verdächtiger ist durch belastende Aussagen – und durch das Urteil von La Spezia – widerlegt. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass es gewolltes Ziel ist, die Ermittlungen weiter zu verschleppen und zu verzögern, bis die Täter gestorben sind.

Dies würde auch das jetzige Verhalten der Staatsanwaltschaft bzw. der obersten Behördenleitung erklären. Der Hamburger Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, die vom Verein der Opfer von Sant'Anna beauftragt wurde, im Namen des Vorsitzenden Enrico Pieri Nebenklage zu erheben, wurde die beantragte – und erst zugesicherte - Akteneinsicht verweigert. Ebenso wurde ihr die beschränkte Akteneinsicht verweigert, die den Beschuldigten bereits gewährt wurde, mit der Begründung, dass die Herausgabe der Akten zum Nachteil für die Beschuldigten wäre. Im Namen des Opfervereins von Sant'Anna stellte sie daraufhin am 17.10.05 Antrag auf gerichtliche Entscheidung, dieser wurde im Dezember 2005 von der Oberstaatsanwaltschaft Stuttgart ebenfalls abgelehnt. Laut Auskunft der Staatsanwaltschaft soll Rechtsanwältin Heinecke nunmehr möglicherweise Akteneinsicht im Frühjahr 2006 erhalten.

Es scheint klar, dass nur politischer Druck zu einer Anklageerhebung führen wird. In Hamburg hat sich daher im August 2005 ein Bündnis gebildet, welches sich für die Anklageerhebung und Verurteilung der Täter auch hier in Deutschland einsetzt.

Auf nach Hamburg-Volksdorf

Gerhard Sommer, lebt seit Anfang des Jahres aufgrund der Pflegebedürftigkeit seiner Frau in der Seniorenwohnanlage CURA im Lerchenberg in Hamburg-Volksdorf. In diesem Altendomizil wohnen auch Überlebende des Nationalsozialismus, die sich aber aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit nicht mehr wehren können. Sommer selber ist rüstig, rhetorisch geschickt und bestreitet bis heute, Unrecht begangen zu haben. Erst durch die Presse erfuhren die Bewohner und

Angestellten der Seniorenresidenz die Wahrheit über Sommers verbrecherischer Vergangenheit. Die sich daraus ergebenen Diskussionen führten dazu, dass er an Gemeinschaftsveranstaltungen nicht mehr teilnehmen darf. Am Jahrestag des Massakers, am 12. August wurde in Hamburg-Volksdorf erstmals durch ein Flugblatt darauf aufmerksam gemacht, dass der Kriegsverbrecher Gerhard Sommer dort lebt. Im November 2005 fand dann vor Ort eine erfolgreiche Kundgebung und Demonstration mit 180 Teilnehmern statt. U.a. wurden vor dem Wohnort des Mörders 4 Tafeln mit den 394 namentlich ermittelten Opfern des Massakers niedergelegt und ein Grußwort verlesen. In der Nacht zuvor, wurden ebenfalls von Antifaschisten Gedenktafeln in dem Stadtteil angebracht. Die Demonstration führte auch dazu, dass sich in Volksdorf die »Waldörfer Initiative Hamburg« gründete (Infos unter waldinihh@gmx.de), die sich zum Ziel gesetzt hat, durch Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil auf das Anliegen der Überlebenden des Massakers von Sant'Anna aufmerksam zu machen und eine Anklageerhebung herbeizuführen.

Antifaschisten mobilisieren

Durch die Presse ist die Freiberger Jugendinitiative „Buntes Leben" aus Sachen ebenfalls darauf aufmerksam geworden, dass der SS-Mörder Alfred Concina in ihrer unmittelbaren Nähe wohnt. Durch Recherchen konnten sie erfahren, dass er im Seniorenheim „Johanna Rau" in Freiberg untergekommen war. Am 22.12.05 statteten ihm dann Antifaschistinnen und Antifaschisten einen Besuch ab. Während der Mahnwache, die von 40 überwiegend jungen Leuten veranstaltet wurde, versuchte die Heimleiterin während eines Redebeitrages der Rednerin das Mikrofon zu entreißen. Dieser Versuch misslang genau so wie die Absicht von 25 neonazistischen Jugendlichen, durch ihren „Aufmarsch" die Mahnwache zu stören. Die Aktion war sehr erfolgreich und wurde über eine Woche in der lokalen Presse erwähnt. Große Resonanz gab es auch bei der vom AK-Distomo gezeigten Film- und Infoveranstaltung in Hamburg am 16. Januar 06. In dem ausverkauften Kino 3001 wurde der Film *Todesengel* gezeigt, anschließend informierten und diskutierten vor über 100 Interessierten Rechtsanwältin Gabriele Heinecke sowie Oberstaatsanwalt a.D. Dietrich Kuhlbrodt. Zum Gedenktag an die Ermordung von Mitgliedern der Weißen Rose am 25. Februar 06 in Hamburg-Volksdorf, an dem über 50 Personen teilnahmen, hat auch die Waldörfer Initiative zu aufgerufen und in ihrem Redebeitrag die sofortige Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Gerhard Sommer gefordert.

Die Antifaschistische Initiative gegen das Vergessen und die VVN-BdA KV Stuttgart haben nunmehr einen Offenen Brief an die Staatsanwaltschaft Stuttgart gerichtet und schließen sich damit der Kampagne zur Unterstützung der Überlebenden des Massakers in Sant'Anna di Stazzema an.

Um die bundesweite Kampagne voranzutreiben, wird das Hamburger Bündnis zu Ende Februar eine erste Materialiensammlung zu dem Massaker in Sant'Anna und zur aktuellen Situation herausbringen, die dann auch im Internet abrufbar ist (www.partigiani/kriegsverbrechen/sant'anna). Aktionen bei den weiteren Tätern sind erwünscht, Interessierte können sich austauschen unter: buendnis-gerhard-sommer-verurteilen@hotmail.de.

Dem Hinweis des Labour-Abgeordneten Andrew Dismore »dass Kriegsverbrecher niemals ruhig in ihrem Bett schlafen dürfen« folgten Hamburger Antifaschisten am 26. Januar 06 und schütteten dem früheren SS-Chef von Genua, Friedrich Engel, mehrere Kanister roter Farbe vor die Tür. Zugleich verteilten sie Flugblätter zu den Massakern, an denen der 96-jährige 1944 in Italien beteiligt gewesen sein soll. Wenige Tage drauf verstarb der 97-Jährige. Die *taz* kommentierte den endgültigen Abtritt mit der Überschrift „SS-Engel geht zum Teufel".

Rückblick

Dieters kleine Kneipe

Ein Bündnis gegen das Landhaus organisierte Demonstrationen in Heilshoop.

Seit Ende Juli 2005 hat Dieter Kern seine Gaststätte in Heilshoop/Stormarn aufgegeben. Die Kneipe war über ein Jahr lang als Treffpunkt für Alt- und Neonazis genutzt worden, immer wieder fanden Liederabende und RechtsRock-Konzerte statt. Doch so richtig wollte das Geschäft nicht florieren, Kern hatte scheinbar Einsicht und zog die Konsequenzen.

Als im Frühjahr 2004 bekannt wurde, dass der neue Pächter der Dorfkneipe ein bundesweit bekannter Neonazi ist, war das Interesse an dem kleinen Ort plötzlich ganz groß. Antifaschisten gründeten ein Bündnis gegen die Gaststätte, verteilten Flugblätter und organisierten Demonstrationen gegen die Auftritte rechter Musikgruppen und Redner; die Einwohner von Heilshoop, allen voran der Bürgermeister Wendelin Herbrand, sahen sich bereits umzingelt von linken und rechten Extremisten; und die Lokalpresse hatte endlich auch mal was spannendes zu berichten und konnte Großaufgebote der Polizei und Demonstrationen vermelden.

Danach mieden fast alle angestammten Dörfler das Landhaus, die Freiwillige Feuerwehr zog ihren Stammtisch ab. Nur einige hoffungslose Alkoholiker ließen sich das Bier in der Dorfkneipe nicht madig machen, dazu kam der Besuch des wöchentlichen BündnisRecht-Stammtisch und die RechtsRock-Fans am Wochenende. Das Landhaus erlangte in der nördlichen Naziszene einen gewissen Bekanntheitsgrad: Rechte Internetshops bieten mittlerweile eine DVD mit dem Namen *Dieters kleine Kneipe* zum Verkauf. Auf dem Video sind Aufnahmen von Redner- und Musikveranstaltungen „in HEILshoop" (Schreibweise im Original, Germaniaversand) zu sehen sind. Auch eine Gegendemo mit „200 haßerfüllte(n) Antifas" kann auf der DVD bestaunt werden. Produziert wurde die DVD von Andreas Stähr, der sich auch schon ausgiebig mit Versandgeschäften im rechten Milieu versuchte, siehe Eie Nr. 23, ab Seite 17. Neben peinlichen Kommentaren, lächerlichen Referaten und grottenschlechten musikalischen Darbietungen kommt auch Kneipen-Chef Dieter Kern zu Wort, was die Sache allerdings nicht gerade besser macht ...

Zum Wahlkampf im Februar 2005 nutzte die NPD die Lokalität nochmal ausgiebig als Lagerstätte für Plakate und Rückzugsort für angereiste Wahlkampfhelfer aus Ostdeutschland; hier wurde auch der neue NPD-Kreisverband Lübeck gegründet. Danach machte sich aber schnell wieder gähnende Leere in Schankraum und Kasse breit. In einer Ausgabe der *Schleswig-Holstein-Stimme*, die Zeitung der NPD-SH, wurde dem Gasthaus dann auch eine kleine Träne hinterher geweint.

Schon in Ausgabe Nr. 21 zweifelte die Eie, ob das Projekt „Landhaus Heilshoop" über längeren Zeitraum finanziell tragbar sei, wenn die Anwohner es konsequent boykottieren würden. Glücklicherweise hat sich diese Prognose letzten Sommer bewahrheitet. Der Direktor des zuständigen Amtes Nordstormarn bestätigte, das Kern sein Gaststättengewerbe zum 31. Juli 2005 abgemeldet hat. Der Eigentümer des Hauses, der die Dorfkneipe verpachtet hatte, erhielt von Kern die Kündigung. In seiner Wohnung über dem Landhaus durfte der Neonazi aber noch bis November wohnen.

Neben ausbleibender Kundschaft dürften auch die Auflagen des Gewerbeamtes Pächter Kern finanziell belastet haben. So wurde von der Verwaltung die Installation weitere Notausgänge und spezieller Sicherheitstüren gefordert.

Mit Kerns Rückzug ist der Neonazi-Szene einer ihrer Treffpunkt abhanden gekommen, der Versuch rechte Politik und Kommerz zu verbinden, ist hier gescheitert. Es bleibt jedoch zu befürchten, dass Dieter Kern in naher Zukunft wieder von sich hören lassen wird – man darf also gespannt sein.

Heilshoops Bürgermeister Wendelin Herbrand erklärte abschließend in bekannter Manier, dass „jetzt, wo die braunen Horden und die schwarzen Links-Autonomen abgezogen sind", endlich wieder Ruhe im Dorf einkehren würde.

rundbrief des apabiz e. v. | nr. 24, märz 2006

monitor

Etablierte Parallelwelten

Hintergrund ➲ Zahlen & Fakten zu Rechtsrock 2005. Ein Rückblick von *apabiz, Der Rechte Rand* und *Argumente und Kultur gegen Rechts*

Mindestens 255 neonazistische Konzerte fanden im vergangenen Jahr in Deutschland statt – von diesem bisher nicht erreichten Höchstwert ist unser Rechtsrock-Rückblick auf das Jahr 2005 geprägt. Eine ausgebaute Infrastruktur, der »Rückzug ins Private« sowie abgeschottete Kommunikations- und Mobilisierungssysteme lassen die Bemühungen, neonazistische Konzerte zu unterbinden, zusehends ins Leere laufen. Auch in den Produktionszahlen und Jahresumsätzen einschlägiger Unternehmen ist – im Gegensatz zu anders lautenden Studien – keine rückläufige Tendenz zu erkennen. Denn wo es eine Nachfrage gibt, dort stimmt zumeist auch das Angebot.

Foto: Peter Juelich

Neonazi-Konzerte dienen insbesondere als Umschlagplatz für CDs. Im Bild: Sichergestelltes Material bei der polizeilichen Auflösung eines Neonazi-Konzertes in Karlsruhe am 21. Januar.

Die Gesamtzahl von 255 im Jahr 2005 in Deutschland durchgeführten Konzerten bedeutet eine Steigerung um genau 100 Konzerte oder von 65 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (155 Konzerte).[1] 67 dieser Konzerte waren »Liederabende« oder »Balladenabende« mit neonazistischen Liedermachern, in 188 Fällen traten neonazistische »Rockbands« auf. Insgesamt 32 Konzerte wurden von der Polizei aufgelöst, meist jedoch erst gegen Ende der Veranstaltung. Durch antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit aber auch durch Polizeieinsätze konnten mehrere Dutzend weiterer Konzertveranstaltungen gänzlich verhindert werden. Die meisten polizeilichen Auflösungen und Verhinderungen fanden in Thüringen statt.

Neonazistisches Konzert-Eldorado in Sachsen

Die Schwerpunkte der Konzertaktivitäten lagen in Sachsen (78 Konzerte), wo sich die Zahl im Vergleich zum Jahr 2004 verdreifacht hat, in Thüringen (31), Bayern (31) und Baden-Württemberg (26).[2] Der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Schaffung von Freiräumen, der Durchführung von Konzerten und der Etablierung neonazistischer Bands und Kameradschaften kann durch Beobachtungen in diesen Bundesländern nachdrücklich bestätigt werden. Die wenigsten (nachweisbaren) Konzerte gab es in Bremen (keines), Saarland (3), Hamburg (3) und Berlin (4). Die vergleichsweise geringen Zahlen in den Flächenländern Brandenburg (4) und Rheinland-Pfalz (6) sind vor allem auf polizeiliches Eingreifen zurückzuführen.

Der »Rückzug ins Private« als Flucht nach vorne

Der Anstieg neonazistischer Konzerte ist besonders besorgniserregend, da er nur zu einem geringen Teil darauf zurückzuführen ist, dass im Jahre 2005 eine umfassendere Beobachtung durch antifaschistische Initiativen stattfand. Zum überwiegenden Teil haben strukturelle Veränderungen in der Szene diese Zunahme bewirkt. Die Koppelung von »politischen« und »kulturellen« Aktivitäten ist für neonazistische Gruppen zum Standard

1) Alle Zahlenangaben zu neonazistischen Konzerten geben jeweils nur Mindestzahlen wieder. Wie auch im vergangenen Jahr ist von einigen Dutzend Konzerten und Liederabenden auszugehen, die von uns bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht dokumentiert bzw. verifiziert werden können.
2) Vergleichszahlen des Jahres 2004: Sachsen: 26, Thüringen: 19, Bayern: 19.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 030.6116249

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 3320800
blz: 10020500
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

•

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im *monitor*, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.

monitor – rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v. | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: alle zwei monate |

Chronik über rechte Angriffe

Berlin • Wie bereits in vergangenen Jahren hat das *apabiz* gemeinsam mit *Reachout* nun auch für das Jahr 2005 Chronologien über rechte und antisemitische Aktivitäten vorgelegt. Danach hat sich die Zahl der gewalttätigen Angriffe und verbalen Attakken im Vergleich zu 2004 fast verdoppelt. Die Chronologie über Angriffe, die rassistisch, antisemitisch, schwulenfeindlich oder rechtsextremistisch motiviert waren, führt insgesamt 134 Meldungen auf, die in den Medien oder von den Opfern veröffentlicht wurden. Dabei handelte es sich in 98 Fällen um Gewalttaten (2004: 53 Gewalttaten in 71 Meldungen, 2003: 42 Gewalttaten in 66 Meldungen). Rassistisch motiviert waren davon 19 Angriffe (2004: 16); 9 Angriffe richteten sich gegen Homosexuelle.
Die meisten Angriffe – 70 von insgesamt 98, also mehr als zwei Drittel - richteten sich gegen alternative Jugendliche und junge AntifaschistInnen. In vielen Berichten werden die Angreifer als Gruppen schwarz gekleideter und vermummter Personen beschrieben, die mit großer Brutalität und teilweise deutlich geplant vorgehen. Die mit Abstand meisten Angriffe wurden mit 25 Fällen in Friedrichshain dokumentiert. Im Jahr 2004 waren dort »nur« 7 gewalttätige Angriffe registriert worden. Auch die Bezirke Lichtenberg (18 Angriffe) und Köpenick (11 Angriffe) lagen deutlich über den Zahlen des Vorjahres. In Treptow ist das ohnehin hohe Niveau weiter gestiegen (2005: 13 Angriffe, 2004: 9).
Die vollständige Chronologie kann unter www.reachoutberlin.de eingesehen oder unter www.apabiz.de im pdf-Format (91 kB) heruntergeladen werden. ◂

Studie: Keine »national befreiten Zonen«

Berlin • Einer im Januar veröffentlichten Studie der TU Berlin zufolge ist es der extremen Rechten in Deutschland nirgends gelungen, das Konzept der »national befreiten Zonen« (NBZ)in die Praxis umzusetzen. Dieses Ergebnis überrascht nicht: Das Konzept aus NPD-Kreisen von 1991, auf dem die NBZ-Strategie fußte, hatte überaus hohe Ansprüche an »national befreite Zonen« ▸

geworden, angestiegen ist insbesondere die Anzahl von Konzerten und Liederabenden, die im Anschluss an Kongresse, Parteitage u. ä. stattfanden oder als Wahlkampfveranstaltungen dienten (insgesamt 57).[3] Gleichzeitig wird eine Entkoppelung neonazistischer Cliquen und Freundeskreise von den Führungssystemen der Szene deutlich. Diese warten nicht mehr darauf, dass jemand ein Konzert veranstaltet – sie organisieren »ihre« Konzerte selbst, stets im privat deklarierten Rahmen und bisweilen nur durch Mund-zu-Mund-Propaganda beworben.

In einer wachsenden Anzahl von Orten konnten Neonazis – insbesondere über Hauskäufe und Pachtungen – neue Freiräume erschließen, dort Kameradschafts-Treffpunkte oder »Clubhäuser« einrichten, die zur Durchführung von Konzerten genutzt werden. So fanden zum Beispiel im Jahr 2005 mehrere neonazistische Konzerte im Vereinsheim eines Toringi – Verein zur Thüringer Brauchtumspflege e. V. in Gotha statt und waren als Vereinsfeiern deklariert. In Borthen (Sächsische Schweiz) veranstalteten Neonazis in den Räumen einer ehemaligen Diskothek im vergangenen Jahr mindestens zehn Konzerte. Derartige Freiräume existieren mittlerweile in vielen Regionen Deutschlands.

Die durchschnittliche Zahl der Teilnehmer ist durch die Zunahme »kleinerer« Konzerte im Jahr 2005 auf etwa 150 gesunken. Insgesamt fanden in Deutschland »nur« vier Konzerte statt, bei denen über 500 Neonazis zugegen waren. Höhepunkt war ein Konzert am 2. April im thüringischen Pößneck vor über 1.000 Neonazis. Das benachbarte Ausland hat als Austragungsort von größeren Konzerten weiter an Bedeutung verloren. Die geringe Zahl »spektakulärer« Großereignisse wird von Teilen der Szene als ein Mangel erkannt, der auch nicht durch angemeldete größere Konzerte kompensiert werden kann. Behördliche Auflagen und polizeiliche Überwachung setzen den Gebaren der Bands und Fans meist enge Grenzen, die »Fanatisierung der Masse«, seit jeher wichtiger Bestandteil neonazistischer Erlebniswelt, findet nur eingeschränkt statt.

Ein umkämpfter Markt

Deutsche Neonazi-Bands veröffentlichten im vergangenen Jahr 124 CDs, davon entfielen 90 auf

Konzertveranstaltung »Fest der Völker« am 11. Juni 2005 im thüringischen Jena.

die Musikbereiche »White Noise« und »Hatecore«, 34 auf den Bereich neonazistischen Black Metals.[4] Die Zahl der in Deutschland herausgegebenen CDs ausländischer Bands ist mit 38 deutlich höher als 2004 (20). Die Gesamtauflage der CDs ist im Jahre 2005 durch den Sampler »Hier kommt der Schrekken aller linken Spießer und Pauker« beträchtlich angestiegen. Diese von der NPD verbreitete CD, die eine kulturelle Offensive im Bundestagswahlkampf darstellen sollte, wurde nach Angaben der NPD in einer Auflage von 200.000 hergestellt. Weitere Erkenntnisse über Produktionszahlen lassen die bisher angenommene durchschnittliche Auflagenhöhe von 3.000 Stück pro CD im Bereich von »White Noise« und »Hatecore« als zu niedrig erscheinen. Dem entspricht das Geschäftsvolumen: Die Marktführer im neonazistischen Musikgeschäft erzielen Jahresumsätze von weit mehr als 500.000 Euro, wobei der Verkauf von rechter Bekleidung und Accessoires den CD-Verkauf bisweilen übersteigt.

Auch im Jahr 2005 fand die Produktion der CDs fast ausschließlich in Deutschland statt, selbst die von einem Schweizer Label herausgegebene CD »13« der Bremer Band Endlöser wurde in einem Presswerk bei Mannheim hergestellt, dort allerdings von der Polizei beschlagnahmt. Eine steigende Anzahl von Konzertauftritten deutscher Neonazi-Bands im Ausland – unter anderem in Russland und in der Ukraine – belegt die anhaltende internationale Führungsrolle des deutschen Rechtsrocks.

Im Business lässt sich immer deutlicher ein »typisch« marktwirtschaftliches Denken erkennen. Knapp ein Fünftel der in Deutschlands produzierten Neonazi-CDs erschien gegen Jahresende pünktlich zum Weihnachtsgeschäft. Auch sind konkurrenzbedingte Streitigkeiten zwischen Versänden, Labels und Konzertveranstaltern mittlerweile Normalität: Einzelnen »Großverdienern« am neonazistischen Musikgeschäft wird der Vorwurf gemacht,

3) In dieser Zahl sind nur Konzerte berücksichtigt, die explizit als solche beworben wurden und einen zentralen Punkt des jeweiligen Abend- bzw. Tagesprogramms darstellten.
4) In der Gesamtzahl von 103 Tonträgern für das Jahr 2004 sind die Tonträger des neonazistischen Black Metal nicht vollständig enthalten.

ausschließlich in die eigene Tasche zu wirtschaften und sich der Szene entfremdet zu haben, gegenseitige Betrugsvorwürfe der Labels machen die Runde. Ein bewaffneter Raubüberfall von Aktivisten einer DIVISION 28 – die als Nachfolgestruktur des in Deutschland verbotenen BLOOD & HONOUR-Netzwerks immer offener auftreten – auf ein Neonazi-Konzert am 5. November 2005 im südhessischen Mitlechtern wurde nachträglich mit nicht erfüllten »Schutzgeldforderungen« und Konkurrenz im einträglichen Geschäft mit Neonazi-Konzerten begründet.

Defizite der Behörden

Signifikant ist der Zusammenhang zwischen neonazistischem Strukturaufbau und den Handlungsdefiziten politischer Entscheidungsträger. Dort, wo das Problem nicht erkannt oder verschwiegen wird, wo kein zivilgesellschaftlicher Widerstand und keine Gegenkultur unterstützt wird, können die Neonazis fast ungehindert Freiräume schaffen. Die Verknüpfung von »kulturellen« mit »politischen« Aktivitäten sowie die kulturelle Ausfächerung des neonazistischen Spektrums bereitet auch den Sicherheitsbehörden Einordnungsprobleme: So zählt zum Beispiel der Verfassungsschutz in Thüringen in seinen monatlich veröffentlichten Chroniken ausschließlich »Skinheadkonzerte« und lässt zudem ein unpolitisch deklariertes »OI-Konzert« mit einer bekannten Neonazi-Skinhead-Band unerwähnt.

Eine hohe Toleranz gegenüber Neonazi-Konzerten zeigten die Behörden in Bayern, wo die militanten HAMMERSKINS am 17. September in der Würzburger Frankenhalle ein Konzert mit 400 Besuchern durchführen konnten. Im ganzen Bundesland wurden nur zwei Konzerte verhindert und eines vorzeitig aufgelöst. Selbst ein von einem NPD-Funktionär angemeldetes Konzert am 22. Oktober in Mitterskirchen konnte trotz der Anwesenheit starker Polizeikräfte planmäßig durchgeführt werden, obwohl von der Bühne volksverhetzende Aussagen getätigt wurden und für das in Deutschland verbotene Netzwerk BLOOD & HONOUR geworben wurde.

Fazit

Obwohl die Zahlen für das Jahr 2005 alarmierend sind, wird antifaschistische Interventionsarbeit weiterhin erschwert durch die Gleichgültigkeit vieler politischer Entscheidungsträger, aber auch durch »Studien«, die fälschlicherweise besagen, dass Rechtsrock seine Attraktivität verloren habe. Der »Rückzug« in eigene Räume im Hinterland und der fortschreitende Stilwandel in der Szene, verbunden mit der steigenden Beliebtheit des »Hatecores« und des Black Metal, lassen die Neonazis mancherorts nicht mehr so »erkennbar« auftreten. Doch die Zahlen des Jahres 2005 zeigen deutlich: Die Neonazis haben sich in Parallelwelten eingerichtet, in denen es ihnen möglich ist, eine kontinuierliche Erlebniswelt anzubieten und den steten Nachschub an musikalischer Propaganda zu organisieren. Die Integration und Versorgung des Umfelds ist darüber flächendeckend gewährleistet.

Jan Raabe, Christian Dornbusch, Michael Weiss

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

bildung en detail Ausstellung über Lifestyle, Symbole und Codes

»Versteckspiel« als Ausstellung

Eine neue, von der *agentur für soziale perspektiven* (asp) erstellte Ausstellung will dazu anregen, über den Gebrauch von politischen Symbolen nachzudenken. Genauer: Darüber, wie durch die rechtsextreme Szene Symbole benutzt werden und warum der Umgang damit oft so schwierig ist.

Vielen wird »Das Versteckspiel« als überaus erfolgreiche Broschüre bekannt sein, die inzwischen schon in mehreren Auflagen und verschiedenen Regionalausgaben publiziert worden ist. Die *agentur für soziale perspektiven* versucht seit fünf Jahren, die Entwicklung in der rechten Szene im Blick zu behalten und hat dazu neben der Broschüre auch vielfältige Bildungsmaterialien und eine Homepage erstellt.

Das *apabiz* führt zum gleichen Thema Workshops und Vorträge durch. Mit der Ausstellung hat die asp jetzt versucht, Teile der Diskussion über den Umgang mit rechter Symbolik aufzugreifen und weiter zu führen. Die Ausstellung liefert – genau so wie die Broschüre - keinen Katalog extrem rechter oder neonazistischer Symbole, sondern will zur Diskussion anregen: Wie gehen wir mit dem rechten Lifestyle um? Halten Verbote, was sie versprechen? Und: Wem gehört die Ikone »Che Guevara« wirklich?

Die Ausstellung ist vor allem als kurzzeitige Schau konzipiert und muss mit Workshops, Seminaren oder Vorträgen begleitet werden. Sie eignet sich daher besonders für Konferenzen, Projekttage und ähnliches.

Nachfragen und Bestellungen bitte an:
agentur für soziale perspektiven
Lausitzer Str.10, 10999 Berlin
mail@aspberlin.de
www.dasversteckspiel.de

angelegt. Unter anderem sollte dem Staat seine Sanktionsfähigkeit genommen werden. Aus der Diskussion der extremen Rechten sind die NBZ seit Jahren verschwunden.
Die Studie beschreibt jedoch die Existenz von »Angsträumen«. Damit sind öffentliche Orte gemeint, die von Rechten okkupiert sind und an denen diese eine Bedrohung für Andere darstellen. Die Berliner Wissenschaftler um Werner Bergmann und Uta Döring hatten für ihre Studie in vier ostdeutschen Städten geforscht.

Razzia und Indizierung gegen CONFIDENT OF VICTORY

Senftenberg • Bei den Mitgliedern der neonazistischen Hatecore-Band CONFIDENT OF VICTORY aus Senftenberg hat die Polizei am 17. Januar Hausdurchsuchungen durchgeführt. Hintergrund war ein Konzert in Mannheim, bei dem die Gruppe ihr Publikum zum Zeigen des Hitlergrußes animiert haben soll. Bei den Razzien wurden Computer-Equipment, Liedtexte sowie der Zünder einer Übungshandgranate beschlagnahmt. Seltsam mutet der Zeitpunkt der Polizeiaktion an, denn das fragliche Konzert fand bereits im März 2005 statt. Ebenfalls im Januar wurde die CONFIDENT OF VICTORY-CD »FNAB« als »jugendgefährdend« indiziert, die bereits 2001 veröffentlicht worden war.
Im Oktober hatten CONFIDENT OF VICTORY ein internationales Gastspiel beim »Hammerfest« – dem zentralen Event der Neonazi-Skinhead-Organisation HAMMERSKINS in den USA. Musiker der Band spielen auch bei der Senftenberger Rechtsrock-Gruppe STURM UND DRANG.

Jeder siebte Jugendliche denkt rechtsextrem

Brandenburg • Jeder siebte Brandenburger Jugendliche (13,7 Prozent) hat rechtsextreme Ansichten verinnerlicht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität

Potsdam, die im Januar vorgestellt wurde. Bei der weniger eng definierten Fremdenfeindlichkeit findet sich gar eine Zustimmung von 17,6 Prozent. Zum harten Kern der rechten Szene zählten 2,8 Prozent der Jugendlichen, so das Ergebnis der vom Land finanzierten Untersuchung.

Landespolitiker wie CDU-Innenminister Schönbohm reagierten gleichwohl hoch erfreut auf die Zahlen. Grund: 51,9 Prozent der jugendlichen Brandenburger lehnen Rechtsextremismus danach ab. 1993 lag dieser Wert noch bei nur 33 Prozent. ◂

Neue Kleinstpartei Die Rechte gegründet

Seelow • Die Zusammenarbeit der lokalen CDU mit der Partei Die Rechte im Stadtparlament des brandenburgischen Ortes sorgt derzeit für landesweite Aufmerksamkeit. Mit billiger Polemik würde Die Rechte Ausländer angreifen und sollte darum kein Partner für die CDU sein, kritisiert etwa SPD-Landesfraktionschef Günter Baaske.

Hinter der im November 2005 gegründeten Partei steckt maßgeblich der Werbiger Buchhalter Falk Janke. Dieser war 2003 als Kandidat der Schillpartei in das Seelower Stadtparlament gewählt worden und arbeitete zeitweise als Brandenburg-Koordinator in deren Bundesvorstand. Im SPD-regierten Seelow führt die CDU die bisherige Kooperation mit Janke nun unter dem Fraktionsnamen »CDU/Die Rechte« weiter. Bis 1998 war Janke noch selbst CDU-Mitglied gewesen. Er hat angekündigt, seine neue Partei bundesweit etablieren zu wollen. ◂

Gedenkstättenverbot für neurechten Filmemacher

Sachsenhausen • Gegen den Filmemacher Dirk Jungnickel ist Ende Januar ein Hausverbot für das Archiv der KZ-Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen ausgesprochen worden. Jungnickel war vom Archivpersonal dabei ertappt worden, wie er nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Filmmaterial heimlich mit einer Videokamera mitschnitt. Dabei handelte es sich um Zeitzeugeninterviews, die aus Datenschutzgründen nicht verbreitet werden dürfen, wie das alternative b randenburger Internet-Portal www.inforiot.de meldet. ▸

Aktionismus und Absturz

Hintergrund ➲ Ein Rückblick auf die Berliner Nazi-Szene 2005

Die Entwicklung der Berliner Neonazi-Szene zeichnete sich im vergangenen Jahr besonders durch massive Veränderungen im Organisationsgefüge der Kameradschaften aus. Diese haben nach kurzzeitigen Erfolgen im Mobilisierungs- und Agitationspotenzial letztlich allerdings fast zu einem Zusammenbruch organisierter Strukturen geführt. Weiterhin war für das vergangene Jahr ein erheblich gestiegener Aktionismus von rechts und damit verbundene Übergriffe kennzeichnend.

Beides führte zunächst zu einem Motivationsschub, um sodann in einer gestiegenen Repression zu enden. Im Folgenden wollen wir in einem Rückblick diese Entwicklungen genauer unter die Lupe nehmen, um so einen Überblick über Ereignisse und Strukturen zu geben, die für eine Beurteilung des Jahres 2005 von Bedeutung sind.

Aufmarsch der Jungen Nationaldemokraten am 22. Oktober 2005 in Berlin-Pankow.

Angefangen hatte das Jahr 2005 ohne besondere Veränderungen, die Berliner Szene setzte ihren aktionistischen Kurs ohne Einschränkungen fort. Dabei behielt die Kameradschaft Tor ihren Führungsanspruch bei und versuchte, diesen weiter zu festigen. Deutlich wurde dies vor allem beim ersten großen Event des Jahres – dem jährlichen Aufmarsch im Februar in Dresden –, bei dem verschiedene Anhänger der KS Tor als Ordner eingesetzt wurden, und an dem ungefähr 100 Personen aus der Berliner Szene teilnahmen. Auf der Rückfahrt griffen Berliner und Brandenburger Neonazis mehrere AntifaschistInnen an und leiteten damit eine das Jahr 2005 kennzeichnende Serie von Gewalttaten ein.

Der sinkende Stern der KS Tor

Am 27. März folgte sodann mit dem Verbot der Kameradschaft Tor, der BASO und der Mädelgruppe der KS Tor eines der einschneidensten Ereignisse 2005. Auch wenn bereits nach wenigen Wochen die unveränderte Fortsetzung der Aktivitäten der Kameradschaften sichtbar wurde, setzte das Verbot doch eine tiefer gehende Verschiebung der Hierarchien in der Szene in Gange. So trat die Kameradschaft Tor intern zwar ungebrochen unter diesem Namen auf und setzte ihre Aktivitäten fort. Dennoch herrschte zunächst eine gewisse Verunsicherung und nach außen entstand durch das nun fehlende einheitliche Logo ein eher diffuses Bild.

Dieses Manko nutze eine andere Organisation, um sich einen Teil der Macht innerhalb der Berliner Szene zu sichern. Der Berliner Ableger des aus Brandenburg stammenden Märkischen Heimatschutzes (MHS) warb Mitglieder aus den verbotenen Kameradschaften und stellte diese unter Anleitung altgedienter Kader des MHS. So wuchs diese Kameradschaft in der ersten Jahreshälfte schnell auf 15 Mitglieder an. Bis auf wenige Ausnahmen hatte die Berliner Sektion jedoch keine eigenständige Außenwirkung, sondern benutze fast immer das übergeordnete Label des MHS als Erkennungsmerkmal. Eine zunehmende Abspaltung des so gewachsenen MHS Berlin von den alteingesessenen Strukturen wurde besonders am 1. Mai deutlich: Auf der größten Demonstration in Leipzig war die Berliner Szene zahlreich anwesend und stritt neben anderen um einen schwarzen Block. Umso verwunderlicher war es, dass ausgerechnet Führungskräfte des MHS auf eine kleinere Demonstration nach Neubrandenburg fuhren und dort für den MHS agitierten. Unter ihnen befanden sich der ehemalige Kader der BASO, Andreas Thürmann, und der Berliner MHS-Chef, Gabriel Landgraf.

NPD als Spielwiese für Kameraden

In diese Zeit viel auch eine weitere einschneidende Veränderung der Berliner Szene. Vor allem Kader des MHS und der KS Tor unterstützten die in Berlin quasi nicht existente NPD bei ihrem Wahlkampf für die Bundestagswahl, was in einer Kandidatur des Brandenburger MHS-Chefs Gordon Rheinholz für den Wahlkreis Berlin-Mitte gipfelte. Der Wahlkampf der NPD

wurde dadurch konsequent durch jugendliche Aktivisten aus dem Spektrum der Kameradschaften und deren Aktionismus dominiert. Dabei handelte es sich um fast den einzigen Berührungspunkt zwischen dem in Treptow-Köpenick starken MHS und der in Lichtenberg verankerten Struktur der KS TOR, der zu diesem Zeitpunkt noch bestand. Nach der für die NPD eher erfolglosen Wahl traten diverse Personen aus diesem Spektrum in die NPD ein und bauten den Landesverband der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) mit Kräften aus dem Kameradschaftslager neu auf und schufen sich so eine legale Struktur.

Aktionismus statt Inhalte

Im Sommer erreichte der Aktionismus der Kameradschaften ein bisher ungekanntes Ausmaß. In einer einzigen Woche wurden sieben spontane Aufmärsche mit bis zu 50 Teilnehmern und diverse kleinere Aktionen durchgeführt. Auch eine Welle von Übergriffen gegen linke Jugendliche erreichte hier ihren traurigen Höhepunkt. Mitglieder des MHS und KS TOR weiteten ihren Aktionsradius in dieser Zeit bis nach Potsdam aus und fanden hier in Zusammenarbeit mit der Potsdamer Nazi-Szene günstige Vorraussetzungen für den lange propagierten Kampf um die Straße. In kürzester Zeit erfolgte hier eine Vielzahl von Angriffen gegen politisch Andersdenkende. Ein Höhepunkt dessen war der gezielte Angriff auf einen Antifaschisten und seinen Begleiter von etwa 20 Berliner und Potsdamer Neonazis aus einer Straßenbahn heraus, bei dem die beiden Angegriffenen lebensgefährlich verletzt wurden. Dieser Angriff hatte die Inhaftierung eines Großteils der organisierten Potsdamer Neonazi-Szene und von Kadern der KS TOR und des MHS BERLIN zur Folge.

Neonazi-Aufmarsch am 3. Dezember 2005 in Berlin-Schöneweide unter dem Motto »Jugend braucht (wieder) Perspektiven«.

Die große Leere

Nach diesem, durch einen extremen Aktionismus geprägten Sommer fiel dieser Teil der Berliner Szene offenbar in ein tiefes Loch und befand sich in einer Art Sinnkrise. So saßen mehrere Kader wegen der Ereignisse in Potsdam immer noch in Haft, diverse andere waren von Ermittlungsverfahren betroffen. Auch hatten die Aktionen im Sommer zu keiner Veränderung der Situation in Berlin geführt. Die Nazis waren und sind nach wie vor gesellschaftlich isoliert und ein personeller Zuwachs hat nicht stattgefunden. Die immer wieder forcierten Bestrebungen im ANTI-ANTIFA-Bereich sind ohne vorzeigbare Erfolge geblieben und der Aufbau von Strukturen in Richtung AUTONOME NATIONALISTEN ist auch Bundesweit an seine Grenzen gestoßen. Letztlich war es wohl auch das langsame Versiegen des durch den NPD-Erfolg in Sachsen ausgelösten und bis in den Sommer hinein spürbaren Motivationsschubs, der zu einer Phase der Desorientierung geführt hat.

Die letzten Monate des Jahres waren somit zwar immer noch durch Aktionismus und anhaltende Übergriffe geprägt, aber organisiertes Handeln war immer weniger wahrnehmbar und verschiedene Strukturen schienen regelrecht einzuschlafen. Vor allem der straff organisierte MHS hatte mit derartigen Problemen zu kämpfen, so dass seine Arbeit fast vollständig zum Erliegen kam. Hinzu kamen interne Streitigkeiten mit der Brandenburger Sektion – vor allem um Geld – sowie eine erhebliche Unzufriedenheit mit internen Schulungen und der Motivation der einzelnen Mitglieder. Nachdem gegen Ende des Jahres der Anführer der Sektion, GABRIEL LANDGRAF, die Organisation verließ, war der MHS BERLIN nicht mehr wahrnehmbar. Die seit drei Jahren immer durch RENE BETHAGE für das erste Dezemberwochenende angemeldete Demonstration für ein nationales Jugendzentrum in Treptow wurde dementsprechend zum Reinfall: Unter den etwa 80 Teilnehmern fanden sich kaum Kader der örtlichen Kameradschaften und eine Beteiligung von außerhalb war ebenso wenig festzustellen. Im Jahr 2003 hatte dieser Aufmarsch immerhin fast 400 Neonazis auf die Strasse gelockt.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich das Jahr 2005 als von gegenläufigen Entwicklungen und Ereignissen geprägt beschreiben. Während die Szene im Sommer auf dem Höhepunkt ihrer Organisierung angekommen war, steht sie Anfang 2006 vor einem Scherbenhaufen. Gleichwohl bleibt antifaschistische Intervention dringend notwendig, da gegen Ende des Jahres unorganisierte Übergriffe und scheinbare Kurzschlusshandlungen deutlich zugenommen haben.

Falco Schuhmann

»Das Große bleibt groß nicht, und klein nicht das Kleine. Die Nacht hat zwölf Stunden dann kommt schon der Tag.«
(Bert Brecht 1944 im Exil)

Mit Bestürzung erfuhren wir Ende Dezember vom Tod des ehemaligen Geschäftsführers der VVN-BdA und langjährigen Herausgebers der antifaschistischen Zeitschrift DER RECHTE RAND, Klaus Harbart. Wohl wussten wir um seine schwere Krankheit, doch sein Tod betrifft uns alle sehr.
Sein Tod bedeutet für uns den Verlust eines großartigen Menschen und einen nicht zu überwindenden Verlust für die strömungsübergreifende Arbeit von Antifaschist/innen. Wir behalten Klaus Harbart als einen Freund und Kollegen in Erinnerung, der durch seinen prinzipienfesten Pragmatismus das trennende Element unterschiedlicher Ansätze antifaschistischer Arbeit klar benennen und das verbindende Element gezielt zu suchen vermochte.

Gerade die Zusammenarbeit von AntifaschistInnen in der gesamten BRD würde es ohne ihn so nicht geben. Klaus Harbart gelang es, unterschiedliche Positionen in der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechts-Konservatismus, dem Neofaschismus und Demokratieabbau zu moderieren und zu integrieren. Seine praktische Hilfsbereitschaft für die Umsetzung politischer Projekte öffnete Türen und Horizonte.
Viele von uns jüngeren Antifaschist/innen lernten Klaus zu Beginn der neunziger Jahre als bedachten, zupackenden und klugen Ratgeber, unermüdlichen Aktivisten und solidarischen Freund kennen. Wir schätzen uns glücklich, die Zeit und die Gelegenheit gehabt zu haben ihn zu kennen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des apabiz werden ihn als Freund und Kollegen in Erinnerung behalten und unsere Arbeit auch in seinem Sinne fortsetzen.

JUNGNICKEL kann aufgrund von Leserbriefen und einem Interview in der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT als der »Neuen Rechten« nahe stehend eingeordnet werden. Auch am INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK wurde seine Arbeit auf einer »Winterakademie« im vergangenen Jahr gewürdigt.

08/15-LADEN geschlossen

Wismar • Seit Anfang des Jahres ist der 08/15-LADEN geschlossen. Grund dafür sind die massiven Beschwerden anderer Mieter/innen des Hauses beim Vermieter und deren Drohung, geschlossen auszuziehen. Auslöser dessen war ein Vortrag zum Thema »Rechter Lifestyle«, in dem aufgezeigt wurde, welche Auswirkungen solche Läden haben können. Der Weimarer Laden war abends stets zum Szenetreff geworden, dessen hinterer Tresenraum zum Austausch und zur Planung für diverse Aktivitäten genutzt wurde. Die erfolgreiche Aktion engagierter Wismarer Menschen verdeutlicht, dass es Sinn macht, sich gegen den Versuch der Rechten einzusetzen, Teil des Alltags zu werden.

Internes Neonazi-Forum gehackt

Berlin/Rhein-Neckar • Mit einer elfseitigen Einschätzung hat das *apabiz* am 3. Februar auf die Veröffentlichung eines internen Internetforums der FREIEN KAMERADSCHAFTEN RHEIN-NECKAR reagiert. Hacker hatten das Material am Tag zuvor ins Internet gestellt. Das Forum bietet einen Einblick in das Innenleben der regionaler Kameradschaften, das neben alltäglichen Banalitäten von der Koordination vielfältiger Aktivitäten geprägt ist, aber auch von internen Intrigen und der Diskussion um einen bewaffneten Raubüberfall, der von Neonazis in der Region begangen wurde. Über das Verhältnis der Kameradschaften zur NPD lässt sich aus dem Forum einiges Interessantes herauslesen: So gaben die »Freien Kräfte« in einer »Erklärung«, datiert auf den 8. Oktober 2005, die Listenplätze »ihrer« Aktivisten auf der NPD-Liste zur bevorstehenden Landtagswahl in Rheinland-Pfalz bekannt – eine Woche vor der »offiziellen« Wahl der Kandidaten. Die elfseitige Einschätzung befindet sich auf unserer Internetseite www.apabiz.de.

»Hier geblieben!«

Bericht ➲ Aktionsbündnis aktiv gegen Abschiebungen

Junior ist 15 Jahre alt und spielt gern Theater. In ein paar Tagen hat er Geburtstag. Er geht in die neunte Klasse der Moses-Mendelssohn-Oberschule in Berlin-Moabit und obwohl er die Schule erst seit einem Jahr besucht, haben ihn seine Mitschüler bereits zum Klassensprecher und offiziellen »Streitschlichter« gewählt. Juniors große Schwester Yanga lernt in der Moabiter Berufsfachschule für Banken und Versicherung, später möchte sie gerne einmal als Dolmetscherin arbeiten. Doch daraus wird vermutlich nichts werden.

Zwei Tage vor Weihnachten hat der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) bekannt gegeben, dass die Geschwister in ihr Herkunftsland Kamerun abzuschieben seien, aus dem sie vor mehr als fünf Jahren mit ihrer Mutter und ihrem deutschen Stiefvater legal eingereist waren. Da die Mutter der beiden im vergangenen Jahr zu einer Haftstrafe verurteilt und ihre Aufenthaltserlaubnis widerrufen wurde, sei – so Körting – auch das Recht von Junior und Yanga erloschen, weiter hier in Deutschland bleiben zu dürfen. Seine Entscheidung muss er nicht begründen, tut es aber doch: Es könne dem deutschen Staat nicht zugemutet werden, die Kinder einer Straffälligen hier weiter zu alimentieren, erläuterte Körting seine Haltung gegenüber der taz Anfang Januar.

»Zynisch und menschenverachtend«

Mit seiner Entscheidung widersetzt sich der Berliner Innensenator sowohl der Empfehlung der mit Fachleuten besetzten Härtefallkommission des Berliner Abgeordnetenhauses, als auch der des zuständigen Petitionsausschusses. Beide Gremien sprechen sich mit Nachdruck dafür aus, dem Geschwisterpaar die Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen. Yanga und Junior sind in ihren Schulen und ihrer betreuten Wohngemeinschaft vorbildlich integriert, sprechen perfekt deutsch, fast alle ihrer Verwandten leben in Deutschland.

Dazu kommt, dass Junior schwul ist; erst vor kurzer Zeit hatte er sein coming-out. Kein leichter Schritt, schon gar nicht für einen 15-Jährigen. In Kamerun droht Junior für seine Homosexualität eine langjährige Haftstrafe. Vor diesem Hintergrund wertete Holger Wicht vom Berliner Schwulen- und Lesbenmagazin *Siegessäule* im Interview mit der taz Körtings Abschiebevorhaben als »zynisch und menschenverachtend«.

»Hier geblieben!«-Kampagne gestartet

Juniors Lehrer und Mitschüler haben nach den Weihnachtsferien eine Kampagne für das Bleiberecht der Geschwister gestartet. Unterstützt werden sie dabei nicht nur von den Betreuern des Jugendwohnprojekts *WohnSinn* und dem Berliner Schwulenmagazin *Siegessäule*, sondern auch durch das Aktionsprogramm »Hier Geblieben!«. Das Programm, initiiert durch PRO ASYL, Flüchtlingsrat Berlin, GEW Berlin und GRIPS-Theater, unterstützt Aktionen für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge, die – wie Junior und Yanga – schon lange hier leben. Zu den Hauptakteuren in Berlin gehören unter anderem die Jugendlichen vom *Berliner Beratungszentrum für Flüchtlinge und MigrantInnen* (BBZ) und *Banda Agita*, der Jugendspielclub des GRIPS-Theaters. Auch die Klasse 8.3. der Fritz-Karsen-Schule ist in dem Bündnis aktiv; bereits im August 2004 war es den SchülerInnen gelungen, durch medienwirksamen Protest die Abschiebung zweier bosnischer Mitschüler zu verhindern.

Zusammen entwickelten die Kinder und Jugendlichen einen Appell an die verantwortlichen Politiker, ein Gesetz für das Bleiberecht der über 200.000 »geduldeten« Flüchtlinge zu verabschieden und sich für die völlige Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention einzusetzen. Bundesweit haben bisher bereits über 2.200 Jugendliche den Aufruf unterzeichnet; mit bisher 1.400 Unterschriften und deutlicher Kritik am neuen Zuwanderungsgesetz unterstützen prominente Kulturschaffende den Appell.

Jaqueline Behrens

Informationen über die Kampagne »Hier geblieben!« gibt es unter www.hier.geblieben.net und www.siegessaeule.de.

Detaillierte Dokumentation über die »Judendeportationen«

Rezension ➲ Gottwald, Alfred; Schulle, Diana: »Die 'Judendeportationen' aus dem Deutschen Reich 1941-1945«. Wiesbaden 2005, 509 S., 15 Euro

Mehr als sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs erscheint nun ein »ansatzweise vollständiges Verzeichnis« der »Judentransporte« aus dem Deutschen Reich, dem Gebiet des damaligen Deutschlands einschließlich des bereits angeschlossenen Österreichs sowie Böhmen und Mähren. Aufgelistet werden 648 Transporte, in denen 268.000 Menschen mit der Reichsbahn in die Lager und Ghettos im Osten gefahren wurden. 470 dieser Transporte werden kommentiert: Wie viele Menschen waren es? Woher kamen sie? Wo waren die Sammellager? Welcher Vorwand wurde den Deportierten genannt? Außerdem das Durchschnittsalter, der Bahnhof, die Strecke, der Zug. Was widerfuhr den Deportierten bei der Ankunft? Wie viele Personen haben den Holocaust überlebt?

Das Buch arbeitet in einer ausführlichen Einleitung über frühe Deportationen im NS-Staat heraus, wie sich das System schrittweise entwickelte. Angefangen von den massenhaften Ausweisungen polnischer Juden aus dem »Großdeutschen Reich« in den Wochen vor der Reichspogromnacht 1938, als die logistischen Erfahrungen gesammelt wurden, die sich bereits bei der Einweisung von 26.000 bis 30.000 männlichen deutschen Juden in die Konzentrationslager nach der Pogromnacht auswirkten. Berichtet wird, wie die erste Phase der Deportationen mit Beginn des Krieges am 1. September 1939 gestartet wurde, als die Möglichkeiten zu Flucht und Migration erheblich eingeschränkt waren. Die in dieser Phase gemachten Erfahrungen wurden perfektioniert, bevor im Oktober 1941 ein allgemeines Auswanderungsverbot für Juden aus dem deutschen Machtbereich verhängt wurde und am 15. Oktober 1941 die von den Autoren ausführlich beschriebene zweite Deportationsphase mit einem Transport von 1005 Menschen von Wien nach Litzmannstadt (Lodz) begann. Alleine bis zum 3. November folgten weitere Transporte mit ungefähr 19.000 Personen aus mehreren Städten des Deutschen Reiches zum gleichen Ziel. Die Transporte von mehreren zehntausend Personen in die Ghettos von Minsk, Kowno und Riga folgten bis zum Februar 1942. Ab Mai 1942 begannen die Transporte in die Vernichtungslager, erst in Zügen mit relativ geringer Personenzahl nach Auschwitz, dann in steigender Personenzahl auch in die anderen Vernichtungslager.

Das Buch verdeutlicht, dass sich die Methoden der Deportationen dynamisch von Monat zu Monat änderten, bis sie das Stadium der durchorganisierten Massentransporte erreichten. Die Autoren konnten auf weitgehend vollständige Namenslisten zurückgreifen, die vom Bundesarchiv dieses Jahr veröffentlicht werden sollen. Sie sichteten die zur Verfügung stehenden Quellen aus der Literatur, aus Lokalstudien, aus Bahnunterlagen und sammelten, was aus Gestapo-Akten noch zur Verfügung steht. So legten sie Wert auf die faksimilierte Wiedergabe möglichst sämtlicher »Deportationsrichtlinien« der Gestapo sowie darauf, Beispiele für die Vorgänge der Deportation mit der Eisenbahn in historischen Aufnahmen abzubilden. Anhand der vielen Fotos, Stadtpläne, Landkarten und Dokumente wird der grausige Prozess anschaulich. Zitiert werden Briefwechsel und Verordnungen der NS-Bürokratie, die Praxis der Deportationen wird in Beziehung gesetzt zu den politischen Beschlüssen des Regimes.

Hervorzuheben ist, dass diese detaillierte Dokumentation sich weder im Konkreten verstrickt noch im Allgemeinen verliert. Die Informationen sind so knapp und präzise auf die dokumentierten Vorgänge zugeschnitten, dass der Prozess der Deportationen greifbar wird. Greifbar wird, wie die als Juden oder Zigeuner rassisch verfolgten Menschen aus den jeweiligen Städten herausgerissen und abtransportiert wurden. Deutlich wird, dass dieser Vorgang von der Bevölkerung nicht unbemerkt bleiben konnte. In der Regel waren es nicht die Güterwaggons, die bei den Deportationen aus den besetzten Gebieten eingesetzt wurden, sondern normale Personenzüge – manchmal auch nur ein Waggon, der z.B. von Berlin-Anhalterbahnhof bis nach Theresienstadt fuhr und an einen regulären Zug angehängt wurde.

Im Deutschen Technikmuseum Berlin ist dazu eine kleine Ausstellung im Lokschuppen II zu sehen, wo ein Güterwaggon daran erinnert, dass es die Reichsbahn war, die Millionen in den Tod transportierte. Tho-

Ausstellung über das Heydrich-Attentat

Berlin • Prag, 27. Mai 1942, 10.35 Uhr: Als Jan Kubis, Fallschirmspringer der Exilarmee Tschechiens, vor das schwarze Daimler-Benz-Cabriolet mit dem Kennzeichen »SS 3« sprang, klemmte seine Sten Gun-Maschinenpistole. Wie tausendmal trainiert, greift er zu den hochempfindlichen Bomben und schleudert sie in Richtung des PKW. Zwei Wochen später starb Reinhard Heydrich, SS-Obergruppenführer und einer der Strategen des Holocaust, an einer Blutvergiftung.
Eine Ausstellung im Deutschen Technikmuseum Berlin dokumentiert derzeit das historischen Geschehen. Zu sehen sind neben dem Cabriolet Heydrichs viele Originalmaterialien. Die Ausstellung ist eine Hommage an den Widerstand Tschechiens, der mit dem Mann sein prominentestes Opfer fand, der im Oktober 1941 über Tschechien tönte, dass »dieser Raum einmal deutsch werden muss und dass der Tscheche in diesem Raum letzten Endes nichts verloren hat«. ◂

»Nazis-raus«-Button verboten?

Tübingen • Am 6. November vergangenen Jahres hat das Amtsgericht Tübingen einen 21jährigen Studenten wegen des Tragens eines Buttons, auf dem ein Hakenkreuz durchgestrichen mit einem roten Balken abgebildet war, zu einer Geldstrafe verurteilt. Weitere ähnliche Strafverfahren gegen Antifaschisten wegen »Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen« nach § 86a Strafgesetzbuch sind in Baden-Württemberg anhängig bzw. mit ähnlichem Ergebnis ausgegangen. Den Betroffenen wird damit vorgeworfen, dass sie die Wiederbelebung nationalsozialistischer und damit verfassungswidriger Organisationen und der von diesen verfolgten verfassungsfeindlichen Bestrebungen, auf die das Kennzeichen symbolhaft hinweist, unterstützt hätten. Die Verfahren und Urteile verwundern, da sie im Gegensatz zu einer gefestigten höchstrichterlichen Rechtsprechung stehen. Danach wird der Schutzzweck des § 86a nicht verletzt, wenn das Kennzeichen in einer Weise gebraucht wird, die seinem ursprünglichen Symbolgehalt augenfällig entgegensteht. ◂

Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

▸ Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

▸ Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

✂ -

▸ Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _________Euro (mind. 5 Euro).

▸ Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

○ einen Dauerauftrag eingerichtet.

○ einmalig ______Euro überwiesen.

Kontonummer: ________________

Bank und BLZ: ________________

____

Name/Organisation: ________________

____

Adresse: ________________

____

e-mail: ________________

Unterschrift: ________________

○ Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspender erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Aly, Götz: »Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus«. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005.*

»Wer von den vielen Vorteilen für die Millionen einfacher Deutscher nicht reden will, der sollte vom Nationalsozialismus und vom Holocaust schweigen.« So skizziert Götz Aly seine über Jahre durchgeführte Studie, die darstellt, dass die Deutschen, auch wenn sie keine Nazis waren, kollektiv als Volksgemeinschaft, aber auch individuell von Raub, Mord und Plünderung profitierten.

• *Schnurbein, Sabine von; Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): »Völkische Religion und Krisen der Moderne«. Königshausen & Neumann, Würzburg 2001.*

Der interdisziplinäre Sammelband gibt einen Überblick über das Spektrum völkisch-religiöser Organisationen bis zur NS-Zeit, wobei auch die völkische Frauenbewegung betrachtet wird. Ebenso detailliert dargestellt wird die Rassentheorie Rudolf Steiners mit ihrer Wirkung und Entwicklung nach 1945 bis heute. Durch die in den Aufsätzen enthaltenen Verweise und Bezüge auf die anderen Beiträge wird ein geschlossenes Bild vermittelt

• *Puschner, Uwe u. a. (Hrsg.): »Handbuch zur ,völkischen Bewegung' 1817-1918«. K. G. Saur, München 1999.*

In dem Standardwerk finden sich neben grundlegenden Beiträgen zum Thema vor allem Aufsätze zu spezifischen Teilaspekten. Dazu gehören beispielsweise das Thema »Heimatschutz um die Jahrhundertwende« sowie die Tierschutzbewegungen. Sämtliche Beiträge im Buch sind mit einem umfassenden und kommentierten Quellenapparat versehen.

• *Hering, Sabine; Schilde, Kurt: »Das BDM-Werk ,Glaube und Schönheit'«. Metropol, Berlin 2000.*

Die Organisation »Glaube und Schönheit« wurde innerhalb des Bundes Deutscher Mädel für 18- bis 21-jährige »arische« Frauen gegründet, um diese für die Ziele der Volksgemeinschaft zu instrumentalisieren. Die Autoren rekonstruieren die Struktur der wenig bekannten Organisation und gehen in zwölf Gesprächen mit Zeitzeuginnen den bis in die heutige Zeit reichenden Auswirkungen auf die Beteiligten nach.

• *Leggewie, Klaus; Meyer, Erik: »,Ein Ort, an den man gerne geht'. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989«. Carl Hanser, Wien 2005.*

Nach der Eröffnung des Holocaust-Mahnmals in Berlin 2005 wird die vorausgegangene 15-jährige Debatte über dessen Sinn und Gestaltung nachgezeichnet.

• *Steglich, Henrik: »Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004«. Verlag V&R unipress, Göttingen 2005.*

Die Studie will eine Bestandsaufnahme der NPD in Sachsen leisten und geht besonders auf die Voraussetzungen des Wahlerfolgs ein.

• *Maegerle, Anton: »Globalisierung aus Sicht der extremen Rechten«. Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt, Braunschweig 2005.*

Der Autor setzt sich mit den Inhalten der extremen Rechten zum Thema Globalisierung auseinander. Er stellt fest, dass die Sehnsucht nach dem völkisch und politisch homogenen Nation- und Rassestaat verbunden wird mit chauvinistisch begründetem Antiamerikanismus und Antikapitalismus.

• *Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hrsg.): »Gefährdungen der Freiheit – Extremistische Ideologien im Vergleich«. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2006.*

In der Veröffentlichung des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts widmen sich verschiedene Autoren im Rahmen der Totalitarismusforschung dem Thema des sogenannten Links- und Rechtsextremismus. Dabei werden u. a. Inhalte und Personen direkt verglichen. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Islamismus, der von Armin Pfahl-Traughber vergleichend analysiert wird.

• *Später, Erich: »Kein Frieden mit Tschechien. Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft«. Konkret Verlag, Hamburg 2005.*

Der Autor analysiert die Kontinuität der völkisch-rassischen Ideologie in der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Dabei wird deutlich, dass einige der Nachkriegsfunktionäre als NSDAP- und SS-Mitglieder an der Zerschlagung der Tschechoslowakei beteiligt waren.

Wieder gelesen

An dieser Stelle besprechen wir Werke, die bereits länger auf dem Markt sind und als »Klassiker« gelten.

• *Pflüger, Friedbert: »Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder«. Econ, Düsseldorf 1994.*

Die Berliner CDU hat einen Spitzenkandidaten und diesmal einen, der es zumindest in Punkto Weltläufigkeit mit dem Konkurrenten aufnehmen kann. Vor über zehn Jahren polarisierte Pflüger, einst enger Mitarbeiter von Richard von Weizsäcker, mit dem Versuch, seine Partei »gegen die Ideen der Konservativen Revolution zu immunisieren«. Politisch weitsichtig und informativ auf der Höhe der Zeit zeigt Pflüger hier im journalistischen Plauderton die Gefahren auf, die von den Nachgängern von Jünger, Schmitt, Nolte und Mohler ausgehen.

Der Schüler des Historikers Karl Dietrich Bracher nimmt sich des nationalistischen Zeitgeistes im wiedervereinigten Deutschland an und verdeutlicht, im Thema versiert, ihren Bezug zu den antidemokratischen Intellektuellen der Weimarer Zeit. Das Buch Pflügers ist ein seltenes Beispiel für einen demokratischen, auch gerne mal »anti-preußischen«, kämpferischen Konservatismus, der jede Erosion hin zu einem »revolutionären Konservatismus« verhindern will.

Keine Chance für Nazitreffpunkt in Kiel!

Ballmann dicht!

Zentral in der Kieler Innenstadt gelegen, eine rosafarbene Fassade und eine an die frühen achtziger Jahre erinnernde Leuchtreklame. Von außen fällt die kleine Kneipe Ballmann7 gegenüber der Ostseehalle kaum auf. Das gerade diese unscheinbare Kneipe in den letzten Monaten in den Mittelpunkt der Kieler Öffentlichkeit geriet, liegt eher daran das sich ein Teil der Kieler Neonazi-Szene den Ballmann7 als Stammkneipe ausgesucht hatte.

Schon im Frühjahr 2005 traf sich der Rest der führungslosen „Kameradschaft Kiel", die sich in den Jahren zuvor eher mit Grillpartys und dem Besuch von RechtsRock-Konzerten beschäftigte, und mit der Verurteilung und den bis jetzt andauernden Gefängnisaufenthalts eines ihrer Kameradschaftsführer zur Bedeutungslosigkeit verkam, im Ballmann. Die Kneipe entwickelte sich schnell zu einem Anlaufpunkt innerhalb der Rechten Szene Kiels. Auch die Wirtin wird es wohl gefreut haben, dass sie am Wochenende immer mehr Kunden bekam und sich der Umsatz steigerte.

In der Nacht vom 30. auf den 31. Juli wurde aus dem Ballmann7 heraus überraschend eine Gruppe Jugendliche, die auf dem Nachhauseweg waren von 15 mit Knüppeln und abgebrochenen Flaschen bewaffneten Neonazis angegriffen. Für zwei der Jugendlichen endete dieser Angriff im Krankenhaus, wovon bei einem der beiden schwere Schnittverletzungen im Gesicht behandelt werden mussten. Am 12. August wird von antifaschistischer Seite während einer kleinen Demonstration für den Erhalt der Meierei vor dem Ballmann ein Zwischenstopp eingelegt und auf den Übergriff vom 31. Juli hingewiesen. In den folgenden Wochen stellt sich heraus, dass Kunden, die in der Kneipe ein Bierchen trinken wollen, und nicht dem Idealbild der Neonazis in der Kneipe entsprechen, mit dem Satz „glaubt ihr, dass ihr hier richtig seid?" von den selbigen unter körperlichen Einsatz vor die Tür gesetzt wurden. Auch das Auftreten und die Anzahl der Neonazis änderte sich schlagartig. Hielten sie sich anfangs nur in der Kneipe auf, so standen sie in größerer Zahl von bis zu 40 Personen vor der Kneipe und sorgten mit ihrem aggressiven Auftreten für ein „No go area" am Exerzierplatz. Durch die offene Kneipentür drang lautstark Musik von Landser, Störkraft und Kraftschlag auf die Straße. Menschen, die nicht in das braune Weltbild der Nazis passten wurden auf der Straße drangsaliert und waren einer permanenten Gefahr ausgesetzt.

Am 9. Oktober um fünf Uhr früh wird eine kleine Gruppe von 5 Besucherinnen eines Solikonzertes für die Meierei, welches in der Hansastr. 48 stattfand, auf dem Nachhauseweg vor dem Ballmann7 von einer Tresenkraft in Begleitung eines jungen Nazis unter dem Vorwand ein Gespräch führen zu wollen angehalten. Die beiden geben sich recht gesprächig und erklären das die „Rechten ja immer mehr an den Rand Kiels abgedrängt werden würden", und das sie sich daher die Kneipe ausgesucht hätten, um einen Treffpunkt in zentraler Lage in der Kieler Innenstadt zu schaffen. Plötzlich hielt auf der Straße neben ihnen ein Taxi, aus dem zwei Männer steigen und direkt auf die fünf jungen Leute losprügeln. Einer der beiden Täter wird von den Opfern als Türsteher aus der Kieler Diskothek „Mausefalle" erkannt. Am 15. Oktober wird nach einem Fußballspiel zwischen St.Pauli und Holstein Kiel eine Gruppe von Fußballfans von vor dem Ballmann7 postierten Neonazis angegriffen. Nach diesem Angriff kommt es zu einem größeren Einsatz der Polizei, wobei die Räumlichkeiten der Kneipe durch die Polizei in Augenschein genommen wurden. Am 17. Oktober ist der Ballmann7 vom Ordnungsamt geschlossen und versiegelt worden. Laut Aussage der Besitzerin des Ballmans, Helga E. ist ihr der Betrieb der Kneipe wegen insgesamt 40 Polizeieinsätzen gegen ihre braune Kundschaft und den Übergriffen aus der Kneipe heraus vom Kieler Ordnungsamt verboten worden.

Vor dem Ballermann7 kam es immer wieder zu Schlägereien und Bedrohungen.

Anfang November zogen rund 250 AntifaschistInnen durch Kiel und forderten die Schließung der Kneipe Ballermann7.

Am Mittwoch dem 2. November wurde in der Kieler Innenstadt eine für die Vormittagsstunden mit 250 Teilnehmerinnen gut besuchte Demonstration gegen den Ballmann7 veranstaltet. Auf der Demonstration wurde den Kielerinnen und der Stadt kraftvoll klar gemacht, dass Kneipen, in denen sich Nazis ungestört treffen können, in Kiel nicht geduldet und hingenommen werden. Auch in Zukunft sollte es das Ziel von AntifaschistInnen sein, auf die Besucher einiger Kieler Kneipen ein Auge zu werfen. Denn Kneipen gibt es genug in Kiel.

Der Ballmann7 war bis Anfang Februar diesen Jahres geschlossen und hat seit kurzem erst wieder geöffnet. Wie es bis jetzt den Anschein hat, gab es wohl einen Besitzerwechsel. Neonazis sind bisher noch nicht in oder vor der Kneipe gesichtet worden.

NPD und DVU bereit für die kommenden Landtagswahlen?

trotz Sachsen keine 5 Prozent

Für die Parteien der extremen Rechten kamen die vorgezogenen Neuwahlen zum Bundestag im Herbst 2005 eher ungelegen, hatten sie doch mit ihren schmalen Parteiapparaten große Probleme, in der Fläche tatsächlich sichtbar zu werden. Dass auch bei der NPD die Personaldecke bisweilen dünn ist, zeigte sich etwa daran, dass die Partei das alljährliche Pressefest der Parteizeitung *Deutsche Stimme* ausfallen lassen musste, zu dem 2004 im sächsischen Mücka noch über 5.000 Faschisten gekommen waren.

Hatte die Parteiführung unmittelbar nach der Ankündigung der Bundestagswahl noch getönt, man werde drei Direktmandate erringen, so war davon in den letzten Wochen vor der Wahl nicht mehr viel zu hören. Zwar beschwor Parteichef Voigt in der September-Ausgabe des Parteiblattes *Deutsche Stimme* nach dem – aus rechter Perspektive schlechten – Abschneiden der Partei bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die Wahl als „die wichtigste für uns Nationaldemokraten seit dem Jahre 1969". Damals war die NPD knapp an der 5-Prozent-Hürde gescheitert; nun träten – bis auf Vertreter der REP – auf den NPD-Listen Angehörige aller Strömungen der extremen Rechten an, so dass „alles möglich sei". Aus dem Kampfruf „Vorwärts Nationaldemokraten – auf in den Reichstag!" wurde jedoch bekanntlich nichts ...

Bundesweit erhielt die NPD, die in allen Bundesländern mit Landeslisten und fast flächendeckend auch mit Direktkandidaten angetreten war, 853.742 Erststimmen und 743.903 Zweitstimmen, d.h. 1,6 Prozent der Stimmen. Von den NPD-Kandidaten, die nach Ansicht der NPD direkt in den Bundestag einziehen sollten, erreichte Uwe Leichsenring in der Sächsischen Schweiz mit gut 9 Prozent das beste Ergebnis. Dieses Resultat wurde in den Medien fast einhellig als Rückschlag für die NPD gewertet, da diese ihr Ziel – Einzug in den Bundestag – nicht erreicht habe. Dies ist jedoch nur zum Teil richtig. Gegenüber der Partei Die Republikaner, die sich unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Schlierer der Kooperation mit der NPD verweigern, hat die NPD deutlich besser abgeschnitten. Mit 266.317 Zweitstimmen erreichten die REP gerade einmal 0,6 Prozent.

Wichtiger jedoch ist das gesamte Abschneiden der NPD in den ostdeutschen Bundesländern. Während in Westdeutschland – mit Ausnahme des Saarlandes (1,8%) – nirgendwo die 1,5%-Marke überschritten wurde, erreichte die NPD in Thüringen 3,7%, in Mecklenburg-Vorpommern 3,5%, in Brandenburg 3,2%, in Sachsen-Anhalt 2,5% und in Sachsen 4,9 % der abgegebenen Zweitstimmen.

Zwar hatte die NPD bei den Landtagswahlen 2004 in Sachsen gut 9% der Stimmen bekommen, gegenüber der Bundestagswahl von 2002 mit 1,4% ist das diesjährige Ergebnis jedoch eine deutliche Steigerung (mit 7,1% wurde das beste Teil-Ergebnis in der Sächsischen Schweiz eingefahren; in 24 Gemeinden wurde die NPD zweistellig gewählt) und verweist darauf, dass die Faschisten über ein erkennbares Stammklientel verfügen. Dieses will die CDU ansprechen, indem sie selbst auf einen rechteren Kurs einschwenken.

In den anderen ostdeutschen Bundesländern sind die Stimmergebnisse so, dass sich sowohl DVU als auch NPD bei den nächsten Landtagswahlen Hoffnungen machen können, den Einzug in die Landtage (erneut) zu schaffen. Da der Wahlausgang vom September 2005 für das Bündnis aus NPD und DVU kein echtes Fiasko war und die NPD eine jährliche Wahlkampfkostenerstattung von über 600.000 Euro einstreichen kann, wird das Bündnis innerhalb der extrem Rechten Bewegung noch nicht offen auf breiter Front angegriffen. Der Ausgang bedeutet jedoch auch nicht, dass die verschiedenen Teile des Bündnisses – also NPD, DVU und Teile der in Kleingruppen aktiven Neonazis – ihre Kooperation strategisch intensiver müssen. So wird zunächst von Bundesland zu Bundesland ausgehandelt werden, wie die jeweiligen konkreten Unterstützungsleistungen aussehen und welches das jeweilige politische Profil des Wahlkampfes sein wird. Immerhin hatte DVU-Chef Frey nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein noch einmal betont, dass der Schlüssel zu weiteren Wahlerfolgen und zum Gelingen des sog. „Deutschland-Paktes", der von DVU und NPD beim DVU-Bundesparteitag am 15. Januar 2005 unterzeichnet worden war, in der Thematisierung der „sozialen Frage" liege; „historische Erörterungen" – gemeint sind öffentliche Skandale, die die alliierten Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg als „Holocaust" bezeichnen – seien hingegen wenig tauglich, um breitere Wählerkreise anzusprechen.

Insbesondere die Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern und Mecklenburg-Vorpommern im Herbst 2006 stehen schon im Mittelpunkt der wahlstrategischen Debatte der faschistischen Akteure. Mit Blick auf die bei der Bundestagswahl verweist das Soziale und Nationale Bündnis Pommern gemeinsam mit dem NPD-Kreisverband Ostvorpommern darauf, dass die NPD gegenüber der letzten Kommunalwahl die Zahl der WählerInnen in den meisten Orten habe verdoppeln können. Für den anstehenden Landtagswahlkampf erwarte man personelle und materielle Unterstützung anderer NPD-Verbände. Entsprechendes haben sich auch die schleswig-holsteinischen NPD bei ihrem Parteitag am 29. Januar 2006 vorgenommen. Zum Parteitag siehe auch die Meldung „Schleswig-Holstein: Neuer NPD-Landesvorstand gewählt" in dieser Ausgabe.

Für die eigene Propaganda verfügt die neonazistische Szene Mecklenburg-Vorpommerns in Teilen des Landes bereits über Mitteilungsblätter in hoher Auflage.

Auch die Aufmerksamkeit des Neonazis Christian Worch, der im August im dänischen Kolding an einem Heß-Gedenkmarsch mit Hakenkreuzfahnen teilnahm, richtet sich nun auf die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Worch setzt voraus, dass die NPD mit den jetzt erzielten 3,5 Prozent der Stimmen unter ihren Möglichkeiten liegt, da etliche Sympathisanten ihre Stimme bei der Bundestagswahl nicht verschenken wollten. Damit, so Worch, habe sie gute Aussichten nach Sachsen in ein zweites Landesparlament einzuziehen. Besonders interessiert zeigt sich der Hamburger Neonazi-Kader allerdings daran, dass sein langjähriger politischer Weggefährte Thomas Wulff nicht nur persönlicher Referent des NPD-Parteichefs ist, sondern bei der jüngsten Wahl auch Landeswahlkampfleiter im nordöstlichen Bundesland war. Für Worch ist die damit verknüpfte Frage, ob ein offen als „Nationalsozialist" auftretender Kamerad demnächst einen vorderen Listenplatz für die anstehende Wahl erhält und später als „Mitglied des Landtages" auftritt, nun die Nagelprobe für die „Volksfront von rechts". Tritt die NPD in diesem Sinne auf und ist erfolgreich, so dürften die neonazistischen Skeptiker an Boden verlieren; wird Wulff jedoch ausgebootet, so dürften jene Stimmen der Neonazi-Szene an Bedeutung gewinnen, die in der NPD eine „bürgerliche Kraft" sehen und das Bündnis daher ablehnen. Zunächst jedoch sind zahlreiche Neonazis aus den so genannten „Freien Kameradschaften" der NPD beigetreten – schließlich muss sich, wer später an den Fleischtöpfen teilhaben will, rechtzeitig eine günstige Position sichern.

Vor der Wahl im Norden stehen jedoch zunächst die Landtagswahlen am 26. März in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg an. In Sachsen-Anhalt kandidieren REP und DVU, letztere mit Unterstützung der NPD. Die DVU war 1998 bereits einmal mit 12,9 Prozent der Stimmen in den Landtag in Magdeburg eingezogen und hatte 16 Abgeordnete gestellt. Allerdings spaltete sich die Fraktion im Landtag, so dass ein Teil zeitweise für die Freiheitliche Deutsche Volkspartei auftrat. Inzwischen hat die Partei sich jedoch personell weiterentwickelt und wird im Lande vom Rechtsanwalt Ingmar Knop geführt, der seit Jahren regelmäßig in extrem Rechten Zeitschriften publiziert und als Referent der DVU-Fraktion im Landtag Brandenburgs arbeitet. Im Süden Sachsen-Anhalts kann die Partei zudem auf kommunalpolitische Strukturen der NPD zurückgreifen.

Dass die DVU im Wahlkampf mit Porträts der Sozialdemokraten August Bebel, Friedrich Ebert, Kurt Schumacher und Willy Brandt wirbt, ist vor allem eine gezielte Provokation, die der Partei die gewünschte Presseberichterstattung bringt. Mit bereits bekannten rassistischen und nationalistischen Plakaten und Parolen („Arbeitsplätze zuerst für Deutsche. Billiglöhner ab nach Hause!" oder „Bundeswehr raus aus Kriegsgebieten") hofft die Partei, der in Umfragen 4% vorausgesagt werden, wieder in den Landtag einzuziehen. Weil sie dabei auch auf PDS-WählerInnen spekuliert, ruft sie dazu auf, die Erststimme der PDS zu geben, mit der Zweitstimme jedoch für die DVU zu votieren.

In Baden-Württemberg tritt neben den REP, die dort zwischen 1992 und 2001 mit Abgeordneten im Landtag saßen, auch die NPD an. Während die REP in diesem Bundesland jedoch über noch arbeitsfähige Strukturen und manch kommunalparlamentarische Vertretung verfügen, konnte die NPD nur in 52 von 70 Wahlkreisen KandidatInnen aufstellen. Hintergrund ist ein schwerer interner Machtkampf um den ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert. Dieser wurde zunächst abgesetzt und inzwischen rechtskräftig aus der Partei ausgeschlossen; flächendeckende Unterstützung für die neue NPD-Landesspitze um den langjährigen Faschisten Jürgen Schützinger gibt es vom Deckert-Flügel daher nicht.

Im benachbarten Rheinland-Pfalz wird die NPD von Peter Marx in den Wahlkampf geführt und dabei von der DVU und Neonazis unterstützt, von denen drei auf der NPD-Landesliste kandidieren. Zwar versucht die NPD, auch mit regionalen Themen wie etwa der Lage der Winzer Stimmen zu gewinnen, der Einzug in den Landtag ist jedoch nicht zu erwarten.

10 Jahre Brandanschlag Hafenstraße Lübeck

Der Triumph der Mörder

In der Nacht zum 18. Januar 1996 starben sieben Kinder und drei Erwachsene bei einem Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafenstraße.

Objektiv waren (und sind) vier junge Rechte der Tat dringend verdächtig – vor Gericht gezerrt wurde hingegen der Libanese Safwan Eid, einer der 38 Menschen, die bei dem Brandanschlag verletzt wurden. In zwei Prozessen wurde Safwan freigesprochen.

Die tatsächlichen Brandstifter wurden nie zur Verantwortung gezogen.

Am Vormittag des 18. Januar vor zehn Jahren ging die internationale Öffentlichkeit von einem der folgenschwersten rassistischen Verbrechen der deutschen Nachkriegsgeschichte aus. 38 Flüchtlinge wurden verletzt, zum Teil sehr schwer. Sylvio Amoussou (27), Monica Maiamba Bunga (17) und ihre Tochter N'Suszna (7), Francoise Makodila Landu (32) und ihre Kinder Christelle (6), Legrand (5), Christine (17), Miya (14) und Jean-Daniel Kosi (3) und Rabia El Omari (16) kommen um.

Zu diesem Zeitpunkt ist die Brandursache zwar noch ungeklärt, zwei Tatverdächtige sind aber bereits festgenommen, nach einem dritten wird gefahndet. Sie werden der Skinheadszene von Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) zugerechnet. Sie wurden in der Brandnacht gegenüber der Flüchtlingsunterkunft von der Polizei kontrolliert.

Bundespräsident Roman Herzog lässt verlauten „Sollte es sich wieder um einen rechten Anschlag handeln, dann reißt mir allmählich der Geduldsfaden, dann gibt es wieder Lichterketten", der Präsident der Lübecker Industrie und Handelskammer (IHK) fürchtet, dass „Lübeck wird nicht mehr mit Holstentor und Marzipan in Verbindung gebracht wird, sondern mit Brandanschlägen".

Denn Lübeck ist als Ort rechter Gewalt nicht zum ersten Mal in den (internationalen) Schlagzeilen. 1994 und 1995 waren Brandanschläge auf die örtliche Synagoge verübt worden.

Während PolitikerInnen und Wirtschaftsbosse sich Sorgen um Deutschlands Ansehen in der Welt machten, verbunden mit der offen ausgesprochenen Hoffnung, es möge sich wenigstens diesmal nicht um einen rechten Anschlag handeln, bezog der Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller (SPD) konkret Position: Eine drastische Änderung der Flüchtlingspolitik forderte er ein, benannte die Ausgrenzung von nicht-deutschen und versprach seinen energischen Kampf dagegen. Unter anderem lud er alle daran Interessierten ins Rathaus ein, um die anstehenden Aufgaben gemeinsam zu beraten. Denn „alle sollten sich verantwortlich fühlen".

Verantwortlich zeigten sich nicht zuletzt Lübecker SchülerInnen: sie stellten den Großteil der TeilnehmerInnen bei einer ganzen Reihe an Demonstrationen und Mahnwachen in den Wochen nach dem Anschlag.

Bis zum 20. Januar erhielt Bouteiller für diese Reaktion Respekt. Dann meldeten die Ermittlungsbehörden, dass einer der Hausbewohner aus der Flüchtlingsunterkunft unter dringendem Tatverdacht festgenommen sei. Schon einen Tag vorher hieß es, die ursprünglich verdächtigen jungen Männer aus Grevesmühlen hätten ein Alibi für die Tatzeit und seien deshalb wieder auf freien Fuß gesetzt.

Opfer werden zu Tätern gemacht

Mit dieser Maßnahme konstruierten Polizei und Staatsanwaltschaft aus einem rassistischen Verbrechen einen besonderen Fall von „Ausländerkriminalität".

Mit der scheinbaren Charakteränderung des Verbrechens ändert sich auch die Stimmung gegenüber unabhängigen antirassistischen Initiativen, den Flüchtlingen sowie Bürgermeister Bouteiller. Voreilig seien pauschal „Deutsche" vorverurteilt worden. Die Lübecker CDU konzentrierte ihre geschmacklosen Angriffe auf den Bürgermeister. Besonders thematisiert wurde, dass er vor laufenden Kameras um die Brandopfer geweint hatte …

Alle Diskussionen um Asylpolitik und den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit nicht-deutschen, ebenso die Frage, wie den rechten Organisationen begegnet werden müsste, waren mit dem Tatverdacht gegen Safwan Eid mehr oder weniger vom Tisch gefegt.

Dabei war es für diejenigen, die sich nach wie vor an Fakten orientierten, schnell klar, dass einerseits der Tatverdacht gegen Safwan Eid auf ausgesprochen dünnen Indizien beruhte, andererseits von einer Entlastung der Grevesmühlener Männer nicht die Rede sein konnte (siehe auch Kasten „Zweierlei Maß").

Einige wenige Medien (Tageszeitung *Junge Welt*, TV-Magazin *Monitor*) und unabhängige antirassistische/antifaschistische Initiativen prüfen kritisch die Ermittlungen – und stoßen schnell auf eine Fülle von Widersprüchen, Ungereimtheiten und gewagten Interpretationen. Die Ermittlungsbehörden verhängen daraufhin eine mehrtägige Nachrichtensperre ...

Die antirassistische Politik vor Ort, hauptsächlich getragen vom Lübecker Bündnis gegen Rassismus, musste sich einer zusätzlichen Aufgabe stellen: ging es vor der Verhaftung Safwan Eids darum, allein die politischen Konsequenzen des Anschlages zu ziehen (u.a. die Forderung nach einem Bleiberecht für alle Brandopfer – unabhängig von den teilweise noch laufenden Asylverfahren), rückten die polizeilichen Ermittlungen zum Brandanschlag selbst mit in den Mittelpunkt der antirassistischen Arbeit.

Dies sollte bis zum zweiten Freispruch für Safwan Eid im November 1999 so bleiben.

Die Aktivitäten riefen mehr als Unmut bei den Behörden hervor. Wegen angeblicher „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" bekam das Lübecker Bündnis gegen Rassismus Besuch von der Polizei, samt anschließender, nach Monaten aber eingestellter Verfahren. Auf einem Plakat des LBgR war der für die Ermittlungen verantwortliche Staatsanwalt vor dem Brandhaus zu sehen. Eine Fotomontage, die den grafischen Hintergrund für die Forderung „Schluss mit den rassistischen Ermittlungen" darstellte. Gleichzeitig baten fast sämtliche großen Zeitungen und Fernsehanstalten, von der *taz* über die Zeit bis zur *Los Angeles Times*, vom SAT-1-Frühstücksfernsehen bis hin zu CNN, das antirassistische Bündnis um Interviews und Stellungnahmen.

Der zehnte Jahrestag

Eine Reihe gut besuchter Veranstaltungen hat bewiesen, dass der Brandanschlag in Lübeck noch nicht in Vergessenheit geraten ist. Das Lübecker Flüchtlingsforum e.V. und das Lübecker Bündnis gegen Rassismus haben mit tatkräftiger Unterstützung der Gruppe BASTA – Linke Jugend an den zehnten Jahrestag des Brandanschlages erinnert.

In der Woche des Jahrestages fanden insgesamt vier Veranstaltungen statt: eine Podiumsdiskussion mit der Fragestellung „Betroffenheit ohne Konsequenzen", am Jahrestag selbst fand ein Gedenken am ehemaligen Standort des Flüchtlingsheimes statt, einen Tag später lief im Kino Zwei50 in der Innenstadt der Film *Tot in Lübeck* und einen weiteren Tag später folgte eine Veranstaltung mit der Verteidigerin von Safwan Eid, Gabriele Heinecke aus Hamburg. Während der Mobilisierung musste noch befürchtet werden, dass Lübeck wirklich nichts mehr von dem Anschlag und den folgenden Ermittlungen hören möchte: bei den Infoständen gab es nur sehr wenig positive Resonanz.

Doch bereits die erste Veranstaltung am 17. Januar, Brandanschlag Hafenstraße, 10 Jahre danach – Betroffenheit ohne Konsequenzen?, war mit zirka 90 BesucherInnen ein voller Erfolg. Auf dem Podium diskutierten der damalige Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller, Maria Brinkmann vom Lübecker Flüchtlingsforum und Bacar Gadji, damals einer der BetreuerInnen der überlebenden Hausbewohner, welche Konsequenzen Lübeck aus dem Anschlag gezogen oder eben nicht gezogen hat.

Nur zwei positive Entwicklungen können festgestellt werden: zum einen gibt es keine Sammelunterkünfte wie die in der Hafenstraße mehr, zum zweiten empfindet Bacar Gadji die Situation schon dadurch entspannter, dass es heute mehr AfrikanerInnen in Lübeck gebe als 1996 – und die LübeckerInnen sich langsam an die Anwesenheit von Farbigen gewöhnten. Konkret wurde es, als zwei der Überlebenden einen Text verteilten, in dem sie die Bestrafung der Verantwortlichen des Anschlages und einen gesicherten Aufenthalt für Victor Atoe forderten. Per Akklamation, später auch per Unterschrift schlossen sich 85 BesucherInnen den Forderungen an. Es war der Auftakt für eine Unterschriftenkampagne für ein Bleiberecht von Victor.

Das hatte nicht allein mit der offensiven und intensiven Arbeit des LBgR zu tun, sondern auch mit den immer skandalöser werdenden Ermittlungen. Auch vielen bürgerlich gesinnten Menschen wurde klar, dass mit Safwan Eid der Falsche angeklagt wurde, während gleichzeitig der immer stärkere Tatverdacht gegen die vier jungen Rechtsextremisten aus Grevesmühlen von den Staatsanwälten Böckenhauer, Schultz und Bieler mit immer lächerlicheren Thesen abgetan wurde.

Zudem fand Safwan Eid in Gabriele Heinecke und Barbara Klawitter zwei Strafverteidigerinnen, die kompetent

Bernd Saxe – ein peinlicher Bürgermeister

Am Gedenktag versammelten sich über fast 150 Menschen auf dem Gelände, auf dem früher das Flüchtlingsheim stand. Von mehreren RednerInnen wurde scharf kritisiert, dass es kein hochrangiger Vertreter der Stadt Lübeck für nötig befunden hatte, die Gedenkveranstaltung zu besuchen. Bürgermeister Bernd Saxe schob Terminschwierigkeiten vor – es fand gleichzeitig eine Senatssitzung statt. Der anwesende Pastor Kai Gusek vermerkte, dass er diesen Termin bereits seit einem Jahr notiert hatte ...

Der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Lienhard Böhning vertritt die Stadt als Vorsitzender des Sozialausschusses. Er forderte eine „stetige Auseinandersetzung mit Überfremdungsängsten, Rassismus und Sündenbocktheorien" und geht auf die deutsche Verantwortung für die Unterstützung von Diktaturen z.B. durch Waffenlieferungen in der sog. „3. Welt" ein. Zur Abwesenheit des Bürgermeisters sagt er trocken „Ich habe das nicht zu kommentieren". Bacar Gadji erinnert an die Details der damaligen Ereignisse: an Zeitungsartikel, die aus dem Flüchtlingsheim das Bild eines Bordells zeichneten, aber auch an die Unterstützung und die UnterstützerInnen der Flüchtlinge. Die Empörung Pastor Guseks über die den Zustand des Geländes („eine Baustelle") bekam besonderen Beifall. Er sicherte aus seinem Etat spontan 1.000 Euro für eine würdigere Gedenkstätte zu. Heike Behrens vom Lübecker Flüchtlingsforum benannte in ihrer Rede auch die „halbherzigen Ermittlungen" und thematisierte die drohende Abschiebung von Victor Atoe.

Volles Kino

Der Vorstellungsraum im Lübecker Kino Zwei50 war am Abend des 19. Januar bis auf wenige Plätze ausgebucht, als *Tot in Lübeck* gezeigt wurde. Der Film dreht sich um die Ermittlungen nach dem Anschlag und beinhaltet viele Elemente aus dem Kabarettprogramm *Die Lübecker Moritat* von Dietrich Kittner. Beeindruckend viele junge Menschen, die zum Zeitpunkt des Anschlages noch kleine Kinder waren, interessierte der Film. Ein guter Grund für die VeranstalterInnen zu überlegen, in welchem Rahmen sie *Tot in Lübeck* wiederholen können.

Die mit etwas über 40 Leuten nicht ganz so gut besuchte Veranstaltung war die Diskussion *Justizskandal ohne Ende* mit der Rechtsanwältin Gabriele Heinecke (damalige Verteidigerin von Safwan Eid) und Holger Wulf, damals aktiv im Lübecker Bündnis gegen Rassismus und Prozessbeobachter. Zum Thema des Abends wurde die Suche nach Erklärungen für das Verhalten der Staatsanwälte und Überlegungen, welche Schritte möglich sind, die tatsächlichen Brandstifter noch zur Verantwortung zu ziehen.

Bliebe noch anzumerken, dass auch die Lokalpresse dem Jahrestag gebührend Aufmerksamkeit zollte: Alleine in den *Lübecker Nachrichten* erschienen in der Woche rund um den 18. Januar fünf große und zwei kleinere Artikel – auf einen davon folgte postwendend eine Reaktion der Ermittlungsbehörden. Oberstaatsanwalt Wille wiederholte in einem Leserbrief das Märchen von den gewissenhaften Ermittlungen ...

Zur Zeit befindet sich unter www.brandanschlaghafenstrasse.de eine umfangreiche Online-Dokumentation zum Brandanschlag im Aufbau.

und engagiert für die Rechte ihres Mandanten stritten – und das nicht nur im Gerichtssaal. Bereits der erste Prozess (mit immerhin über 60 Verhandlungstagen) wurde zu einer Farce: nachdem die Staatsanwaltschaft im Zuge der Verhandlung eine obskure Verschwörung der meisten HausbewohnerInnen ausmachte um schließlich selber einzusehen, dass eine Verurteilung Safwans nicht zu erreichen ist, beantragte sie einen Freispruch.

Aber nicht alle Stimmen, die nur zu gerne einen Flüchtling gesehen hätte, der selber Flüchtlingsunterkünfte anzündet, waren mit dem Freispruch verstummt. Solange es keine juristisch festgestellten Täter gab, blieb zumindest in Teilen der Öffentlichkeit die Täter-Opfer-Verdrehung intakt.

Trotz der Fakten, trotz des Berichtes einer zwischenzeitlich tätigen unabhängigen Kommission aus JuristInnen verschiedener Länder, trotz eines Klageerzwingungsverfahrens gegen die Tatverdächtigen aus Grevesmühlen blieb der „Kriminalfall Hafenstraße" bis heute unaufgeklärt. Denn die Justiz hat einen Prozess gegen die vier aus Grevesmühlen verhindert.

Verhindert wurde auch, dass die verantwortlichen PolizeibeamtInnen und Staatsanwälte für die in ihrer Einseitigkeit rassistischen Ermittlungen zur Verantwortung gezogen wurden.

Neonazistische Offensive

Nazis haben das Vorgehen der Behörden auf ihre Weise verstanden. In den Monaten nach dem Anschlag in der Hafenstraße ist es zu einer Vielzahl von rechten Gewalttaten gekommen. Dutzende Farb- und auch Brandanschläge auf Kirchen, kirchlichen Einrichtungen und einem Sendemast des NDR führten nur in einem Fall zu der Ermittlung der rechten Urheber. Aus

der Aktions-Offensive konnten die Neonazis bald darauf eine Organisations-Offensive machen.

Für die folgende Stärkung der NPD und des „Bündnis Rechts" trägt auch die nicht stattgefundene polizeiliche Verfolgung rechter Straftaten eine wesentliche Verantwortung.

Die Mörder haben in fast allen Punkten triumphiert. Dass mit Safwan Eid ein Unschuldiger hinter Gitter muss und die Abschiebung der allermeisten überlebenden Brandopfer konnte jedoch verhindert werden.

Für damals aktive AntirassistInnen ein nur schwacher Trost ...

Der *Spiegel*-Journalist Andreas Juhnke hat über den Brandanschlag ein Buch geschrieben. In seinem Werk *Brandherd* heißt es am Schluss: „Es gab vorher und nachher in der Welt größere Massenmorde, gnadenlosere Vertuschungen, weniger Hilfe als nach dem Mord an Monica und Suzanna Bunga, Francoise, Christine, Miya, Christelle, Legrand und dem kleinen Jean-Daniel Makodila, Sylvio Amoussou und Rabia El Omari. Aber es ist an der Zeit aufzuwachen in Lübeck, wenn nicht wieder eine lange Liste ausländischer Namen in den Todesanzeigen erscheinen soll. Aber Lübeck schläft, nicht nur nachts um drei Uhr. Die meisten haben die Sache sowieso längst vergessen. Gut, sagen die Mörder, so soll es bleiben."

Holger Wulf
(Der Autor war in den 90er-Jahren aktiv im Lübecker Bündnis gegen Rassismus; er hat die Ermittlungen im Fall Hafenstraße von Anfang bis zum Ende verfolgt und war Prozessbeobachter im ersten Strafverfahren gegen Safwan Eid.)

AN DIESER STELLE
HAFENSTRASSE 52
STARBEN AM
18. JANUAR 1996
ZEHN MENSCHEN
DURCH BRANDSTIFTUNG.
SIE WAREN NACH
DEUTSCHLAND GEKOMMEN,
UM HIER SCHUTZ ZU
FINDEN.
DAS EREIGNIS ERFÜLLT UNS
MIT TRAUER UND SCHMERZ.
DIE VERANTWORTLICHEN
FÜR DAS VERBRECHEN SIND
NICHT ERMITTELT WORDEN.
DER TOD DER OPFER UND
DAS LEID DER HINTER-
BLIEBENEN MAHNEN UNS,
FÜR DIE RECHTE UND DIE
SICHERHEIT VON FLÜCHTLINGEN
EINZUTRETEN.

„Stoppt die rassistischen Ermittlungen" forderten das Lübecker Bündnis gegen Rassismus und andere antirassistische Initiativen.

Zweierlei Maß

Hatten ideologische Scheuklappen dazu geführt, dass Linke sich nicht mit einem Tatverdacht gegen einen Flüchtling abfinden konnten? Oder trug sich vielmehr in den Monaten nach dem Brandanschlag einer der größten Justizskandale der BRD zu?

Safwan Eid wurde mit der Begründung in Haft genommen, dass er die Tat gestanden habe und über Täterwissen verfügte – also Erkenntnisse habe, die nur der oder die Täter haben konnte(n).

Der Rettungssanitäter Jens L. behauptete zwei Tage nach dem Anschlag, Safwan habe zu ihm gesagt „Wir warn's". Und weiter, man habe sich an einem Familienvater rächen wolle (warum, blieb unklar) und deshalb Benzin an dessen Wohnungstür gegossen und angezündet. Das brennende Benzin sei dann die Treppe hinunter gelaufen und bald habe das ganze Haus in Flammen gestanden.

Die Brandsachverständigen von BKA und LKA kamen zu dem Schluss, der Ort des Brandausbruches müsse im Flur des 1. OG liegen, zwischen zwei Wohnungstüren und einige Meter von der Treppe entfernt.

Die Staatsanwaltschaft sah in diesem Gutachten die Bestätigung für die Aussage von Jens L. und gleichzeitig das Täterwissen. Denn zu dem Zeitpunkt, als Jens L. von einer Tür, an der Benzin ausgegossen worden sein sollte, berichtete, kannten die Ermittler den Ort des Brandausbruches nicht.

Safwan Eid wurde während der sechsmonatigen U-Haft abgehört. Gebete und Gespräche wurden protokolliert. Als belastend sahen die Ermittler an, dass Safwan Gott um Verzeihung für seine Sünden gebeten habe. Das Motiv liege in nicht näher bezeichneten Konflikten zwischen den HausbewohnerInnen.

Geständnis mit viel „oder"...

All das mag auf den ersten Blick einen Tatverdacht begründen. Bereits unter dem zweiten Blick löst sich der gesamte Verdacht allerdings auf: So bietet die Aussage des Sanitäters ein „Potpourri an Möglichkeiten", wie es Safwans Verteidigerinnen Gabriele Heinecke und Barbara Klawitter formulierten. Denn der Sanitäter legt sich auf nichts Konkretes fest. Safwan soll Benzin oder eine andere brennbare Flüssigkeit aus einer Flasche oder einem Becher oder einem anderen Gefäß an die Tür eines Familienvaters oder eines anderen Hausbewohners geschüttet haben.

Von einer Tür im 1. OG ist bei der Aussage von Jens L. selbst überhaupt nicht die Rede. Ein Haftrichter dichtet dieses 1.OG zur Aussage dazu – und begründet damit sechs Monate U-Haft!

Fest steht, dass Safwan noch in der Brandnacht mit mehreren Personen über den Anschlag gesprochen hat. Sie alle, unter ihnen auch ein Polizeibeamter, sagen übereinstimmend aus, dass Safwan wiedergab, was sein Vater Marwan in der Brandnacht beobachtet hat. Marwan habe ein „Bumm" gehört, habe dann aus dem Fenster geschaut und Flammen an der Haustür gesehen.

„Sie haben die Treppe angezündet, damit wir nicht mehr raus können". Nur Jens L. will eine andere Aussage von Safwan gehört haben...

Der Ort des Brandausbruches ist ein entscheidender Faktor: Den Flur, wo laut BKA und LKA das Feuer gelegt worden sein soll, sind nach Brandausbruch mehrere BewohnerInnen des Hauses entlang geflüchtet. Sie alle sagen aus, dass sie in diesem Flur keine Flammen gesehen haben. Die Staatsanwälte haben diesen Aussagen keinen Glauben geschenkt, sie unterstellten den meisten Flüchtlingen, sie hätten ihre Aussagen zu Gunsten Safwans getätigt. Warum aber barfuß flüchtende Menschen sich am angeblichen Ort des Brandausbruches keine Verbrennungen an den Füßen zugezogen haben, wurde von den Anklägern nicht erklärt ...

Die lästigen Gesetze der Physik

Tatsächlich haben alle ZeugInnen, die in einer frühen Brandphase den hölzernen Eingangs-Vorbau gesehen haben, dort starkes Feuer beobachtet. Brandsachverständige der Verteidigung gingen auch von diesem Eingangsbereich als Brandausbruchsort aus. Denn so ließe sich die weitere Entwicklung des Feuers erklären. Die Version der Staatsanwaltschaft, das Feuer habe sich nach unten durch brennendes, hinab fließendes Benzin ausgebreitet, hat einen kleinen Schönheitsfehler: das Benzin hätte, um vom Flur zur Treppe zu kommen, eine Steigung von 13 cm überwinden müssen ...

Die Abhörmaßnahme wurde im ersten Prozess für illegal erklärt. Dies kassierte der Bundesgerichtshof und ebnete damit den Weg für den Revisionsprozess vor dem Kieler Landgericht. Dieses Gericht stellte dann fest, dass die ersten Übersetzungen von Safwans Aussagen grob fehlerhaft waren, dass tatsächlich aus der gesamten Abhörmaßnahme nichts belastendes entnommen werden könne, sogar im Gegenteil. So heißt es in der Begründung des Freispruches: „Sie (die abgehörten Gespräche) sprechen in ihrer Gesamtheit vielmehr eher dafür, dass der Angeklagte von dem in dem Haus entstandenen Brand überrascht war, weil er damit nichts zu tun hatte, und dass er auch keine sichere Kenntnis von dem Brandlegungsmittel hatte".

Vertuschter Verdacht

Vier junge Männer aus Grevesmühlen, Dirk T., René B., Maik W. und Heiko P. haben sich in der Brandnacht in Lübeck aufgehalten. Maik W. wird auch „Klein Adolf" genant und hat SS-Literatur und Reichskriegsflagge in seinem Zimmer. Dirk T. war „mit seiner Gruppe schon in Rostock dabei", René B. hat nichts gegen „Juden, Neger, Zecken und Wessis", Heiko P. „kritisiert" Brandanschläge, weil „sie deutsches Gut versauen". T., W. und B. hatten frische, höchstens 24 Stunden alte Sengspuren an Wimpern, Augenbrauen und Kopfhaar, laut Gerichtsmedizin „typisch für Brandstifter".

Sie beschreiben Geschehnisse, die vor dem Eintreffen der Rettungskräfte am Brandhaus stattgefunden haben müssen: eine Frau, die mit ihrem Kind auf dem Arm auf die Straße sprang und einen „brennenden Mann". Dabei kann es sich nur um Sylvio Amoussou handeln, der im Eingangsvorbau umgekommen ist.

Maik W. hat die Tat mehrmals gestanden (vor JVA-Bediensteten, er saß wegen Autodiebstahls), vor Polizei und Staatsanwaltschaft, vor Journalisten. Darüber soll hat er Anfang Januar 96 gegenüber einem Freund geäußert haben, er wolle „demnächst nach Lübeck, um dort etwas anzuzünden".

Am 8. Mai verfügte Staatsanwalt Dr. Böckenhauer die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die vier, denn sie hätten für die Tatzeit ein Alibi. Denn um 3.17 Uhr befanden sich B., W. und P. an einer Tankstelle, die weniger als 10 Autominuten von der Hafenstraße entfernt liegt. Wo sich Dirk T. (in einem geklauten VW Golf) aufgehalten hat, wurde nicht geklärt. Der genaue Zeitpunkt des Brandausbruches konnte übrigens bis heute nicht festgestellt werden ...

Nicht nur die Verdachtsmomente zwischen Safwan Eid auf der einen Seite und den vier Männern aus Grevesmühlen sind unterschiedlich stark, der Ermittlungseifer der Behörden ist es auch: Nachdem sich die Ermittler einmal auf Safwan als Brandstifter festgelegt hatten, konnten weder physikalische Gesetze, noch Geständnisse der Grevesmühlener, noch die „typischen Spuren von Brandstiftern" daran etwas ändern.

Nachrichten aus der Region

Schon gehört

Hamburg-Harburg: Erfolgreiche Outing-Kampagne im Herbst

Ende September begann eine Kampagne namens *Stadt-Land-Fluss-Kein Raum den Nazis*. Durch Flugblätter und Infostände wurden aktive Neonazis aus dem Süden der Hansestadt gezielt geoutet. So wurden die Nachbarn über die politischen Machenschaften der Hauptfiguren der rechten Szene aufgeklärt. Im Rahmen dieser Kampagne waren der NPD-Kreisvorsitzende Harburgs, Martin Dembowsky und der Nachwuchs-Anti-Antifa Frank Försterling an der Reihe. Ihnen folgte Andreas Haye, der in der rechten Szene seit Jahren aktiv ist und nebenbei den Schießstand in einem Schützenverein betreut. Auch der Worch-Zögling Alexander Hohensee, mittlerweile nach HH-Bahrenfeld gezogen, wurde durch Flugblattverteilung und Megafondurchsagen seiner Wohngegend vorgestellt.

Eine von den beteiligten Aktivisten organisierte Veranstaltung mit dem Journalisten Andreas Speit fand in Harburg statt. Als eine Gruppe Neonazis durch Polizisten nicht zum Vortragsort gelassen wurde, marschierten diese kurzerhand in einer Spontandemo durch Harburg.

Als Abschlussaktion wurde am 22. Oktober eine Demonstration mit rund 400 Antifaschisten gegen die örtlichen Neonazi-Strukturen in der Harburger Innenstadt durchgeführt. Als Reaktion auf die Kampagne führte der zuvor geoutete Nachwuchskader Alexander Hohensee eine Gegendemo am selben Tag durch die Stadt, etwa 100 Kameraden waren seinem Aufruf gefolgt.

Die Aktivisten werten ihre gesamte Kampagne als Erfolg, das Medienecho und das Interesse der Bürger waren enorm.

Alexander Hohensee (mitte) organisierte die Neonazi-Demonstration am 22.10.05 in Harburg.

Neumünster: Demo gegen die Kneipe »Titanic« begleitet von Polizeigewalt

Am 21. Januar fand eine Antifademo gegen die Kneipe Titanic in Neumünster statt. In der Gaststätte, die nur wenige hundert Meter vom linken Jugendzentrum AJZ entfernt liegt, treffen sich häufig Neonazis. Im Umfeld der Gaststätte war es sogar mehrmals zu körperlichen Auseinandersetzungen mit Neonazis gekommen, Pöbeleien und Bedrohungen häuften sich.

Die etwa 600 Teilnehmer der Demo zogen fast zwei Stunden durch die Innenstadt von Neumünster, begleitet von fast 200 Polizisten. Bereits nach wenigen Minuten musste eine Gruppe Neonazis die Flucht antreten, nachdem sie versucht hatte, die Antifademo mit ihrer Kamera abzulichten. Auf dem Marktplatz provozierten dann zwei Neonazis aus dem Club88-Umfeld, die anschließend von der Polizei in Gewahrsam genommen wurden.

Der direkte Zugang zur Titanic wurde von Polizeibussen und zahlreichen Beamten versperrt. Nachdem einige Böller in Richtung Gaststätte geworfen wurden, gingen Polizisten gewaltsam gegen die Demo vor. Dabei kam es zu Verletzten und mindestens einer Festnahme. An diesem brutalen Übergriff waren fast ausschließlich Polizisten einer Beweissicherungs- und FestnahmeEinheit (BFE) der Eutiner Bereitschaftspolizei beteiligt. Diese waren während der Demo über längere Zeit komplett vermummt und äußerst aggressiv.

So stellte dann in einem Kommentar der *Holsteinischen Couriers* fest, dass man „von den erfahrenen Polizeikräften erwarten" dürfe, „dass sie dieser Situation mit kühlem Kopf begegnen ..." Weiter wurde dort „Etwas mehr taktisches Fingerspitzengefühl" im Umgang mit der Demo gefordert.

Grund für das massive Eingreifen der Polizei waren Verstöße gegen das Vermummungsverbot sowie Werfen von Feuerwerkskörpern.

Nach der Demo fand gegen Abend ein Konzert mit einigen Musikgruppen im AJZ statt, das störungsfrei verlief. Der Szene in Neumünster dürfte eine so große Teilnahme und Unterstützung an der Demo gut tun, wobei zu hoffen bleibt, dass sich dieses Engagement fortsetzen lässt. Neumünster könnte es gut gebrauchen ...

Der NPD-Kreisverband Kiel forderte dagegen seit Ende Januar wohl zuletzt als Reaktion auf die Demo auf seiner Internetseite die Schließung der „Terrorbrutstätte AJZ". In dem verwirrten Appell der NPD wird beklagt, dass sich das AJZ „schon seit langer Zeit zu einer Nachwuchskaderschmiede für jugendliche Linksterroristen" entwickelt habe, auch wurde eine „merkwürdige Brutpflege linksextremistischer Berufsrevolutionäre" rund um das Jugendzentrum verortet.

Hamburg St.Pauli: RechtsRock-Konzert von Polizei durchgesetzt

Am 5. November 2005 setzte die Polizei in Hamburg St.Pauli ein Neonazi-Konzert gegen starken Widerstand durch. Fast 300 Neonazis waren der Einladung des Kaders Thorben Klebe zu seiner »nachträglichen Geburtstagsfeier« gefolgt. Klebe hatte zuvor für diesen Abend eine Etage in einem ehemaligen Kaufhaus am Ende der Reeperbahn angemietet, in dem einige Musik-Clubs betrieben werden. Die Vermieterin hatte der langjährig aktive Neonazi über seine Gesinnung und seine Konzertpläne getäuscht, „es sei lediglich eine private Feier ohne Live-Musik geplant". Klebe galt beim Verbot der Organisation Blood and Honour im Jahre 2000 als eine Führungsperson der Gruppe. B&H hatte ein neonazistisches Musiknetzwerk betrieben und unter anderem zahlreiche Konzerte veranstaltet. Nachdem die Vermieterin am frühen Abend von AntifaschistInnen über das beginnende RechtsRock-Konzert informiert wurde, kündigte diese umgehend den Vertrag und forderte die anwesenden Polizisten auf, die Naziparty aufzulösen. Mit fadenscheinigen Begründungen lehnte die Einsatzleitung eine Räumung ab. Stattdessen wurde gegen sich einfindende AntifaschistInnen teilweise brutal vorgegangen. Während immer mehr rechte Konzertbesucher auf St.Pauli unterwegs waren, kam es zu einigen Auseinandersetzungen mit Antifas. Diese griffen mit Flaschenwürfen die Faschisten an, der Wagen eines Nazis wurde umgekippt. Da sich die Polizei nicht nur weigerte, gegen das Konzert vorzugehen sondern es auch noch massiv schützte, konnten die rechten Band „Words of Anger", „Noie Werte" sowie die italienische Gruppe „Amarco" bis nach Mitternacht spielen. Die Clubs, die regulär in dem Haus betrieben werden, mussten geschlossen bleiben, da von der Polizei ausschliesslich Neonazis durchgelassen wurden. Gegen 1 Uhr sollten die durchgeschwitzten Neonazis dann mit mehreren HVV-Bussen abtransportiert werden. Die Busse wurden bei der Abfahrt jedoch trotz immensem Polizeiaufgebot mit Flaschen, Steinen und Leuchtmunition angegriffen – eine Spur von Glassplittern zog sich durch die Holstenstraße ...

Bei der abschließenden Begehung des Treppenhauses konnten die Hinterlassenschaften der Konzertbesucher bewundert werden: Dutzende Knüppel und Stuhlbeine hatten sich die Neonazis bereitgelegt. Die betroffenen Clubbesitzer haben sich von der neonazistischen Veranstaltung deutlich distanziert und das Verhalten der Polizei in dieser Nacht als absolut unverständlich bezeichnet. Polizeisprecher Andreas Schöpflin verteidigt am nächsten Tag die Vorgehensweise seiner Kollegen: „Die Rechten haben keine Straftaten begangen. Wir hatten keine Handhabe, weil sie einen gültigen Mietvertrag hatten." Dass dies einfach nicht stimmen kann, zeigen Berichte von Anwohnern und AntifaschistInnen, nach denen Neonazis immer wieder den Hitlergruß gezeigt hätten. Schon der bloße Aufenthalt in dem Gebäude war rechtswidrig, da der erwähnte Vertrag durch die Vermieterin bereits unmittelbar vor Konzertbeginn gekündigt worden war. Nun prüfen die betroffenen Clubbesitzer die Erfolgschancen einer Schadensersatzklage gegen die Stadt Hamburg.

Hamburg: Buchladen mit Nazi-Literatur

Das Geschäft „Thieden Buch" in der Langen Reihe in Hamburg-St.Georg ist ins Gespräch gekommen. Der Grund: Die Besitzerin verkaufte Werke von extrem Rechten Schriftstellern wie dem Holocaust-Leugner David Irving. Auch in der Mitgliederzeitung *Der Freiwillige* der HIAG bewarb sie ihr Literaturangebot. Das Kürzel HIAG steht für „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen SS", siehe Eie Ausgabe Nr. 23, Seite 30. Auf die Vorwürfe von Journalisten angesprochen, versucht sich die Betreiberin des Geschäftes sowohl unwissend als auch gleichgültig zu geben. Gerüchten zufolge sind die rechtsradikalen Schriften aus den Auslagen verschwunden, nachdem die *taz* über den Buchladen berichtete.

Vorsitzender des OMV verstorben

Der langjährige Vorsitzende der revanchistischen Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU Schleswig-Holstein, Uwe Greve, ist Ende 2005 im Alter von 64 Jahren in Kiel verstorben. Greve, Autor zahlreicher Bücher und Verfasser von Beiträgen im *Ostpreußenblatt*, war zudem seit 1989 Vorsitzender des Bismarckbundes

und hatte jüngst eine Schrift zum 75. Geburtstag des Erzreaktionärs Fürst Ferdinand von Bismarck vorgelegt. Sein Mandat im Schleswig-Holsteinischen Landtag hatte Greve bei den vergangenen Wahlen im Februar 2005 nicht mehr gewinnen können.

Schleswig-Holstein: Neuer NPD-Landesvorstand gewählt

Ende Januar wurde auf dem Landesparteitag der NPD Schleswig-Holstein in Wilster ein neuer Vorstand gewählt. Uwe Schäfer aus Plön wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Zum Stellvertreter machten die anwesenden Neonazis neben Jens Lütke (Selent) auch Jörn Lemke (Lübeck) sowie Ingo Stawitz (Uetersen). In seinem Rechenschaftsbericht feierte Schäfer die angebliche Verdoppelung der Mitgliederzahl trotz magerer Wahlergebnisse. Ein Foto der NPD-Homepage zeigt neben den erwähnten Personen unter anderem auch Arthur Nissen und Kay Oelke, die wohl auch einen tollen Posten abbekommen haben. In einer Pressemitteilung der NPD wurde gejammert, dass die Stadtverwaltung Wilster im Vorwege des Parteitages alle Gastwirte der Gegend gebeten hatte, der Partei keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Steinburg/Itzehoe-Ehemaliger HIAG-Funktionär verstorben

Im Alter von 83 Jahren verstarb der ehemalige Waffen-SS-Angehörige Rolf Öhlrich, der sich 1939 freiwillig zu der Truppe gemeldet hatte. Nach Rückkehr aus der Gefangenschaft leitete er seit 1950 über 55 Jahre lang den HIAG-Kreisverband Steinburg/Itzehoe. Zur HIAG siehe auch Eie Nr. 23, Seite 30.

Hamburg: Berufungsprozess wegen Volksverhetzung

Ende Juli 2005 wurde die Berufungsverhandlung des Hamburger Rentners Klaus Kaping vor dem Landgericht Bielefeld verhandelt. Kaping, der mit Baldur Springmann aus Schleswig-Holstein bis zu dessen Tod für ein Freudenmal für Deutschland agitiert hatte, war am 11. Januar 2005 vom Amtsgericht Bad Oeynhausen wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 3.600 Euro verurteilt worden. Grund der Verurteilung war ein Beitrag in der Zeitschrift *Stimme des Gewissens*, die sich seit zwei Jahren zur Stimme der Holocaust-Leugner entwickelt. Die entsprechende Ausgabe mit einer Auflage von 3.000 Ex. war von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Im Zuhörersaal verfolgten u.a. Ursula Haverbeck-Wetzel und Horst Mahler den Prozess gegen den Gleichgesinnten. Das Landgericht bestätigte nun das Urteil gegen Kaping.

Hamburg:/Sveneby: Rieger ist kein Tierquäler

Der Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger ist in Schweden vom Vorwurf der Tierquälerei freigesprochen worden. Im Januar 2001 hatte der Umwelt- und Bauausschuss der Gemeinde Töreboda/Schweden die Verantwortung für 334 Tiere übernommen, von denen die meisten auf dem von Rieger vor etlichen Jahren gekauften Gut in Sveneby in schlechter Verfassung dahinvegetierten; neun Tiere mussten damals wegen ihres schlechten Zustandes eingeschläfert werden. Während die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe forderte, folgte das Gericht dem Antrag von Riegers Verteidiger, Lars Schmidt, und sprach ihn frei. Es sei nicht erwiesen, dass Rieger für den schlechten Zustand der Tiere unmittelbar verantwortlich sei. Für die Tierhaltung hatte Rieger in der Vergangenheit sogar Gelder der EU erhalten.

Westensee: Wellmer wurde Vorsitzende

Zur stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins UR-EUROPA wurde im Oktober 2005 Sunnihilt Wellmer (Westensee) gewählt. Wellmer, eine frühere DVU-Landtagskandidatin, gehört dem Verein bereits seit einigen Jahren an. Der Verein sieht sich in der Tradition von Herman Wirth, der während der Nazi-Diktatur in der SS-Institution Ahnenerbe arbeitete.

Hamburg: Anja Zysk und das Bettelverbot

Seit November 2005 führt Anja Zysk als erste Frau die Hamburger NPD an. Als Direktkandidatin für den Wahlkreis Altona und Platz zwei auf der Landesliste zur Bundestagswahl 2005 war sie sehr aktiv am gesamten Wahlkampf der NPD beteiligt. Immer wieder wurde sie im vergangenen Jahr auf Neonazi-Aufmärschen in und um Hamburg gesichtet. Ihre Wahl zur NPD-Chefin Hamburgs bezeichnete sie in einem Interview mit der NPD-Zeitung Deutsche Stimme als »Signal und eine Ermutigung für alle Frauen, sich künftig noch aktiver in die NPD einzubringen und auch in Führungspositionen für die nationale Sache zu kämpfen.« Die Hamburger Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel wurden von Zysk als »multikulturelle und multikriminelle Ghettos« bezeichnet. Zysk war erst 2004 aus Nordrhein-Westphalen nach Hamburg umgezogen. Mit ihrer Wahl zur Vorsitzenden löst sie Ulrich Harder ab.

Lübeck: 1. April 2006

Neonazis planen eine große Demonstration zum Jahrestag der Bombardierung der Hansestadt im Zweiten Weltkrieg. Die Demo soll am 1. April 2006 unter dem Motto *Bomben für den Frieden?* stattfinden. Eine eigens für die Mobilisierung eingerichtete Webseite faselt vom „alliierten Bombenterror gegen Lübeck im März 1942" und ruft alle „Kameraden" auf, sich an dem Trauermarsch zu beteiligen. Mithilfe von „Zeitzeugen", die auf der Internetseite ihr Leid klagen dürfen, wird kräftig auf die Tränendrüse gedrückt. Weiter wird in bekannt geschichtsblinder Manier versucht, die Bombardierungen deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg mit Kriegseinsätzen der USA in der heutigen Zeit gleichzusetzen, Zitat: „Damals wie heute: Völker und Staaten, welche sich nicht dem Weltherrschaftsstreben der USA unterwerfen wollen, werden durch Bombenterror in die Knie zu zwingen versucht!". Hinter der Mobilisierung scheint u.a. der Lübecker Neonazi-Kader Jörn Lemke zu stehen, der seine Handynummer als Kontaktadresse angegeben hat.

Gericht bestätigt: Polizeieinsatz gegen Antifaschisten am 31. Januar 2004 rechtswidrig

Gut zwei Jahre nach einem brutalen Polizeieinsatz gegen eine antifaschistische Demonstration ist nun auch amtlich, dass das Vorgehen der Polizei rechtswidrig war. Wir erinnern: Rund 5000 Menschen hatten am 31. Januar 2004 gegen den Aufmarsch von rund 1000 Nazis demonstriert, der sich gegen die Ausstellung *Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-44* richtete. Die Polizei hatte die antifaschistische Demonstration mit sechs Wasserwerfern und Schlagstöcken aufgelöst, kurz bevor sie ihren Kundgebungsplatz erreichte. Auf dieser Kundgebung sollte u.a. Esther Bejarano, Überlebende des Nazi-Terrors, reden. Auch ihre Rede wurde verhindert, indem die Polizei den Stromaggregat beschlagnahmte und den Wagen, aus dem heraus sie die Rede halten wollte, minutenlang von einem Hochdruck-Wasserstrahl angegriffen wurde. Rund 100 AntifaschistInnen wurden in Gewahrsam genommen. Die Nazis konnten demonstrieren.

Die VVN hatte damals rechtliche Schritte angekündigt und auch eingeleitet. In einem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht gab die Polizei nun zu, dass ihr erster Wasserwerfereinsatz, der zur Eskalation und zur Auflösung der antifaschistischen Demonstration führte, rechtswidrig war. Da die VVN seinerzeit gleichzeitig mit der Einleitung des Verwaltungsgerichtsverfahrens zur Feststellung der Rechtswidrigkeit auch Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt und die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren eingeleitet hatte, konnte dokumentiert werden, dass der Polizeieinsatz von vornherein so geplant war. Wie die Anwältin Britta Eder gegenüber der *Jungen Welt* sagte, sei aus den Unterlagen hervorgegangen, dass beteiligten Einsatzleitern der Polizeihundertschaften der Wasserwerfereinsatz schon am Tag zuvor angekündigt worden sei. Auch zeigten Videoaufnahmen, dass Polizeibeamte völlig unbegründet zuschlugen. Leider hatte das Eingeständnis der Polizei zur Folge, dass das Verwaltungsgerichtsverfahren eingestellt wurde, ohne dass es zu einem Gerichtsurteil kam. Trotzdem ist das Ergebnis ein großer Erfolg, weil es bestätigt, was Tausende (nicht nur) bei der Demonstration am 31. Januar 2004 am eigenen Leib erfahren hatten: dass die Polizei den Naziaufmarsch um jeden Preis hat durchsetzen wollen. Das Strafverfahren gegen "Unbekannt" ist noch anhängig. Die VVN prüft, ob sie ein weiteres Strafverfahren gegen den seinerzeitigen Einsatzleiter Peter Born einleitet.

Von den politisch Verantwortlichen ist zu verlangen, das Demonstrationsrecht der AntifaschistInnen zu respektieren und in den eigenen Behörden durchzusetzen.

Schwerin. NPD stellt Kandidaten auf

Auf dem NPD-Landesparteitag am 4. Februar schlägt der mecklenburg-vorpommersche NPD-Landesvorstand die Kandidaten für die Landtagswahl im September dieses Jahres vor.

Auf der Kandidatenliste stehen: Udo Pastörs (stellvertretender NPD-Landesvorsitzender), Tino Müller (Soziales und Nationales Bündnis Pommern), Michael Andrejewski (NPD-Stadt- und Kreisrat, Landesvorstandsmitglied), Birger Lüssow (Aktionsgruppe Festungsstadt Rostock), Raimund Jentsch, Michael Gielnik (Soziales und Nationales Bündnis Pommern), Dirk Arendt (stellvertretender NPD-Landesvorsitzender), Enrico Hamisch (vormals Kameradschaftsbund Usedom), Michael Grewe (vormals Freie Nationalisten Lüneburg) und Jens Blasewitz. Ergänzt wird die Liste durch zwei DVU-Kandidaten. Der vorbestrafte Hamburger Rechtsanwalt und einschlägig bekannte Neonazi Jürgen Rieger wird in extrem rechten Kreisen als möglicher Fraktionsgeschäftsführer gehandelt, falls der NPD im September der Einzug ins Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern schaffen sollte.Bei der Bundestagswahl 2005 hatte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern 3,5 Prozent auf Landesebene erreicht.

Deutsche Bahn AG sperrt sich gegen Ausstellung

Mit der Reichsbahn in den Tod

Über sechzig Jahre nach den Todestransporten jüdischer Kinder in das Vernichtungslager Auschwitz weigert sich die Deutsche Bahn AG, auf den früheren Durchgangsstationen der Deportationszüge an die Ermordeten zu erinnern. Einen entsprechenden Bescheid erhielt die französische Organisation Fils et Filles des Deportés Juifs de France/FFDJF (Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs) im Dezember 2004 aus Berlin zugestellt. Die Organisation hatte die Deutsche Bahn um Stellplätze für eine Fotoausstellung über das Schicksal von 11.000 bahndeportierten Kindern gebeten. Sie waren in Drancy (bei Paris) auf einen 52-stündigen Schienenweg geschickt worden, der über Saarbrücken, Homburg, Kaiserslautern, Mannheim, Frankfurt am Main, Fulda und Dresden direkt nach Auschwitz führte. Die logistische Durchleitung der Todestransporte übernahm die Deutsche Reichsbahn, als deren Rechtsnachfolgerin die heutige Deutsche Bahn AG auftritt. Wie es in einem Schreiben der Deutschen Bahn AG heißt, »fehlen« dieser »sowohl die personellen als auch die finanziellen Ressourcen«, um die angebotene Ausstellung zu übernehmen. »Das Unternehmen sponsert mit viel Geld die Fußballweltmeisterschaft 2006« und ergehe sich in unglaubwürdigen Ausflüchten, sagt Frau Beate Klarsfeld, Repräsentantin der FFDJF, in einem Interview mit german-foreign-policy.com.

Die Ausstellung wurde in den vergangenen Jahren auf zahlreichen Bahnhöfen in Frankreich gezeigt, die an der Strecke der Todestransporte mit der damaligen Zuglaufnummer »DA-901« liegen. Bei den Eröffnungen kam es zu erschütternden Szenen, als die Ausstellungsbesucher u.a. der etwa 520 Kinder deutscher Frankreich-Emigranten gedachten, die über die Schienen der Deutschen Reichsbahn nach Auschwitz verschleppt und dort sofort umgebracht wurden. Insgesamt 80.000 französische Deportierte fanden in deutschen Vernichtungslagern den Tod. Die Zahl der in Deutschland deportierten Personen, die mit der Deutschen Reichsbahn in den Tod geschickt wurden, beläuft sich auf mehrere hunderttausend Menschen.

Um Angehörigen, Schulklassen und dem Reisepublikum den Besuch der Ausstellung zu ermöglichen, stellten die französischen Staatsbahnen (SNCF) auf ihrem Schienengelände in sämtlichen Landesteilen Stellplätze bereit. Im Pariser Nordbahnhof (Gare du Nord) hielt der Vorstandschef der SNCF im Juli 2004 eine Eröffnungsansprache, in der er sich zur Verantwortung der französischen Staatsbahnen für deren Beteiligung an der Deportation jüdischer Kinder bekannte. Darin hieß es, dass zwar Bahnbedienstete aus Frankreich den Zugverkehr bis zur deutschen Grenze organisierten, aber dort von Angehörigen der Deutschen Reichsbahn abgelöst wurden. Unter deren Kontrolle rollten die Todeszüge mit Tausenden Kindern durch Deutschland.

Im Gegensatz zur SNCF weigert sich die Deutsche Bahn AG, die Beihilfe ihrer Vorgängerorganisation zum Massenmord an den Orten des Verbrechens zu dokumentieren, und verweist auf ein lokales »Bahnmuseum« in Nürnberg. Eine bundesweite Wanderausstellung komme auf dem Schienengelände der DB AG nicht in Frage. Auch müsste die

Mit Schreiben vom 7. Juli 2005 wandte sich die Initiative "Elftausend Kinder" an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Hartmut Mehrdorn. Wir dokumentieren den Brief in Auszügen:

Sehr geehrter Herr Mehdorn,

(...) Wir hegen (...) die Hoffnung, daß unser Vorschlag für ein bundesweites Gedenken an die elftausend deportierten und ermordeten jüdischen Kinder doch noch einvernehmlich aufgegriffen werden kann. Um den Stillstand in der seit mehreren Monaten geführten Korrespondenz zu überwinden, halten wir ein persönliches und vertrauensvolles Gespräch für sehr sinnvoll (...). Damit ein solches Gespräch erfolgversprechend geführt werden kann, haben wir mehrere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens um vermittelnde Teilnahme gebeten. Nach Rücksprache dürfen wir Ihnen mitteilen, daß sich die Ihnen und dem Unternehmensvorstand zur Verfügung stehende Delegation wie folgt zusammensetzt (alphabetisch):

Frau Edith Erbrich, Frankfurt a.M. Frau Erbrich wurde im Kindesalter mit der Deutschen Reichsbahn nach Theresienstadt deportiert und überlebte.

Monsieur Serge Klarsfeld, Paris. Maitre Klarsfeld ist Rechtsanwalt und Historiker. Er ist Präsident der Organisation "Fils et Filles des Déportés Juifs de France" und Initiator der Ausstellung über die elftausend Kinder auf 18 Bahnhöfen der SNCF (...)

Herr Stefan Körzell, Frankfurt a.M. Herr Körzell ist Vorsitzender der DGB-Bezirke Hessen und Thüringen. Durch weite Teile dieser heutigen Bundesländer führten die Zugtransporte der Deutschen Reichsbahn nach Auschwitz (...)

Herr Stephan J. Kramer, Berlin. Herr Kramer ist Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Herr Arno Lustiger, Frankfurt a.M. Herr Dr. h.c. Lustiger überlebte die Deportation in das Konzentrationslager Auschwitz. Er ist Gastprofessor des Fritz-Bauer-Instituts und Mitbegründer der jüdischen Gemeinde Frankfurt a.M. Zum 60. Jahrestag der Befreiung des Lagers Auschwitz hielt Herr Lustiger die Gedenkrede im Deutschen Bundestag.

Sollten Sie der Idee eines Treffens mit dieser Delegation näher treten können, hielten wir einen baldigen Termin für notwendig. Wir möchten verhindern, daß sich die erhoffte Klärung bis in die Zeit des allgemein erwarteten Wahlkampfs hinzieht.

In Übereinstimmung mit den hier genannten Beteiligten sichern wir für den Zeitraum der vorgeschlagenen Gespräche Vertraulichkeit zu (...)

Mit freundlichen Grüßen
Prof. em. Dr. Martin Bennhold (Universität Osnabrück)
Lothar Evers (Support for Survivors of Nazi Persecution International)
Prof. Dr. Gudrun Hentges (Fachhochschule Fulda)
Anne Klein (Historikerin)
Bernhard Nolz (Träger des Aachener Friedenspreises)
Hans-Rüdiger Minow (Regisseur)
Andreas Plake (Sozialwissenschaftler)
Prof. em. Dr. Wolfgang Popp (Universität Siegen)

Am 27. Juli 2005 antwortete ein Pressesprecher der Bahn AG:

(...) Aktionen, die einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Verbrechen des Nationalsozialismus und unserem Unternehmen herstellen, finden bei uns allerdings kein Verständnis (...). Daher sehen wir keine Möglichkeit der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit Ihnen (...).

Ausstellung der französischen FFDJF »inhaltlich« umgearbeitet werden, heißt es in einem Schreiben der Abteilung »Kommunikation« der Deutschen Bahn AG vom 17. Dezember 2004. Bereits zuvor hatte das Unternehmen ein Angebot des hessischen »Arbeitskreises Christen-Juden« zurückgewiesen und sich die Errichtung einer Gedenkstätte am Hauptbahnhof der Stadt Hanau verbeten. Zentraler Knotenpunkt des Menschenumschlags der Deutschen Reichsbahn war das nahe gelegene Frankfurt am Main (Gleisbereich Süd, Ankunft: 07 Uhr 24, Weiterfahrt: 07 Uhr 46). Von dort rollten die Todeszüge mit den jüdischen Kindern über Hanau weiter nach Osten. Über den Bahnhof Frankfurt am Main wurden auch zahlreiche Todestransporte deutscher Juden abgewickelt. Zur Begründung ihrer Ablehnung führt die Deutsche Bahn AG an, dass die Sicherheitsbestimmungen das Aufstellen von Schautafeln auf den Bahnhöfen mit deren großem Publikumsverkehr nicht zuließen. Dass auf zahlreichen Bahnhöfen quer durch Deutschland Großereignisse aller Art stattfinden, zeigt die Haltlosigkeit dieses Arguments.

»Die Franzosen haben uns ihre Bahnhöfe zur Verfügung gestellt. Jetzt kommen von der Deutschen Bahn ganz andere Reaktionen: Wir haben kein Geld, wir haben keinen Platz«, äußerte Beate Klarsfeld. Die Ignoranz gegenüber der Ausstellung sei nicht hinzunehmen und werde der Bedeutung des Massenverbrechens an den 11.000 ermordeten Kindern nicht gerecht. Frau Klarsfeld, die sich in zahllosen Aktivitäten der FFDJF für die Bestrafung der NS-Täter und für das Gedenken an die Opfer eingesetzt hat, hofft auf Reaktionen in Deutschland, um die Ausstellung doch noch zu realisieren. »Wer sich (in Deutschland) erinnern will, hat ein Recht, das zu tun. Erinnerung kann man nicht verbieten.«

Inzwischen hat der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, auch das Vermittlungsangebot einer hochrangigen Delegation zurückgewiesen. Er will nicht mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem DGB-Vorsitzenden der Bezirke Hessen und Thüringen sowie mehreren Überlebenden der KZ-Haft in Auschwitz und Theresienstadt zusammenzutreffen. Die Abgewiesenen hatten vorgeschlagen, bei einer persönlichen Begegnung nach einvernehmlichen Lösungen für eine Ausstellung über die auf dem deutschen Schienennetz nach Auschwitz deportierten Kinder zu suchen, nachdem die Bahn AG mitgeteilt hatte, es sei ihr »schon lange« ein »Anliegen«, in eine »ernsthafte Auseinandersetzung« mit den NS-Verbrechen einzutreten. Die öffentliche Ausstellung der Kinderfotos und Abschiedsbriefe auf den Publikumsbahnhöfen gehöre aber zu diesem »Anliegen« nicht. Der Vorsitzende der Synagogengemeinde Saar, Richard Borg, verlangte, die Bahn AG »müsse sich offensiv mit ihrer geerbten Geschichte beschäftigen«, statt die Ausstellung museal zu entsorgen. Inzwischen haben mehrere hundert Zeichner eines »Offenen Briefes« an den Bahnvorstand appelliert, er möge seine ablehnende Haltung noch einmal überdenken. Im Laufe des Jahres 2005 fanden zudem bereits erste Aktionen auf Bahnhöfen in Deutschland statt, die auf die Weigerung der Bahn AG aufmerksam machten und forderten, die Ausstellung in deren Bahnhöfen zu zeigen. Nach den deutsch-französischen Protesten auf dem Frankfurter Hauptbahnhof und in Halle (Sachsen-Anhalt) wollen die Initiatoren »auf erweiterter Stufenleiter« gegen den Ausstellungsboykott der Deutschen Bahn AG vorgehen. Auf mehrsprachigen Transparenten hatte beispielsweise die Delegation der FFDJF im Frankfurter Hauptbahnhof an »das Anrecht der deutschen und österreichischen Kinder« gemahnt, mit Namen und Fotos aus der Anonymität der Reichsbahn-Transporte befreit zu werden, um an die Orte ihres letzten Weges posthum zurückkehren zu können. Die französischen Demonstranten führten Dutzende Plakate mit, auf denen Kinder aus Frankfurt, Wiesbaden, Leipzig und Dresden abgebildet waren. Sprecher der deutschen Initiative verlasen die Namen französischer Opfer. An die Reisenden wurden 4.000 Postkarten verteilt. Adressat ist Bahn-Chef Mehdorn, der aufgefordert wird, die deutschen Reisebahnhöfe endlich für das Gedenken zu öffnen. Zusätzlich informierten die Demonstranten auf 8.000 Flyern über den Konflikt mit dem Berliner Reichsbahn-Nachfolgeunternehmen. Ob es gelingen wird, den Vorstand der Bahn AG erfolgreich unter Druck zu setzen und damit die Ausstellung in deren Publikumsbahnhöfen zu ermöglichen, wird auch von der Ausweitung der Proteste und Aktionen abhängen...

National-Zeitung lobt Verantwortlichen der 'Züge in den Tod'

Josef Dorpmüller (1869-1945) steht im Mittelpunkt eines Ende Januar in der *National-Zeitung* veröffentlichten Interviews mit dem inzwischen über 90-jährigen Oberreichsbahnrat a.D. Heinrich Rossmüller. Dorpmüller war von 1937 bis 1945 Reichsverkehrsminister und trug damit die oberste Verantwortung für die Bereitstellung der Transportzüge zur Deportation der Juden aus ganz Europa. Ohne die Bahn wäre der Transport Hunderttausender in die Konzentrations- und Vernichtungslager ebenso wenig möglich gewesen wie die Versorgung der Nazi-Wehrmacht in den von ihr besetzten europäischen Ländern. Der *NZ* gilt Dorpmüller hingegen als „legendär", und Rossmüller bezeichnet ihn gar als „Mann des Friedens", der auch nicht gewusst habe, dass der Transport in den Deportationszügen die Ermordung ihrer Insassen bedeutete. Gemeinsam beklagen NZ und Rossmüller, dass das Grab des Verstorbenen in Malente/Holstein seit 1991 nicht mehr von der Deutschen Bahn gepflegt werde; dies habe nun eine private Initiative übernommen.

Bismarckbund e.V. feierte Tag der Deutschen Einheit

antiquierter Mummenschanz

Der Bismarckbund e.V. rief wie jedes Jahr am 3. Oktober »Deutsche aus allen Teilen des Vaterlandes in den Sachsenwald ... um des Gründers des Deutschen Reiches zu gedenken.« Etwa 150 Personen, darunter sog. »Vertriebene«, Burschenschafter und Soldaten der Bundeswehr in Uniform waren gekommen. »Seine Durchlaucht« Ferdinand Fürst von Bismarck, Schirmherr der Vereinigung zwischen Konservatismus und Neofaschismus, hielt zuerst in seinem Schloss eine kleine Ansprache, in der er gegen MigrantInnen und einen möglichen EU-Beitritt der Türkei hetzte und vor den »Neomarxisten« Lafontaine und Gysi warnte. Er redete Parallelen zur Revolution 1918 herbei – ein Trauma was man in fürstlichen Kreisen scheinbar immer noch nicht überwunden hat – und schwadronierte munter weiter, dass 60 Jahre nach dem »Untergang« die Deutschen nun endlich »frei von Schuld« sein müssten.

Im Bismarck-Mausoleum fand dann zunächst ein Gottesdienst, gehalten durch Pastor i. R. Bruno-Hermann Vahl aus Hamburg statt. Anschließend sollte eigentlich der Unions-Rechtsaußen Uwe Grewe aus Kiel die Festrede halten. Der Vorsitzende des Bismarckbundes war jedoch erkrankt. Stattdessen sprach nun ein Parteifreund und Pädagoge. Seine »Thesen zur Erneuerung Deutschlands« enthielten alle typischen Topoi einer klassischen rechtskonservativen Weltanschauung.

Anschließend wurden neue Mitglieder in den Orden aufgenommen und mit ebensolchen ausgezeichnet. Unter ihnen befanden sich mehrere Unionspolitiker, so Dietrich Barske, Stellvertreter der CDU-Fraktion in Storman, Stefan Ehmke, Ratsherr der CDU in Kiel und der Hamburger Ulrich Winkel, Beisitzer der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der hanseatischen CDU. Aus der gleichen Parteigliederung kommt auch Roger Zörb, der für den Bismarckbund die Ordensverleihung ankündigte.

Für besondere Verdienste wurden dann noch Bundmitglieder mit dem Bismarckorden in Gold promoviert, so z.B. der Oberst a.D. Manfred Backerra, Leiter der Hamburger Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG). Näheres zur SWG berichtete die Eie in der Ausgabe 23, Seite 37.

Die erwähnten Unionspolitiker befinden sich auch sonst in illustrer Gesellschaft, letztes Jahr war Albrecht Jebens Empfänger des Ordens in Gold. Jebens ist im Vorstand der Gesellschaft für Freie Publizistik (GfP), eine extrem Rechte »Kulturvereinigung« und bekannt für Hetze gegen Juden und Verharmlosung des Holocaust.

Die gesamten Feierlichkeiten sowie die anschließende Kranzniederlegung am »Schlachtschiff Bismarck« wurden wie jedes Jahr durch die uniformierten »Lützower Jäger« begleitet und musikalisch unterlegt durch die Jagdhorn-Bläsergruppe Büchen.

Der Bismarckbund, zu dessen Mitbegründern der Altnazi Hugo Wellems gehörte, zeichnete in der Vergangenheit auch schon mal militante Neonazis für deren Verdienste aus. Auch ganz aktuell beweisen die militanten »Freien Kameradschaften« Interesse am Gedenken an den Alten Reichskanzler. In der Titelzeile der Webseite des *Holsteiner Widerstand* war zu lesen: »Neu am 1.10.05 Bismack-Museum und Gruft in Friedrichsruh« (Fehler im Original). Schirmherr Ferdinand ist tief ins Netzwerk der extremen Rechten verstrickt, pflegt z.B. gute Kontakte zu Dietmar Munier, Verleger rechter Schriften aus Schleswig-Holstein.

Der militaristische Mummenschanz des revanchistischen Bismarckbundes, welcher sich noch immer eher in einer adlig-preussischen Ständegesellschaft als im Jahr 2005 wähnt, mag auf Außenstehende reichlich lächerlich und antiquiert wirken. Andererseits ist Friedrichsruh im Sachsenwald ein Ort wo sich jedes Jahr alte und neue Rechte, Konservative aus der Union und extrem Rechte ungestört treffen und austauschen können.

Vielleicht sollte man »Seine Durchlaucht und die geladenen Damen und Herren« nächstes Mal daran erinnern, dass der Adel schon 1918 endgültig abdanken musste und dass Preussen Dank der Alliierten 1945 aufgelöst wurde.

(erk)

Deutsche Burschenschaft

mit den Sozis weiter nach rechts

Der von den Jusos initiierte und vom SPD-Parteitag Ende letzten Jahres gebilligte Unvereinbarkeitsbeschluss bezüglich der Mitgliedschaft von Sozialdemokarten in der Deutschen Burschenschaft (DB) ist am 16. Januar vom Parteivorstand abgelehnt worden. Gleichzeitig rückt der Dachverband dieser schlagenden Verbindungen mit Beginn des Jahres noch weiter nach rechts – alle maßgebliche Posten wurden mit Mitgliedern des völkischen Rechtskartells Burschenschaftliche Gemeinschaft (BG) besetzt.

Der SPD-Parteivorstand erklärte „zahlreiche Burschenschafter und Burschenschaften entfalten seit Jahrzehnten Aktivitäten im rechtsextremen Dunst" und kennzeichnete die Programmatik der DB als „biologistisch, völkisch und großdeutsch." Es wurde festgestellt: „Nahezu sämtliche Bestandteile eines rechtsextremen Weltbildes finden sich in der burschenschaftlichen Weltanschauung", und die BG wurde als „völkischer Kampfverband" gekennzeichnet.

Trotzdem wollte der Vorstand, zur großen Enttäuschung der Jusos, keinen Unvereinbarkeitsbeschluss treffen und verlangt in Einzelfällen Überprüfungen vor Ort. Insbesondere der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, Schatzmeisterin Inge Wetting-Danielmeier und Umweltminister Siegmar Gabriel wandten sich gegen „pauschale" Ausschlüsse.

Leider hatte der Unterbezirk Göttingen, welcher ursprünglich im November 2005 den Antrag auf dem Bundesparteitag der SPD gestellt hatten, seine Hausaufgaben nicht gemacht und den Unvereinbarkeitsbeschluss sehr schlampig formuliert. Alle Korporationsverbände, die konservativ-elitären Corps genauso wie die unionsnahen katholischen Studentenverbindungen, wurden pauschal des Geschichtsrevisionismus und der Diskriminierung von AusländerInnen und Wehrdienstverweigerern bezichtigt. Der Coburger Convent wurde sogar fälschlicherweise als Coburger Bund bezeichnet. Dieses musste zwangsläufig den entschiedenen Widerstand aller Korporationen hervorrufen und führte zur unbeabsichtigten Solidarisierung mit der DB.

Der CDA, Dachverband aller schlagender Verbindungen in Deutschland sprach von „pauschaler Verunglimpfung", „grotesk" hieß es beim katholischen Cartell Verband (CV), einen „eklatanten Rückschritt in der Erneuerung der modernen SPD" nannte es die Neue Deutsche Burschenschaft (NDB). Der Coburger Convent, selbst durch den NS erheblich vorbelastet, wusste gar: „schon die Nationalsozialisten haben die Korporationsverbände durch einen Unvereinbarkeitsbeschluss zu diskreditieren versucht." Ohne natürlich zu erwähnen, dass die allermeisten Korporationen den Machtantritt der NSDAP emphatisch begrüßt hatten und ihre Aktivenverbände zum größten Teil nahtlos im NSdStB aufgingen.

So musste dann von der SPD schnell zurückgerudert werden, nach wenigen Tagen war nur noch von einem Unvereinbarkeitsbeschluss bezüglich der DB die Rede.

Es zeigt sich wieder einmal, dass in der Auseinandersetzung mit dem Korporations(un)wesen, profunde Kenntnisse nötig sind, damit man am Ende nicht als Verlierer da steht.

Schlimmer ist jedoch, dass der Einfluss einiger Alter Herren scheinbar bis in den Parteivorstand reicht. Dem Ex-Sozialminister aus NRW Friedhelm Farthmann war z.b. das Lebensbundprinzip seiner Königsberger Burschenschaft Gothia zu Göttingen wichtiger als die Parteiräson, er setzte sich ebenso wie der frühere Kanzleramtschef Egon Bahr massiv für die DB ein. Dabei unterschlug Farthmann elegant, dass er von einem Unvereinbarkeitsbeschluss gar nicht betroffen wäre – seine Burschenschaft ist schon lange nicht mehr Bund der DB. Und in der öffentlichen Diskussion wurde unterschlagen, dass die SPD nach dem Ende des alliierten Korporationsverbotes noch bis 1966 einen Unvereinbarkeitsbeschluss hatte.

Derweil scheint sich die DB noch weiter zu radikalisieren, beim Burschen- und Altherrentag 2005 wurden für alle maßgeblichen Posten der DB Mitglieder der völkischen Burschenschaftlichen Gemeinschaft gewählt. In der BG sind momentan 46 Einzelburschenschaften zusammengeschlossen, sie bildet damit schon rein zahlenmäßig die größte Fraktion in der DB und besitzt eine Sperrminorität.

Zur Vorsitzende Burschenschaft, die den gesamten Verband DB für das Geschäftsjahr 2006/2007 nach innen und Außen vertritt, wurde die österreichische B. Brixia gewählt. Aus ihr rekrutierten sich z.t. die österreichischen „Bumser", Nazi-Terroristen, welche in den 60er-Jahren in Norditalien Bomben legten und dabei auch Tote in Kauf nahmen. Auch sämtliche Verbands-Obmänner welche ab Sommer 2006 für 4 Jahre arbeiten, kommen aus der BG: Der Obmann für Politik und Kultur Benjamin Brinkhoff kommt aus der Danubia München, genauso wie der Obmann für Jugendarbeit ein Herr Radl. Der Obmann für Schulungs-, Publikations-, und Netzarbeit Norbert Weidner (ehemaliger Funktionär der verbotenen FAP) wird von Herrn Katzmayr aus der Olympia Wien abgelöst. Diese Burschenschaft war in den 60er Jahren von den Behörden wegen terroristischer Aktivitäten verboten worden. Auch die Vorstandsmitglieder der Burschenschaftlichen Stiftung kommen aus der BG.

Neuer Schriftleiter der Verbandszeitschrift *Burschenschaftliche Blätter* wurde für fünf Jahre Herwig Nachtmann aus der Brixia Innsbruck. Er kommt ursprünglich aus dem Milieu der Südtirol-Terroristen und war Vorsitzender der österreichischen „Jungen Nationaldemokraten", seine journalistische Qualifikation erwarb er als langjähriger Geschäftsführer und Schriftleiter der extrem rechten Zeitschrift *Aula*.

Damit konnte die BG „erstaunlicherweise erstmals alle Schlüsselpositionen in der Deutschen Burschenschaft übernehmen" (Junge Freiheit 22/05) Die jungkonservative Zeitung aus Berlin erwartet denn auch, dass die DB 2006 „deutlicher als bisher zu Verfehlungen des herrschenden Zeitgeistes Stellung beziehen wird."

Felix Krebs

Das Internetforum chefduzen und die Erfahrungen mit Angriffen von Ausbeutern und dem Umgang mit rechten Internetaktivisten

Netzattacken

Chefduzen – Forum der Ausgebeuteten | Startseite

http://www.chefduzen.de/index.php?sid=2e20cf419d9071f6f287cf0d908b820c

Adressbuch FontShop Berlin Soulboater -... Playboater NGG unrast-verlag.de NetroView Schnee

CHEFDUZEN.DE

Das Forum der Ausgebeuteten

START REGISTER KALENDER MITGLIEDER TEAM SUCHE F.A.Q

Willkommen im Chefduzen - Forum der Ausgebeuteten

Sie sind nicht angemeldet. Wenn dies Ihr erster Besuch hier ist, lesen Sie sich die Hilfe des Forums durch. Dort wird Ihnen die Bedienung des Forums näher erklärt. Sie müssen außerdem registriert sein, um alle Funktionen dieses Forums zu nutzen. Benutzen Sie das Registrierungsformular um sich zu registrieren oder informieren Sie sich ausführlich über den Registrierungsprozess. Um Beiträge zu lesen, suchen Sie sich das Forum aus, das Sie interessiert. Falls Sie bereits in diesem Forum registriert sind, können Sie sich hier anmelden.

Foren	Beiträge	Themen	Letzter Beitrag	Moderatoren
Neuigkeiten + Diskussion				
(Sozial-) Politikforum & Aktuelles von Chefduzen Meinungen, Aktion & Reaktion zum alltäglichen Wahnsinn. (Benutzer im Forum aktiv: 4)	9.279	1.671	Villepin kippt und fällt Heute, von Carsten König	admin
Ämterstress - Fragen, Antworten und Erfahrungen				
Arbeitslos & Spass dabei Erfahrungsberichte & Selbsthilfe rund ums Arbeitsamt (Benutzer im Forum aktiv: 2)	4.220	699	PSA schickt Einladung zu spät ... Heute, von Bandscheibe	admin
Ämter-Blues Erfahrungen mit Ämtern + was Sie Ihrem Sachbearbeiter schon immer mal sagen wollten ... (Benutzer im Forum aktiv: 2)	1.347	210	Warmwasserkosten: Berechnungen... Gestern, von Kater	admin
Urteile + Infos für Erwerbslose + Arbeitende Hilfreiches im Umgang mit Ämtern + Chefs zum Nachlesen (Benutzer im Forum aktiv: 2)	677	324	Unterstützung trotz Teilzeitjo... Heute, von composa	admin
Schulden - was nun? Nobody loves you when you´re down and out! (Benutzer im Forum aktiv: 1)	291	37	Täglich 70 Stromsperren in Lüb... 19.03.2006 von Powerlusche	
Krank				
Lieber Krankfeiern als gesund schuften! Tips & Erfahrungen (Benutzer im Forum aktiv: 3)	196	25	krank, gekündigt,kein Gehalt? 15.03.2006 von Magnus	
Arbeit(?) + Krank Die doppelte Strafe (Benutzer im Forum aktiv: 1)	383	81	Beruflich verordnetes Dauerläc... Gestern, von Spätlese	
Randbereiche - Wenig diskutiert!				
Leiharbeit, Zeitarbeitsfirmen & PSA Erfahrungen mit Sklavenhändlern (Benutzer im Forum aktiv: 6)	2.935	363	Sargnägel für die Zeitarbeit Heute, von Acid	
1€ Jobs Dumpinglohn und Arbeitszwang (Benutzer im Forum aktiv: 1)	767	126	EEJ im örtlichen Käseblatt Gestern, von pagix	
(Schein)Selbstständigkeit Sei Dein eigener Ausbeuter! (Benutzer im Forum aktiv: 0)	153	32	Garage Projekte 03.03.2006 von vinci	

Das Projekt chefduzen.de wurde gegründet aus Verzweiflung über den desolaten Zustand der linken Szene. Wir wollten uns nicht an den Scheingefechten, die ohnehin meist nur innerhalb des geschlossenen Zirkels stattfinden, beteiligen, wir wollten versuchen die Opfer neoliberaler Politik direkt zu erreichen um dort eine Gegenwehr der Betroffenen zu organisieren.

Das Defizit an politischen Wissen, auch in der Antifaszene, ist durchaus problematisch. Wir erwarten ja nicht, dass jeder eine marxistische Schulung über ökonomische Zusammenhänge durchgemacht haben muss. Aber als Grundlage für linke Politik sollte man zumindest einen simplen Klassenstandpunkt haben, die Erkenntnis, dass es ein Oben und Unten gibt, Ausbeuter und Ausgebeutete. Unter den aktuellen Entwicklungen wird es selbst unpolitischen Menschen klar, dass der Kapitalismus eine Mehrheit von Verlierern hervorbringt und nur sehr wenige davon profitieren. Es muss also darum gehen jetzt diese Mehrheit zusammenzubekommen um die herrschenden Verhältnisse ins Wanken zu bringen. Es geht also darum die ganzen Spaltungen und Ghettos aufzubrechen. Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Und genau an dieser Stelle ist er auch am verletzbarsten. Kollektive Arbeitsniederlegungen gehören zu den schärfsten und zu wenig genutzten Waffen in der Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen. Deshalb hatten wir auch nie Interesse ein reines Erwerbslosenforum zu betreiben, sondern wir wollen versuchen alle zusammenzubringen. Auch die Facharbeiter, genauso wie diejenigen, die sich mit prekären Jobs durchschlagen oder auch die, die sich mit illegalem Kram versuchen über Wasser zu halten. Als das Forum allmählich angenommen wurde und man sich auch über Firmen und deren Internas austauschte, dauerte es nicht lange, bis Ausbeuter versuchten mit

juristischen Mitteln die offene Diskussion zu unterbinden. Dank der Roten Hilfe und verschiedener Unterstützer, die Solikonzerte organisierten, konnte dem Forum nicht finanziell das Genick gebrochen werden. Der folgende Pressewirbel sorgte dann erst für die breite Bekanntheit des Forums der Ausgebeuteten und für erheblich schlechte Propaganda für die jeweiligen Firmen. Das *Handelsblatt* riet daraufhin den Unternehmen zu einem weicheren Umgang mit der neuen Situation, das Internet zu beobachten und frühzeitig mit Kritikern zu »kommunizieren« (=drohen?) und empfahl sogar, eigene Blogs aufzumachen. Von der Seite gab es damit vorerst relative Ruhe.

Probleme ganz anderer Art ergaben sich daraus, dass auch die rechte Szene auf das Forum aufmerksam geworden ist. Es gab dabei völlig unterschiedliche Formen des Umgangs mit dem Forum, das ja ersteinmal für jeden offen ist.

So tauchten im Forum hin und wieder plumpe rassistische Hetzartikel auf, die man einfach kurzerhand löschen konnte. Bei Artikeln, wie »deutsche Goldreserven in den USA« brauchte es wenig Recherche um zu erkennen, dass sie aus der *Deutschen Nationalzeitung* herauskopiert waren. Es gab jedoch auch clevere Analysen der Verhältnisse, geschrieben mit Witz und geistreichen Formulierungen. Während sich die Autoren hinter unverdächtigen Nicks, wie »Indianer« oder »Frührentner« verbargen, enthielten die Beiträge am Ende völkische Lösungsvorschläge auf die herrschenden Verhältnisse.

Wir müssen uns verabschieden von dem Glauben, bei Rechten handle es sich nur um stumpfe, glatzköpfige Dummköpfe, die nur gewalttätig, aber nicht intelligent sein können. Das Spektrum der Rechten ist breit gefächert und man kennt dort wenig Berührungsängste. Um die herrschenden Verhältnisse und Möglichkeiten des Kampfes zu studieren, greift man selbst zu Schriften linker Theoretiker, beschäftigt sich mit Erfahrungen aus militanten Kämpfen in Lateinamerika und Italien, mit der Stadtguerilla oder den Autonomen in den frühen 80er-Jahren. Und natürlich lässt man auch zeitgemäße Formen der Propaganda nicht aus. Neben Aktivitäten innerhalb musikalischer Subkulturen und der CD Produktion gewinnt das Internet bei den extrem Rechten enorm an Bedeutung. Neben interner Kommunikation wird auch versucht, sozialpolitische Foren und linke Netzprojekte zu unterwandern. Zum Teil betreiben sie auch selbst Websites, die sowohl in Thematik, als auch Sprache und Optik mit linken Seiten verwechselt werden könnten. »Die Kommenden« orientieren sich zum Beispiel an dem Lebensgefühl der Autonomen der frühern 80er.

Nachdem bei chefduzen auch die Beiträge von »Frührentner« und »Indianer« sofort ins Daten-Nirvana befördert wurden, versuchte sich ein bekannter rechter Netzaktivist (wie ausgiebige Recherche ergab) darin, politisch Unverfängliches zu posten. Seine Beiträge waren kenntnisreich, wuterfüllt gegen den Sozialkahlschlag und auch humorvoll. Wir können nur mutmaßen, dass dieser IT-Spezialist sich auf diesem Wege beliebt machen wollte, um von uns Moderationsrechte zu erhalten, womit er (zumindest kurzfristig) die Kontrolle über die Forensoftware übernehmen könnte. Als sich diese Tür für ihn nicht öffnete, verschwand er urplötzlich nach einigen hundert Postings.

Einen ähnlichen Fall gab es einige Zeit danach, wo sich ein weiterer Rechter als aktiver Dauergast des Forum hervortat. Dieser machte eher den Eindruck, als wolle er nicht unterwandern, sondern, als würden wir alle irgendwie zusammengehören. Schließlich gibt sich ein Teil der Rechten einen sozialrevolutionären Touch. In privaten Mails an den Admin machte er wenig Hehl aus seiner Gesinnung. Die meisten Beiträge waren wirklich gut. Doch hin und wieder ließ er völkisches und rassistisches Gedankengut am Rande seiner Beiträge durchschimmern. Dieser Dauer-User war durch seine bissigen und bisweilen auch witzigen Beiträge in der Community sehr beliebt. Wenn es auf rechtes Gedankengut sofort Entgegnungen anderer »Chefduzer« gab, sollte es kein größeres Problem sein. Doch die unwidersprochene rechte Ideologie stellte die Grundlagen des »Forums der Ausgebeuteten« in Frage.

Hier gerieten wir an ein grundsätzliches Problem, das wohl für viele linke (Netz-) Projekte ungeklärt scheint. Meinungsfreiheit und die Gegnerschaft zu Zensur sind hohe und verteidigungswerte Ziele. Wir dürfen dabei jedoch Verschiedenes nicht übersehen: Eine Meinungsfreiheit im Internet, insbesondere, wenn man einen deutschen Server nutzt und somit zu einem Impressum verpflichtet ist, besteht nicht! Die deutsche Linke macht sich bei diesem Medium noch weitaus zu

viele Illusionen! Das Internet bietet nicht nur Möglichkeiten der staatlichen Überwachung im orwellschen Ausmaß, sondern es ist bereits Repressionen ausgesetzt, die zahllose firmenkritische Sites und politische Foren hat unbemerkt verschwinden lassen. Razzien und Serverbeschlagnahmungen bei LabourNet, Indymedia und einem canadischen gewerkschaftlichen Portal haben noch ein wenig Öffentlichkeit bekommen. An dieser Stelle möchten wir uns noch bei der Roten Hilfe bedanken nicht nur uns finanziell unterstützt zu haben sondern auch die politische Unfreiheit des Internets zu thematisieren!

Chefduzen.de hatte nie den Anspruch die fehlende Meinungsfreiheit in der Gesellschaft zu ersetzen, sondern es versteht sich als Werkzeug dem Monopol an Medienmacht entgegenzutreten, indem den Ausgebeuteten und ihren Interessen eine Stimme verliehen wird! Chefduzen ist parteiisch ohne Wenn und Aber!

Man kann sich mit rechtem Gedankengut auch auseinandersetzen, es im Forum sichtbar stehenlassen und es im Anschluss inhaltlich auseinanderpflücken. Doch das kann von den Moderatoren, die nur »nebenher« täglich knapp 50 neuen Beiträge zu überfliegen haben, nicht immer erledigt werden. Als aber ein rassistischer Beitrag auch nicht von der Community kommentiert wurde, entschieden wir uns nicht nur das Posting zu löschen, sondern mit einer öffentlichen Begründung den Autoren bleibend den Zugang zum Forum zu verwehren.

Es folgte unerwartet große Aufregung bei den Chefduzen-Nutzern. Man sprach von Zensur und einige gingen sogar soweit, sich gegen den Angriff auf die Meinungsfreiheit mit dem Rechten zu solidarisieren. Ein deutliches Zeichen dafür, wie wenig man sich darüber einig ist, wie mit Rechten (die nicht dem Klischee des baseballschlägerschwingenden Glatzkopfes entsprechen) und deren Ideologie umzugehen ist.

Wenn es unwidersprochen ist, dass(Werbe-)Spammer, Forentrolle (Provokateure, die nur im Mittelpunkt stehen wollen ohne an einer inhaltlichen Auseinandersetzung Interesse zu zeigen), Leute, die mit dem Posten rechtswidriger Inhalte das Forum gefährden oder andere User beleidigen, sofort aus dem Forum zu kicken sind, dann sollte das erst recht für Rechte gelten, denn Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen!

Mit unserer überraschenden Erfahrung mit einer weit verbreiteten Verwirrung und Haltungslosigkeit zum Thema, mussten wir erkennen, mit dem virtuellen Projekt in der wirklichen Welt angekommen zu sein. Schließlich berichtete LabourNet, dass auch fast jedes 3. Gewerkschaftsmitglied mit rassistischem Gedankengut infiziert ist.

An dieser Stelle können wir nur alle sozialen und politischen (Netz-)Projekte aufrufen, sich mit dieser Problematik stärker auseinanderzusetzen und der rechten Ideologie viel entschiedener entgegenzutreten, egal in welchem Gewand sie daherkommt.

Jede öffentlich bekanntgegebene Löschung oder Sperrung eines rechten Users hatte eine Art »klärendes Gewitter« zur Folge: Jedes Mal outeten sich bisher unbekannte braune U-Boote, die sich zumeist »aus Solidarität« selbst verabschiedeten und in ihrer wütenden Aufregung noch einige Informationen über interne Kontakte und Netzwerke preisgaben.

Gleichzeitig braucht man auch etwas Fingerspitzengefühl für den Umgang mit Leuten, deren Ansichten nicht immer ganz koscher sind, die trotzdem aber (noch) nicht zu der rechten Subkultur gehören. Als Grundlage linker Politik braucht man den Glauben daran, dass Menschen sich ändern und auch dazulernen können. Die Erfahrung zeigt, dass man da aber ein gehöriges Maß an Humor und ein verdammt dickes Fell braucht, wenn man sich mit Dummheit und Verirrung auseinandersetzen will. Es ist notwendig, sich an weiter Front mit rechter Ideologie politisch auseinderzusetzen. Schließlich müssen wir davon ausgehen, dass immer wieder organisierte Nazis unerkannt in Foren wie unserem mitmischen, um die Interessen und

den Tonfall eines unruhigen Teils der Bevölkerung zu studieren.

Wer vom Faschismus spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen!

Um den herrschenden Verhältnissen wirkungsvoll entgegenzutreten, ist es notwendig die einfachen Menschen zusammenzubringen gegen die Minderheit derjenigen, die über Reichtum, die Produktionsmittel und somit die politsche Macht verfügen. Von Rechts hingegen sollen wir gespalten werden entlang nationaler, ethnischer, religiöser (u.a.) Linien. So ist es kein Zufall, dass heutige führende Nazis selbst aus dem Lager der Reichen stammen:

Gerhard Frey, DVU-Gründer ist Spross einer vermögenden Familie, sein heutiges Vermögen wird auf mehrere hundert Millionen Mark geschätzt.

Nicht nur das ist entgegenzuargumentieren, wenn sich die Rechten als Sprecher des kleinen Mannes ausgeben. Wenn dieses Pack versucht an Montagsdemos teilzunehmen und sich gar als Hartz IV-Gegner präsentieren, ist klarzustellen, dass dies nur billige Propaganda ist, dass sie nirgendwo, wo sie in Landesparlamenten vertreten sind auch nur den geringsten Versuch unternommen haben etwas gegen diese asoziale Regierungspolitik zu unternehmen.

Wir sollten auch lernen, mit der blinden Wut umzugehen, die weit verbreitete Realität bei vielen perspektivlosen Jugendlichen ist. In den militanten Kämpfen im Italien der 70er haben sich einige Jugendgangs über Hinterhof-Klitschen hergemacht, in denen sich die Mitarbeiter gegen Ausbeutung und oft ausbleibende Lohnzahlung nicht zu wehren vermochten. Die Kids ließen ihren Hass an den Ausbeutern, deren Autos und Häusern aus. Es sollte durchaus diskutiert werden, inwieweit auch hier die herrschende Wut nach oben gerichtet werden kann, während die Rechten für ein Ventil nach unten zu den Migranten, Obdachlosen und Behinderten anbieten.¶

Der Erfolg der Rechten ist eine Folge der Schwäche der Linken!

Eine zeitlang inszenierten sich Faschos als Beschützer von Kinderspielplätzen gegen die von den Medien geschaffene Angst vor drogensüchtigen Kriminellen. Heute haben wir es nicht mit einer eingebildeten Angst zu tun, denn inzwischen fehlt fast jedem Geld, nur waren es keine Handtaschenräuber. Wir haben jetzt zu beweisen, dass nur wir gemeinsam eine Verteidigung organisieren können. Und genau darum müssen wir uns kümmern, wir müssen effektiv handeln gegen Ausbeutung und Sozialkahlschlag, um nicht nur in unseren Worten, sondern auch in unserem Handeln klarmachen auf welcher Seite wir stehen.

Wenn wir vorhaben uns die Welt zurückzuerobern, sollten wir unsere Ghettos und kleinkarrierten Subkulturen verlassen und uns auch ohne Berührungsangste auf Territorien bewegen, die nicht bereits politisch korrekt besetzt sind. Die linke Retrokultur ist eher ein Zeichen von ängstlicher Rückwärtsgewandtheit. Als rechte Bands in Ost-London versuchten, Einfluss in dem Arbeiter- und Migrantenstadtteil zu gewinnen, kam es zu einem Pubrock-Battle. Antifaschistische Bands aller Musikrichtungen traten kostenlos in jeder Eckkneipe in der Gegend auf um zu zeigen, dass sie nicht nur die besseren Menschen sind, sondern auch coolere und aufregendere Musik machen.

Wir müssen lernen in diesen bitteren Zeiten wieder verstörend und mutig aufzutreten ohne zu Schlaumeiern und uns sektiererisch zu geben, schließlich wollen wir Ausbeutung und ein würdeloses Leben hinter uns lassen. Ein besseres Leben wird uns nicht geschenkt werden.

chefduzen.de

Über den Abdruck des Artikels gab es in der Redaktion geteilte Meinungen. Wir finden den Kern des Artikels, die Auseinanderetzung mit dem Medium Internet und Zensur rechter Beiträge interessant und wichtig. Der Rahmen des Artikels, die Kapitalismuskritik und die Analyse neonazistischer Agitation sowie mehrere Formulierungen halten wir jedoch für nahe an der Grenze des Abdruckbaren.
Die Layouter

Buchempfehlung
Von den Befreiern vergessen

Das Buch ist bereits vor einigen Jahren erschienen, jedoch auf Grund der historischen Thematik unverändert lesenswert. Der Autor Robert L. Hilliard schildert seine Erlebnisse und Eindrücke, die er 1945 als Soldat der U.S.Army im besetzten Deutschland sammelte. Er berichtet schockiert von den gerade erst befreiten KZ-Insassen, die mehr tot als lebendig durch Bayern irren. Viele von ihnen werden allerdings weiterhin gezwungen, in den Lagern zu bleiben – offiziell unter anderem mit der Begründung, nur so könnten sie vor antisemitischen Übergriffen der deutschen Bevölkerung geschützt werden. Die wahren Gründe sind andere: Teilweise wissen die amerikanischen Kommandanten einfach nicht, wo die vielen geschwächten und ausgemergelten Menschen untergebracht werden können, manchen ist das Schicksal der überlebenden Juden schlichtweg egal. Andererseits berichtet Hilliard auch von Verantwortlichen in der Army, die es in punkto Antisemitismus problemlos mit jedem Nazi aufnehmen konnten. Diese Mischung aus Gleichgültigkeit, Verachtung und Inkompetenz hatte für die Juden, die die Naziverbrechen gerade überstanden hatten, gravierende Folgen: Die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Medikamenten, die offiziell von den Befreiern unter zu Hilfenahme der deutschen Interimsverwaltung organisiert werden sollte, kam in vielen Regionen nicht zustande. Die Wiedereinsetzung zahlreicher Nazifunktionäre in wichtige Posten des öffentlichen Lebens war den Hilfsmaßnahmen auch nicht gerade zuträglich. Ebenso reagierten selbst internationale Hilfsorganisationen oft nur zögerlich.

Der Autor berichtet ausführlich über ein Lager nahe Landsberg in Bayern. Dort hatten sich KZ-Überlebende unter Leitung des jüdischen Arztes Dr. Grinberg in leerstehenden Gebäuden eines Klosters niedergelassen. Hunderten Personen vegetierten dort vor sich hin, Essen, Verbandszeug oder Bekleidung gab es kaum. In diesem Chaos versucht Dr. Grinberg einen Hospitalbetrieb aufzunehmen um möglichst vielen Bewohnern das Leben zu retten und ihnen Mut für eine Zukunft zu machen. Nachdem Hilliard, damals in der Nähe stationiert, von diesem Projekt erfährt, beschließt er zu helfen. Da mittlerweile Amerikaner die Gebäude mit Stacheldraht abgeriegelt haben und Kontrollposten errichten, greift Hilliard mit einigen Kameraden zu vielfältigen Methoden. Er stiehlt Lebensmittel aus der Stützpunktkombüse und schmuggelt sie in das „Hospital"; er nutzt seine Stelle als Herausgeber einer Armeezeitung, um auf das Leiden der Holocaust-Überlebenden aufmerksam zu machen. Verkleidet als Offizier weißt er einen Bürgermeister der Gemeinde an, eine Gemüselieferung freizugeben, die er den Überlebenden zukommen lässt. Mit offenen Briefen an das amerikanische Volk wirbt er für Unterstützung, die Briefe landen sogar beim Präsidenten von Amerika.

Der Bericht räumt mit der Vorstellung auf, mit dem Einmarsch der Alliierten hätte das Elend der Juden in Deutschland ein jähes Ende gefunden. Schonungslos geht der Autor mit den Verantwortlichen hart ins Gericht und prangert das Versagen der US Armee an. Im Anschluss sind Zeitungsartikel und andere historische Dokumente angefügt, die einen Einblick in die losgetretene öffentliche Debatte ermöglichen, die in den USA stattfand.

Robert L. Hilliard – Von den Befreiern vergessen
Campus Verlag Frankfurt/Main
ISBN 3-593-36397-6

noch ne Buchempfehlung

NO RETREAT

Kurz vorweg: Wer nach fünf Jahren Schule englischsprachige Musiktexte versteht, und akzeptiert, nicht jede Redewendung zu verstehen oder im Übersetzungslexikon zu finden, hat kein Leseproblem mit dem Buch.

»The catalyst for Rock Against Racism came from an Eric Clapton gig in Birmingham in 1976, during which the renowned blues guitarist allied himself with Enoch Powell`s racially motivated Rivers of Blood speech.«

Anders als auf dem europäischen Festland ist Antifaschismus in England wesentlich erfolgreicher. 1936 kam es im Londoner East End zur » Schlacht um die Cable Steet«, als faschistische Blackshirts unter Mosleys Führung, trotz massiver Polizeihilfe, nicht marschieren konnten und einen Arschvoll bekamen. Gut erzählt im Song »Ghost of Cable Street« der Band »The Men They Couldn`t Hang«. Genauso wie 1945/46, als sich meist jüdische AntifaschistInnen in der »43 Group« organisierten, innerhalb von fünf Jahren die Mosley-Bewegung zerstörten. Dazu sehr empfehlenswert: Morris Beckman »The 43 Group«, Harald-Kater-Verlag, Berlin.

In den 60ern nennt sich die antifaschistische Organisierung »62 Group«, in den 70ern heißen sie »Squads«, hinter denen meist die Anti-Nazi-League (ANL) steckt, eine Unterorganisation der Social Workers Party (SWP). Nachdem der Parteivorstand statt proletarischer Selbsthilfe wieder mehr bürgerliche Vertretungsstrategien bevorzugt, kommt es zum Bruch mit den »Squads«. »Red Action« entsteht, die 1985 maßgeblich »Antifascist Action« (AFA) gründen.

»Der geheime Krieg zwischen britischen AntifaschistInnen und äusseren Rechten«, so der Untertitel des Buches, behandelt den Zeitraum von Mitte der 70er bis Ende der 90er. Während »Squads«/ANL die »National Front« und »British Movement« erfolgreich bekämpften, waren es später AFA`s »Stewards«, die der »British National Party« und »Blood & Honour« das Fürchten lehrten. Grundkonsens war, dem Faschismus »physisch und ideologisch entgegenzutreten«. Im Buch am Beispiel Manchester, mit Ausflügen ins ganze Land, vor allem London. Bei der »Schlacht von Waterloo« 1992 gelang es anfangs gut 200, später über 1000 AntifaschistInnen den Treffpunkt »Speakers Corner« im »Hyde Park« den heimischen und angereisten Nazis streitig zu machen. Über 2000 Faschist wollten einen von »Blood & Honour« organisierten Gig sehen, 400 erreichten den auch. Der Rest konnte froh sein, mit heiler Haut davonzukommen, denn im Radius von mehreren Kilometern um den Park hieß die antifaschistische Prämisse nur noch »hau drauf«. Wer erfolgreiche konfrontative Strategien kennt, wird Bekanntes lesen. Andere können vielleicht akzeptieren, dass faschistische Gewalt oftmals vom Mythos lebt. Selbst Oberschläger und Unterführer singen »Bella chiao«, wenn auf der Strasse ein heftiger Wind weht. Hier meldet sich mein Kopf mit wichtiger Kritik. Mackermilitanz, positive Gewaltdarstellung, Männerbünde, als drei zentrale Schlagworte. Wobei immer zu beachten ist, was für ein Interesse hinter der Kritik steckt. Schlechte Gegenargumente ?

»Es ist das erste Mal, dass es mir möglich ist, in einem Pub (in Leeds) zu sitzen und mich völlig sicher zu fühlen.« Klar, einseitig, wer Pubs als Männersache definiert, aber welche Alternative gibt es? So notwendig Sitzblockaden, Flugblätter, Infotische, Veranstaltungen, Konzerte, Zeitungen sind, was stoppt Angriffe? Gegen Schwarze, AsiatInnen, IrInnen, Schwule, AfghanInnen, Moslems, Flüchtlinge und alleinerziehende Mütter, alles im Buch benannte Opfergruppen faschistischer Gewalt. Antisemitismus spielt in England zu der Zeit scheinbar keine Rolle.

»No Retreat« macht unter anderem deutlich, dass entschlossenes Vorgehen dem Weltfrieden dient. Vorübergehend. Falls es nicht gelingt, vor Ort, in der Gemeinde einen antifaschistischen Widerstand dauerhaft zu schaffen und zu verankern. Dies geht nur durch solidarisches Verhalten im überregionalen Sinne. Auch da die alte Problematik: Alle sollen in die Hauptstadt kommen, aber aufs Land fährt selten wer. Wobei Solidarität nicht nur wegen des faschistischen Terrors nötig ist, sondern auch wegen staatlicher Repression, zumal wenn »eigene« Leute mit Polizei und Geheimdiensten zusammenarbeiten. Wie Cops bestimmte Gespräche oder vorhersehbare Reaktionen nutzen, die direkt in den Knast führen, wird ebenfalls im Buch deutlich. Ebenso die Bedeutung guter Informationsstrukturen, warum genaue Planung notwendig ist und warum dumme Plakate oder überhastete, berauschte Aktionen kontraproduktiv sind. Manchester war mindestens zwanzig Jahre ziemlich Nazifrei.

Insgesamt kein kritisches Buch, dafür aber direkt und deutlich. Es beschreibt gut nachvollziehbar 20 Jahre Antifa in England. Lockere Fortbildung für Neue, kurzweilige Unterhaltung für Profis, gute Argumentationshilfe für Kritisch-Solidarische. Literatur, die es im deutschsprachigen Raum aus unterschiedlichen Gründen leider nur selten gibt.

Dave Hann und Steve Tilzey:
NO RETREAT

Erschienen bei MILO BOOKS
10 Park Street
Lytham
Lancs FY8 5LU

Marc Singer

WE CAN

STOP IT!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

AKTIV WERDEN
GEGEN DEN NAZIAUFMARSCH!

antifaschistische Demo

1. APRIL

10 Uhr Markt Lübeck

www.avanti-projekt.de // www.basta-linke-jugend.de